

Landeshauptstadt

Hannover

Der Oberbürgermeister

**LAGEBERICHT ZUR
STADTENTWICKLUNG
2018**

**HANNOVER IM DEUTSCHEN
GROSSSTÄDTEVERGLEICH**



Landeshauptstadt Hannover
Der Oberbürgermeister

LAGEBERICHT ZUR STADTENTWICKLUNG 2018

Hannover im deutschen Großstädtevergleich

Schriften zur Stadtentwicklung 132

Herausgeber: Landeshauptstadt Hannover
Der Oberbürgermeister
Trammplatz 2
30159 Hannover

Erarbeitung: Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Bereich Stadtentwicklung
Rudolf-Hillebrecht-Platz 1
30159 Hannover
E-Mail: 61.5@Hannover-Stadt.de
Telefon: (0511) 168-44842

Redaktion: Dr. Magdalena Kaiser und M. Blaschke
unter Mitarbeit von Esther Behrens, Annegret Goerzig-Swierzy
und Elisabeth Raabe

Gestaltung: J. Wolff

Hannover, Mai 2019

Vorwort

Die Verwaltung legt hiermit den aktuellen Lagebericht zur Stadtentwicklung vor. Mit diesem Format werden regelmäßig die 15 größten Städte Deutschlands zu verschiedenen kommunalen Themenfeldern und stadtentwicklungsrelevanten Indikatoren – insbesondere aus Demografie, Wohnungsmarkt, Wirtschaft und Verkehr, Soziales, Bildung und Kultur – miteinander verglichen. Hierdurch wird eine Einschätzung der lokalen Gegebenheiten und Entwicklungen erleichtert.

Exemplarisch möchte ich folgende Ergebnisse des Großstädtevergleichs nennen:

Die Bevölkerungsentwicklung im Großstädtevergleich ist weiterhin positiv – im sechsten Jahr in Folge. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Zuwanderung aus dem Ausland: 2017 hatten die Großstädte insgesamt erstmals einen Wanderungsverlust Deutschland gegenüber, der durch die hohe Auslandszuwanderung aber deutlich überkompensiert wird. 2017 gab es – wie in den Vorjahren auch – wieder einen Geburtenüberschuss im Großstädtevergleich, wenn auch nicht in allen Städten.

Bei der Flächennutzung bleibt Hannover auch nach der Umstellung der Flächenerhebungen auf das System ALKIS die Stadt mit dem höchsten Grünanlagenanteil.

In den Vergleichsstädten wächst die Haushaltezahl schneller als der Wohnungsbestand, dies erhöht den Nachfragedruck. Zudem steigen die Kauf- und Mietpreise weiter. Etwa drei Viertel der hannoverschen Haushalte sind Mieterhaushalte, für die sich die Mietpreisentwicklung zunehmend von der Einkommensentwicklung entfernt. Auch die jährlichen Baufertigstellungen von Neubauwohnungen können den Druck derzeit nicht lindern. Zudem sind die Neubauwohnungen deutlich größer als die durchschnittlichen Wohnungsrößen im Bestand; viele der entstandenen Wohnungen sind dadurch für viele Haushalte nicht leistbar.

Die wirtschaftliche Lage ist in den Großstädten weiterhin gut: Die Arbeitslosigkeit sinkt seit Jahren in fast allen Vergleichsstädten, parallel dazu steigen weiterhin die Beschäftigungszahlen. Das verfügbare Einkommen steigt tendenziell ebenso wie das BIP und die Kaufkraft der Haushalte. In Hannover entwickeln sich die wirtschaftlichen Kennziffern ebenfalls positiv. 2016 gab es hier den im Großstädtevergleich höchsten prozentualen Anstieg des BIPs um 8,5 Prozent. Der Wirtschaftszweig Tourismus zeigt ebenfalls Wachstum, im Bettenangebot ebenso wie bei den Gästeankünften und Übernachtungen, der Bettenauslastung und der Tourismusintensität.

Im Bildungsbereich zeigt sich ein weiter anhaltender Anstieg der Zahl der Studierenden – in den letzten fünf Jahren um beträchtliche 17 Prozent. Der Frauenanteil ist dabei kontinuierlich angestiegen und liegt zurzeit mit 49,5 Prozent fast ausgeglichen bei der Hälfte der Studierenden in den 15 größten Städten Deutschlands. Auch der Anteil ausländischer Studierender wächst und liegt aktuell bei 15 Prozent.

In der Stadtentwicklung hat das Thema Mobilität hohe Bedeutung. Hier geht es im Interesse der Lebensqualität in der Stadt und vor dem Hintergrund gesteckter Klimaschutzziele um die zukunftsfähige Ausgestaltung der Transportsysteme u. a. bezogen auf neue Antriebstechnologien wie die Elektromobilität. Diese gewinnt nicht nur in Hannover weiterhin an Bedeutung, u. a. durch wachsende Elektro-Fahrzeugbestände, den deutlichen Ausbau von Ladeinfrastruktur und den Einsatz von Elektrobussen im ÖPNV.



Erste Stadträtin, im Mai 2019

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
-------------------------	---

Großstädtevergleich	9
----------------------------------	---

1. Bevölkerungsentwicklung	10
2. Flächennutzung.....	14
3. Wohnen	16
4. Arbeitsmarkt und Wirtschaft.....	26
5. Innenstadt - Einzelhandel	34
6. Sozialstruktur.....	36
7. Bildung und Ausbildung	42
8. Kultur und Freizeit	50
9. Verkehr	54
10. Tourismus	60
11. Öffentliche Sicherheit/Kriminalität	64
12. Finanzen	68

Anhang

Abbildungsverzeichnis
Schriften zur Stadtentwicklung

Einleitung

Die 15 größten deutschen Städte, die im vorliegenden Lagebericht zur Stadtentwicklung in verschiedenen Themengebieten verglichen werden, sind alle Städte Deutschlands mit einer Bevölkerung von über 500.000 Menschen (Duisburg: 498.100). Der Städtevergleich umfasst die Millionenstädte Berlin, Hamburg, München und Köln, weiterhin Frankfurt am Main, Stuttgart, Düsseldorf, Dortmund, Essen, Bremen, Leipzig, Dresden, Hannover, Nürnberg und Duisburg.

Wesentliche Datenbasis des Großstädtevergleichs sind die offiziellen Statistiken der Statistischen Landesämter bzw. des Bundes und der Länder. Darunter fällt auch der jährlich veröffentlichte Mikrozensus.

Die Stadtverwaltung dankt allen, die sie bei der Erstellung des Lageberichts mit der Bereitstellung von Daten und Anregungen unterstützt haben, insbesondere den Mitarbeiter*innen der folgenden Statistischen Landesämter:

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
- Bayerisches Landesamt für Statistik
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
- Statistisches Landesamt Bremen
- Statistikamt Nord
- Hessisches Statistisches Landesamt
- Landesamt für Statistik Niedersachsen
- Information und Technik Nordrhein-Westfalen
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Als Datenquelle dienen teilweise auch die Online-Datenbank GENESIS-Online des Statistischen Bundesamtes (<https://www-genesis.destatis.de>) und die Regionaldatenbank Deutschland der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (<https://www.regionalstatistik.de>) sowie die Homepages der einzelnen Statistischen Landesämter.

Weitere Datenquellen waren: ADFC, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen, Bundesagentur für Arbeit, Centrum für Hochschulforschung (CHE), Con_sens Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH, Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS), DIE (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung), empirica ag, F+B GmbH, Filmförderanstalt FFA, GfK Geo-Marketing, Immobilienverband Deutschland (IVD), Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin (ZIB), Kraftfahrt-Bundesamt, Landeskriminalamt Niedersachsen, openbookcase.org, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) sowie die Statistikstelle der Landeshauptstadt Hannover.

Städte für den Großstädtevergleich



GROSSSTÄDTEVERGLEICH

1. Bevölkerungsentwicklung

Wachstum in den Großstädten dynamischer als in Deutschland

Ende 2017 lebten in den 15 größten deutschen Städten 14,4 Mio. Menschen, im Vorjahr waren es mit 14,3 Mio. knapp 100.000 weniger. Seit dem Jahr der Volkszählung 2011 war dies der sechste Anstieg in Folge, wie auch in Deutschland gesamt. Allerdings stieg die Bevölkerungszahl in der Summe der 15 Städte seit 2011 um 6,8 Prozent deutlich dynamischer als in Deutschland (+3,1 Prozent). Entsprechend ist jedes Jahr der Anteil der Bevölkerung Deutschlands, die in den Städten des Großstädtevergleichs lebt, gestiegen. Ende 2011 lag er bei 16,8 Prozent, Ende 2017 bei 17,4 Prozent.

Großstädtewachstum setzt sich 2017 etwas verlangsamt fort

Das Wachstum der 15 Großstädte 2017 von im Schnitt 0,7 Prozent war das geringste der letzten sechs Jahre. Bis 2016 hatte es bei über einem Prozent gelegen. Zum sechsten Mal in Folge hatte Leipzig 2017 den höchsten relativen Einwohnerzuwachs (+1,9 Prozent), gefolgt von Frankfurt (+1,4 Prozent). Auch im Sechsjahresvergleich liegen Leipzig (+14,1 Prozent) und Frankfurt (+10,4 Prozent) vorn, gefolgt von Berlin mit 8,6 Prozent. In absoluten Zahlen hatte Berlin seit 2011 mit 287.500 Personen den größten Zuwachs der Städte. Die Einwohnerzahl im Großstädtevergleich reicht von 498.100 in Duisburg bis zu 3,61 Millionen in Berlin.

Rechnerische Einwohnerabnahme in München 2017 durch „Abmeldungen von Amts wegen“ rein statistischer Natur

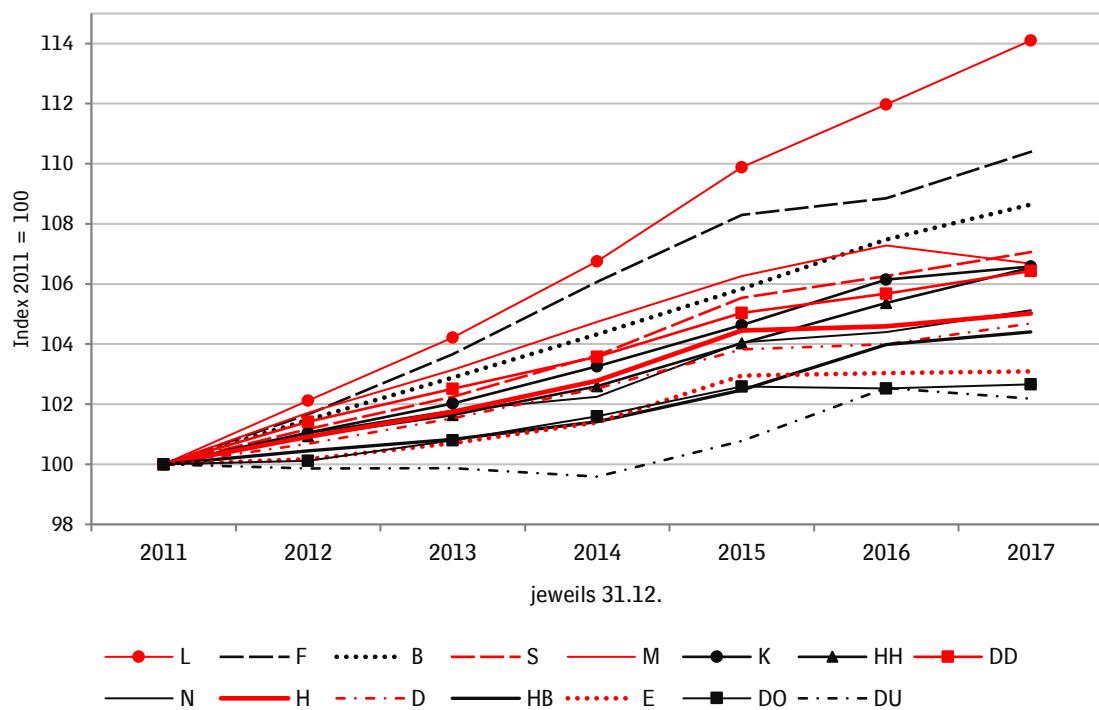
Mit einem Wachstum um 2.200 Personen von 532.900 Einwohner*innen Ende 2016 auf 535.100 Ende 2017 liegt Hannover auf Rang 11 des Großstädtevergleichs. In Dortmund und Essen wuchs der Bevölkerungsbestand nur um 800 bzw. 300 Personen, Duisburgs Einwohnerzahl sank um 1.700 Menschen, und Münchens Bevölkerungsbestand auf Rang 15 ging 2017 sogar um 8.300 Personen zurück. Diese rechnerische Verringerung des Bevölkerungsbestandes hat allerdings nur statistische Gründe: 2017 wurden in München umfassende Registerbereinigungen durchgeführt, bei denen Personen aus dem Bevölkerungsregister entfernt wurden, die ins Ausland gezogen waren, ihren Wohnsitz aber nicht bei der Stadtverwaltung München abgemeldet hatten. Diese Löschung – formal als Wegzug verbucht – vieler „Karteileichen“ innerhalb eines Jahres war so umfangreich, dass sie mengenmäßig den faktischen Einwohnerzuwachs durch Geburtenüberschuss und Wanderungsgewinne überwog. Ohne die Registerbereinigung hätte der rechnerische Einwohnerzuwachs in München 2017 mehrere tausend Personen betragen. Dies hätte einem geringeren Wachstum als in den Jahren zuvor entsprochen.

In der Wanderungsstatistik führten diese Korrekturen in München zu einem Wanderungsverlust von 12.600 Personen im Jahr 2017. Abgesehen von einem leichten Wanderungsverlust von 900 Personen in Duisburg wiesen alle Großstädte 2017 Wanderungsgewinne auf, wie jedes Jahr seit 2010. Berlin (+33.500), Hamburg (+18.000) und Leipzig (+10.400) hatten den positivsten Saldo, Köln (+1.600), Essen (+1.800) und Dortmund (+1.900) hinter Hannover (+2.200) die geringsten Gewinne.

Anhaltende Wanderungsgewinne zunehmend dominiert durch Auslandszuwanderung; 2017 Verluste gegenüber Deutschland außer in Leipzig

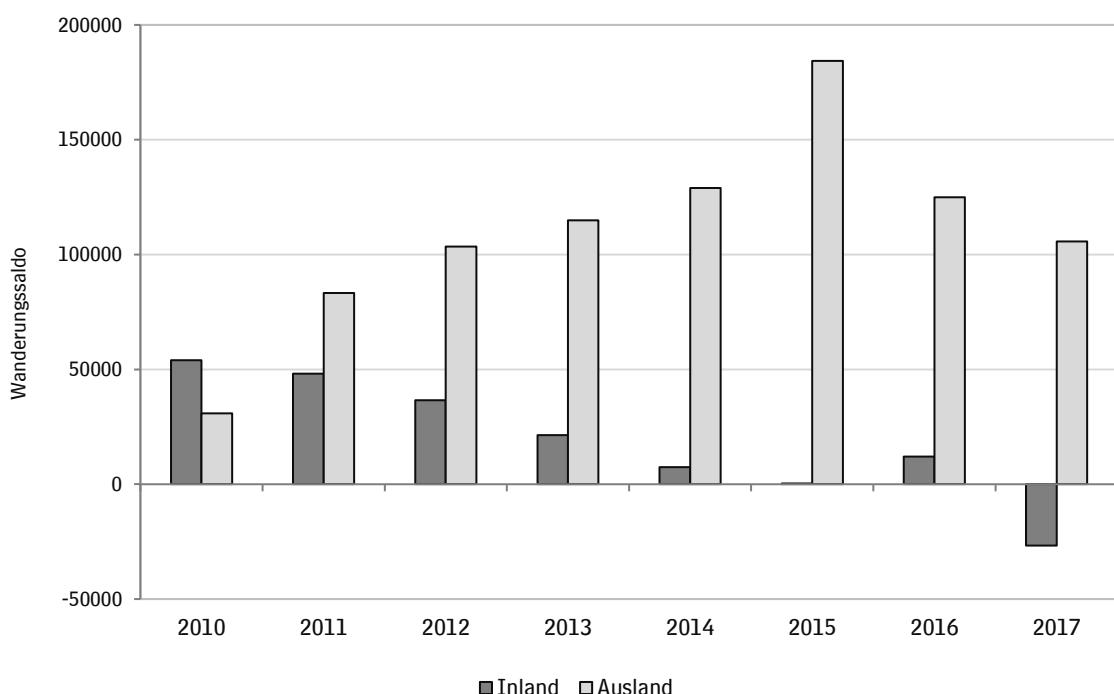
Die Wanderungsgewinne der 15 größten deutschen Städte aus dem Inland sind seit 2010 (außer im Jahr 2016) kontinuierlich gesunken, und 2017 gab es in der Summe der Städte sogar Wanderungsverluste Deutschland gegenüber (vgl. Abb. 2), und zwar in allen Städten außer Leipzig. Umgekehrt ist der Wanderungssaldo der 15 Städte in der Summe dem Ausland gegenüber seit 2010 stark gestiegen und weiterhin hoch, so dass die Großstädte insgesamt deutliche Wanderungsgewinne erzielen. Für die Wanderungsgewinne im Großstädtevergleich sind die Zuzüge aus dem Ausland damit von entscheidender Bedeutung.

Abbildung 1:

Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten deutschen Großstädten 2011 bis 2017

Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 2:

Wanderungssaldo der 15 größten deutschen Städte unterteilt nach Inland und Ausland 2010 bis 2017

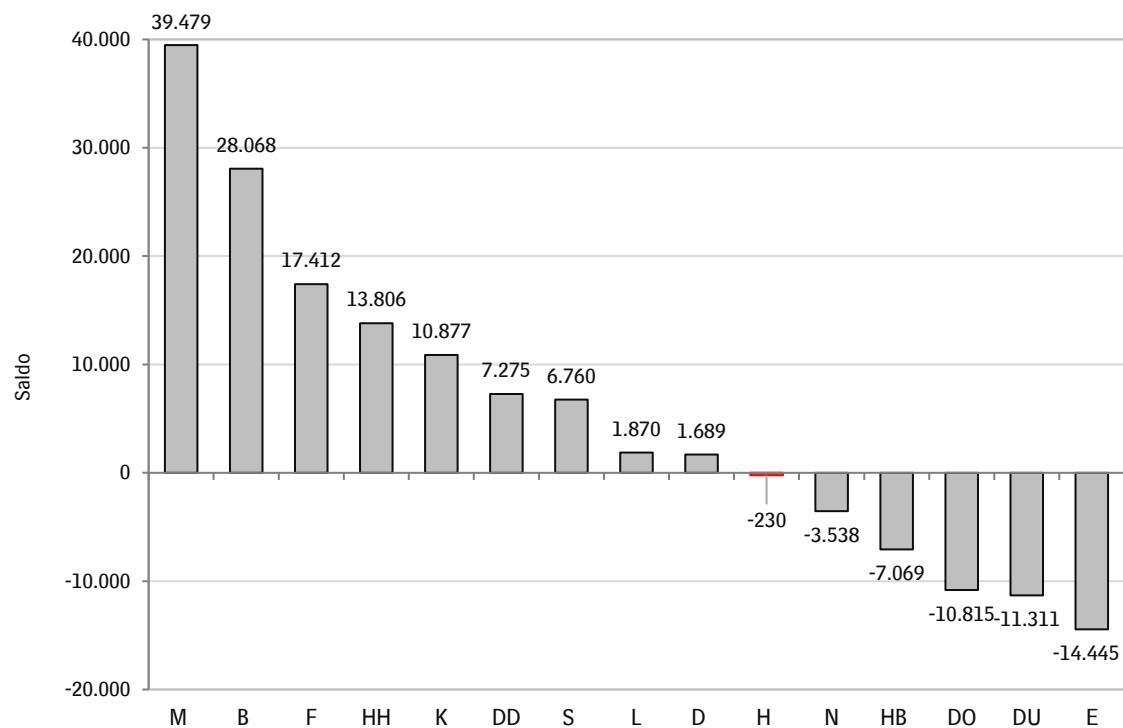
Quelle: Statistische Landesämter

Geburtenzahlen weiterhin hoch, natürlicher Saldo positiv	160.600 Geburten 2017 in der Summe in allen Vergleichsstädten waren hinter 163.700 Geburten im Vorjahr die höchste Zahl im Großstädtevergleich seit 1995. 20.100 Geburten mehr als Sterbefälle bedeuten das siebte Jahr mit einem Geburtenüberschuss in Folge. Wenn auch in fast allen Städten der Trend seit 2011 positiv ist, so gibt es dennoch nicht in allen Städten Geburtenüberschüsse.
München mit höchstem Geburtenüberschuss, Ruhrgebietsstädte mit Sterbeüberschüssen	2017 hatten München (+6.300), Berlin (+5.800) und Hamburg (+3.500) die höchsten Geburtenüberschüsse. Hannover auf Rang 10 hatte mit plus 83 Personen einen fast ausgeglichenen Saldo, fünf Städte hatten einen Sterbeüberschuss. Am stärksten fiel dieser in Essen (-1.500), Dortmund (-1.100) und Duisburg (-900) aus.
	Die letzten sieben Jahre zusammengenommen sind München (+39.500) und Berlin (+28.100) ebenfalls auf den ersten beiden Rängen mit den höchsten Geburtenüberschüssen, gefolgt von Frankfurt (+17.400). Hannover, wiederum auf Rang 10, hatte mit minus 230 Personen auch im Siebenjahreszeitraum einen fast ausgeglichenen natürlichen Saldo. Die Ruhrgebietsstädte Essen (-14.400), Duisburg (-11.300) und Dortmund (-10.800) weisen die größten Sterbeüberschüsse auf.
Altersstruktur im Großstädtevergleich jünger als in Deutschland	Vergleicht man die Altersstruktur im Großstädtevergleich mit der Deutschlands am 31.12.2017, zeigen sich im Großstädteschnitt tendenziell starke relative Besetzungen in den jüngeren und schwächere Besetzungen in den älteren Altersgruppen (vgl. Abb. 4.). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen ist im Großstädteschnitt mit 16,4 Prozent der Bevölkerung fast mit dem Wert in Deutschland von 16,2 Prozent identisch. Auch der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ist mit 8,0 Prozent nur wenig höher (7,6 Prozent). Bei den jüngeren Erwachsenen von 25 bis 29 Jahren liegt der Anteil mit 8,4 Prozent zwei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt von 6,4 Prozent. Auch die Altersklasse 30 bis 49 Jahre ist in den Großstädten mit 29,1 Prozent stärker besetzt als in Deutschland (25,6 Prozent). Bei den Personen ab 50 Jahre kehrt sich dies um: In Deutschland ist der Anteil der 50- bis 64-Jährigen mit 22,6 Prozent der Bevölkerung höher als in den Großstädten (19,4 Prozent), dies gilt auch für die Senior*innen ab 65 Jahre (21,4 Prozent gegenüber 19,0 Prozent).

Zwischen den Großstädten beträgt die Spannweite der Besetzung der Altersklassen unter 30 Jahren nur maximal 2,4 Prozentpunkte. Hannover hat dabei mit 9,2 Prozent den größten Bevölkerungsanteil der 18- bis 24-Jährigen. Bei den 30- bis 49-Jährigen reicht der Anteil von 25,5 Prozent in Duisburg bis zu 32,6 Prozent in Frankfurt. Auch bei den Personen ab 65 Jahre gibt es deutliche Unterschiede: In Frankfurt machen sie nur 15,7 Prozent der Bevölkerung aus, in Dresden dagegen 21,8 Prozent.

Abbildung 3:

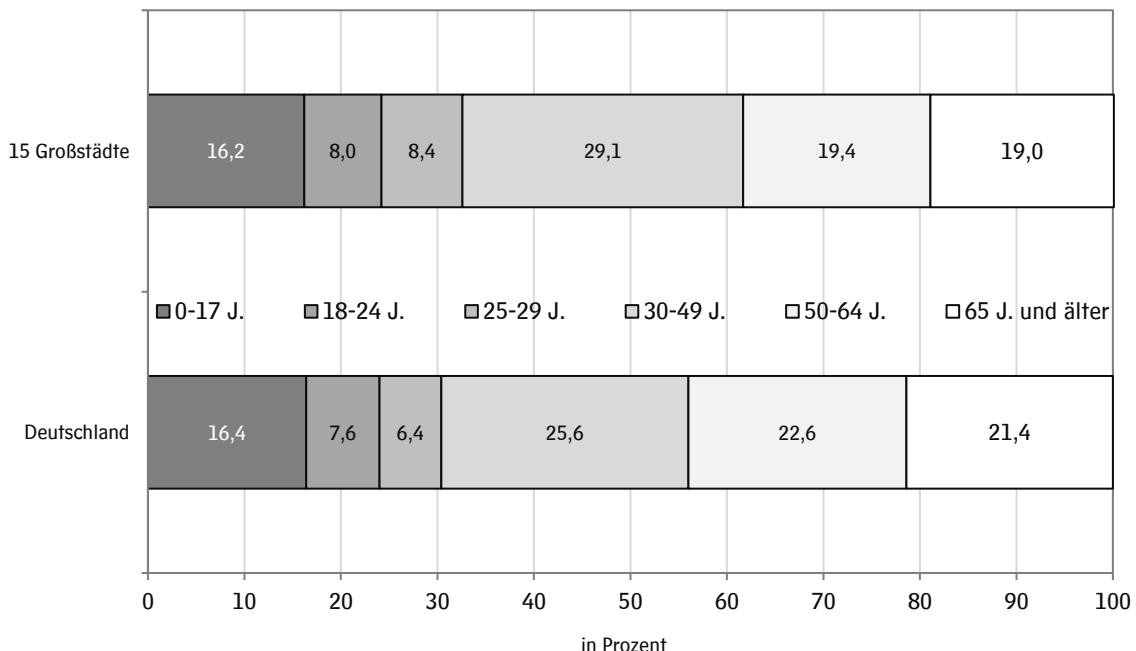
**Natürlicher Saldo von Geburten und Sterbefällen in ausgewählten deutschen Großstädten
2011 bis 2017 (Summe)**



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 4:

Bevölkerung nach Altersgruppen in den 15 größten deutschen Städten und in Deutschland zum Vergleich am 31.12.2017



Quelle: Statistische Landesämter

2. Flächennutzung

Aktuell nur Vergleich der Flächennutzung 2017 zu 2016 möglich

Zum 31.12.2016 wurde die Erhebungsgrundlage für die Flächenerhebung der Statistischen Landesämter nach Art der tatsächlichen Nutzung auf das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS) umgestellt. Mit der neuen Erhebungsgrundlage wurde der bundesweit vereinbarte Nutzungskatalog verändert und erweitert. Durch diese Änderung der Grundlage sind Zeitvergleiche mit den Vorjahren kaum möglich – methodisch zulässig ist nur der Vergleich der Flächennutzung am 31.12.2017 mit dem 31.12.2016. Allerdings wurde teilweise bereits in den Vorjahren parallel mit ALKIS gearbeitet, und für Hannover liegt – anders als für die meisten Städte des Großstädtevergleichs – die ALKIS-Zeitreihe der Flächennutzung seit 2011 vor. Für Hannover lässt sich also ein Sechsjahresvergleich herstellen, während im Großstädtevergleich nur ein Einjahresvergleich möglich wäre. Da sich Flächennutzungen eher schleichend verändern, wird hier vom Einjahresvergleich abgesehen.

Die Flächennutzung wird in der neuen Systematik in die vier Nutzungsartengruppen Siedlung, Verkehr, Vegetation und Gewässer aufgeteilt, die in der Summe die gesamte Stadtfläche ergeben. Siedlungsflächen umfassen unter anderem Wohnbauflächen, Industrie- und Gewerbegebiete sowie Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen.

Die 15 größten Städte nehmen mit insgesamt 5.102 km² Fläche 1,4 Prozent der Fläche Deutschlands ein. Die Größe reicht von 186 km² in Nürnberg und 204 km² in Hannover bis zu 891 km² in Berlin und 755 km² in Hamburg.

Siedlungsflächen belegen knapp die Hälfte der Fläche der Großstädte

Am 31.12.2007 war knapp die Hälfte (47 Prozent) der Gesamtfläche im Großstädtevergleich Siedlungsfläche, gegenüber einem Anteil von nur 9 Prozent in Deutschland. Ein Drittel (34 Prozent) sind Vegetationsflächen (Deutschland: 83 Prozent), 15 Prozent Verkehrsflächen (Deutschland 5 Prozent) und 5 Prozent Gewässer – mehr als in Deutschland mit 2 Prozent. Hier wirken sich die Fließgewässer aus, die maximal in Hamburg 6 Prozent der Stadtfläche erreichen, in Duisburg und Bremen 5 Prozent.

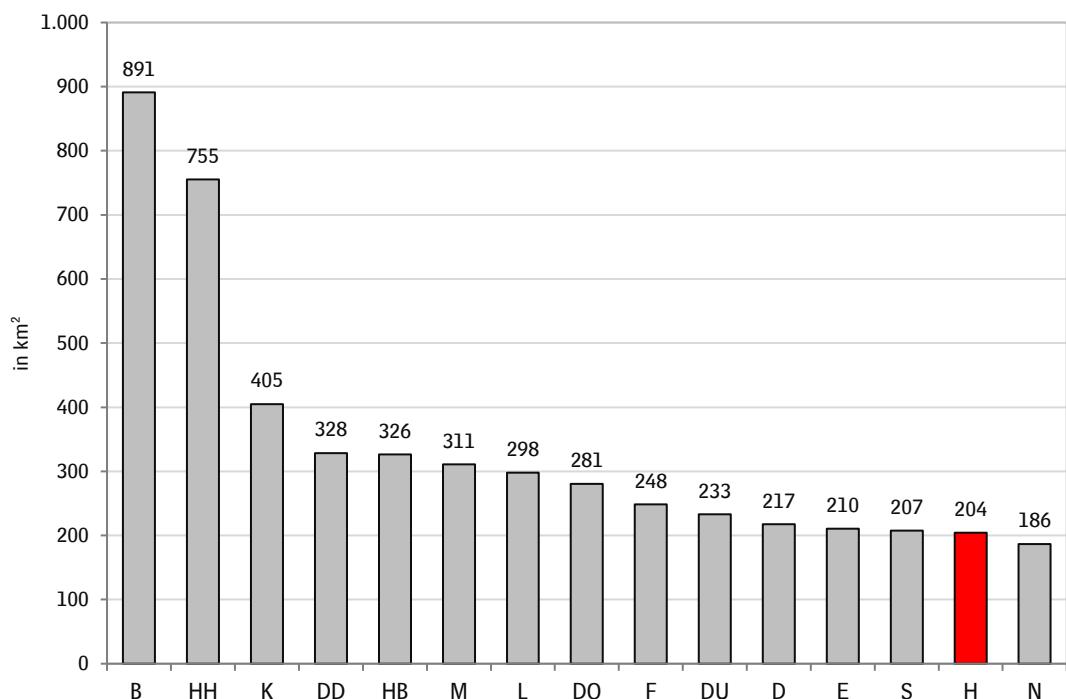
Wohnbauflächen nehmen im Großstädtevergleich in München mit 27 Prozent der Stadtfläche den größten Anteil ein, vor Berlin (25 Prozent) sowie Essen und Hamburg mit je 22 Prozent. In Frankfurt und Köln belegen Wohnbauflächen nur 15 Prozent der Stadtfläche (Hannover: 19 Prozent). In Frankfurt wirkt sich dabei der höchste Anteil an Verkehrsflächen (21 Prozent) der Großstädte aus, woran besonders der größte deutsche Flughafen Anteil hat: Er belegt 6 Prozent der Stadtfläche Frankfurts, doppelt so viel wie in Düsseldorf mit 3 Prozent auf Rang 2 (ohne Hannover).

Hannover auf Rang 1 der Grünanlagen mit 11 Prozent der Stadtfläche

Bei Grünanlagen behauptet Hannover wie auch früher in der alten Systematik auf Rang 1 mit gut 11 Prozent vor Berlin mit knapp 11 Prozent der Stadtfläche den Spitzenwert im Großstädtevergleich als „grünste Stadt“. Hierzu zählen u. a. Grünflächen, Kleingärten, Parks, Botanische Gärten, Gärten sowie Spiel- und Bolzplätze.

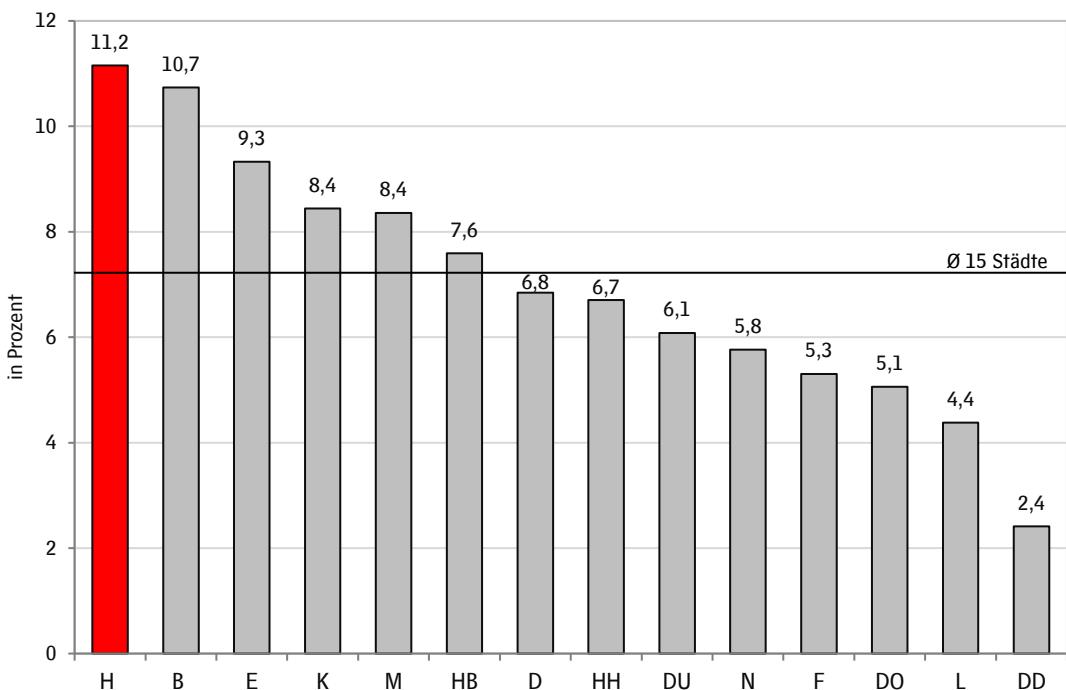
Die Bodenfläche Hannovers von 20.400 ha teilte sich 2017 auf in 52 Prozent Siedlungsfläche, 17 Prozent Verkehrsfläche, 27 Prozent Vegetation und 3 Prozent Gewässer. Gegenüber 2011 gab es folgende Verschiebungen: Die Siedlungsfläche wuchs um 1,9 Prozent auf 10.710 ha an, die Verkehrsflächen sanken um 0,8 Prozent auf 3.500 ha, Vegetationsflächen sanken um 2,5 Prozent auf 5.580 ha und die Gewässerflächen sanken um 1 Prozent auf 640 ha.

Abbildung 5:

Stadtgröße ausgewählter deutscher Großstädte in Quadratkilometern am 31.12.2017

Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 6:

Anteil von Grünanlagen an der Stadtfläche in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2017

Quelle: Statistische Landesämter

3. Wohnen

Viele Großstädte haben angesichts des zunehmenden Nachfragedrucks auf den Wohnungsmärkten Bündnisse für Wohnen gegründet und sind bemüht mit unterschiedlichsten Maßnahmen, den Wohnungsneubau anzukurbeln. Diese greifen jedoch langsamer als erhofft: 2017 sind deutschlandweit 284.816 Baufertigstellungen erfasst. Die Zahl der genehmigten Wohnungen ist 2017 mit 347.900 Wohnungen deutlich höher als die Zahl der Fertigstellungen. Bundesweit summieren sich die Bauüberhänge zum Höchststand seit 1999 von mittlerweile 653.300 genehmigten, aber noch nicht fertig gestellten Wohnungen.

2017 sind in den Großstädten so viele Baugenehmigungen erteilt worden wie seit Jahrzehnten nicht mehr

Die hohen Zahlen an Baugenehmigungen zeigen die erheblichen Anstrengungen der Städte, das Baugeschehen positiv zu beeinflussen: 2017 wurden insgesamt mehr als 82.300 Wohnungen in den Großstädten genehmigt, das ist ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 4,7 Prozent und der höchste Wert seit vielen Jahren. Absolut am meisten Baugenehmigungen wurden in Berlin erteilt (knapp 24.750, Rang 1), gefolgt von München (knapp 13.500) und Hamburg (knapp 12.500). Mittels der Baugenehmigungsintensität (Baugenehmigungen je 1.000 Einwohner*innen) lassen sich die unterschiedlich großen Städte besser miteinander vergleichen. Bundesweit liegt die Baugenehmigungsintensität 2017 bei 4,2 und in den Großstädten bei 5,7. In München fällt der Wert am höchsten aus (9,3 Baugenehmigungen je 1.000 Einwohner*innen, Rang 1), gefolgt von Dresden (8,6), Frankfurt (7,9) sowie Berlin und Hamburg (je 6,8). Die geringste Baugenehmigungsintensität weisen Duisburg (1,4, Rang 15) und Hannover (1,5, Rang 14) auf.

2017 entstand bundesweit jede 5. fertiggestellte Wohnung in einer der 15 Großstädte

Jede 5. Wohnung (insgesamt 57.150 Wohnungen) entstand 2017 bundesweit in einer der 15 größten Großstädte. Das stellt gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 4.350 Wohnungen bzw. ein Plus von 8,2 Prozent dar. Berlin (+15.669 fertiggestellte Wohnungen), München (+8.340) Hamburg (+7.920) und Frankfurt (+5.122) weisen absolut die höchsten Baufertigstellungen aus. Duisburg (+579), Hannover (+1.106) und Essen (+1.186) bilden die Schlusslichter im Großstädtevergleich.

Der Wohnungsbestand wächst nicht 1 zu 1 zur Zahl der Baufertigstellungen; Grund sind Abgänge, Wohnungszusammenlegungen oder Umwidmungen

Trotz der 2017 in den 15 Städten 57.150 neu gebauten Wohnungen wächst der Wohnungsbestand lediglich um 54.584 Wohnungen an. Abgänge, Wohnungszusammenlegungen oder Umwidmungen von vormaligem Wohnraum reduzieren die Bilanz in den Vergleichsstädten.

Mit dem Indikator Bauintensität (neu errichtete Wohnungen je 1.000 Einwohner*innen) lassen sich unterschiedliche Bautätigkeiten in verschiedenen großen Städten miteinander zu vergleichen. 2017 wurden deutschlandweit 3,7 Wohnungen je 1.000 Einwohner*innen fertiggestellt und in den 15 Großstädten 4,0 je 1.000 Einwohner*innen. Damit ist die Bauintensität 2017 in den Vergleichsstädten gegenüber 2016 (3,7) und 2015 (3,3) nochmals gestiegen.

2017 liegt die Bauintensität in Hannover bei 2,1 Fertigstellungen je 1.000 Einwohner*innen (Großstädtedurchschnitt: 4,0)

Die höchste Bauintensität erzielt 2017 Frankfurt mit 6,9 fertiggestellten Wohnungen je 1.000 Einwohner*innen (Rang 1). Auch 2016 wies Frankfurt die höchste Bauintensität mit 5,8 aus. Der Main-Metropole folgen München (5,7), Nürnberg (5,3) und Dresden (4,7). Die geringsten Bauintensitäten 2017 erzielen Duisburg (1,2), Essen und Köln (je 2,0). 2017 erreicht die Bauintensität in Hannover einen Wert von 2,1 und hat sich damit gegenüber den Vorjahren gesteigert. Dennoch bleibt die Bauintensität Hannovers im Großstädtevergleich unterdurchschnittlich.

Die durchschnittliche Wohnungsgröße von Neubauwohnungen in den Jahren 2013 bis 2017 liegt im Großstädtevergleich bei 88 m². Damit fallen die Wohnflächen in Neubauwohnungen gegenüber der mittleren Wohnungsgröße der Wohnungsbestände in

Abbildung 7:

**Fertiggestellte Wohnungen, Entwicklung des Wohnungsbestandes und die Differenz
2017 gegenüber 2014 in ausgewählten deutschen Großstädten**

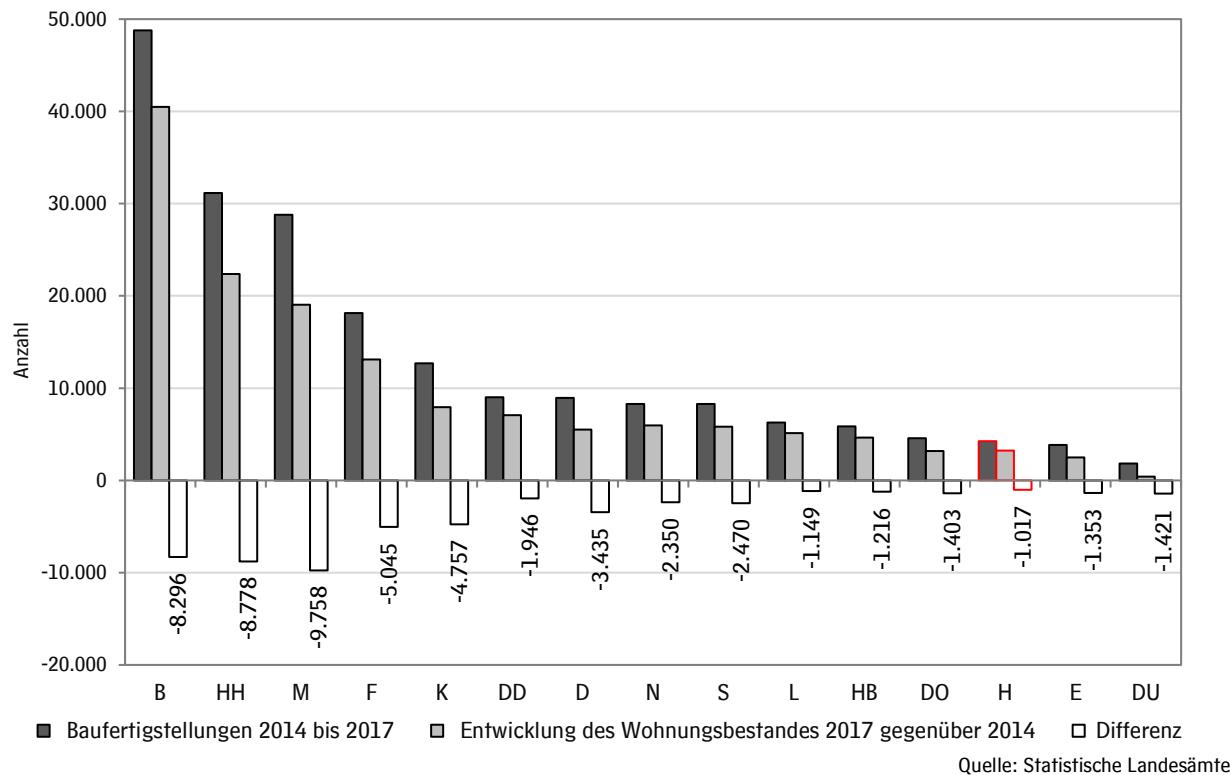
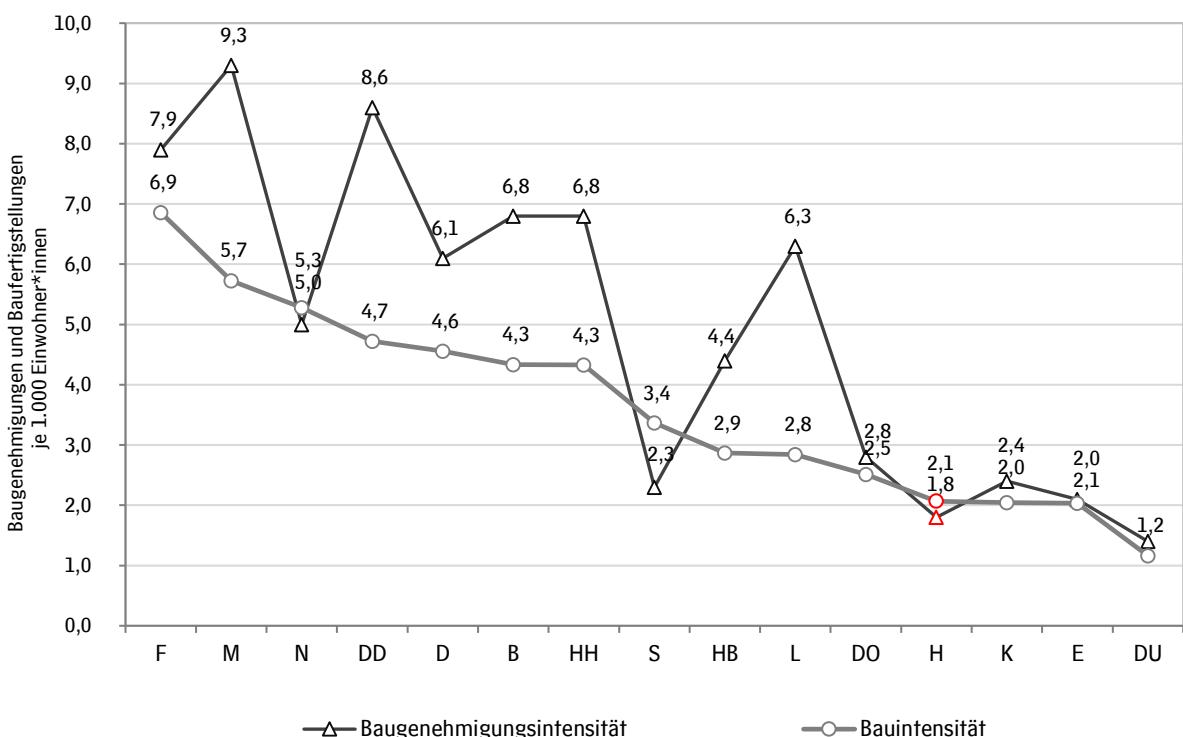


Abbildung 8:

Baugenehmigungs- und Bauintensität in ausgewählten deutschen Großstädten 2017



Die Neubauwohnungen in den Großstädten sind mit 88 m² größer als die durchschnittliche Wohnungsgröße im Bestand (73 m²)

den Großstädten, die 2013 bis 2017 bei 73 m² liegt, rund 15 m² größer aus. Das ist ein „Mehr“ an Wohnflächen im Neubau gegenüber dem Wohnungsbestand von 21 Prozent. Nach Anzahl der Zimmer ist der am häufigsten erbaute Wohnungstyp die 3- bis 4-Zimmerwohnung (44 Prozent), 32 Prozent sind 1- und 2-Zimmerwohnungen und ein Viertel aller fertiggestellten Wohnungen in den Jahren 2013 bis 2017 hat 5 und mehr Zimmer. Bezuglich der Wohnfläche im Neubau scheint zurzeit trotz der Forderung nach Flächeneinsparung – dies auch vor dem Hintergrund der dadurch möglichen Kostenreduktion – noch kein Umdenken erfolgt.

Am größten fallen die Wohnflächen der neu erbauten Wohnungen der Jahre 2013 bis 2017 in Hannover aus (107 m², Rang 1), gefolgt von Leipzig (106 m², Rang 2) und Dortmund (101 m², Rang 3). Am geringsten sind die durchschnittlichen Wohnungsgrößen der Neubauwohnungen in München (71 m², Rang 15), Stuttgart (76 m², Rang 14) sowie Frankfurt und Nürnberg (je 79 m²).

**Angebots-Nachfrage-Relation:
Die Nachfrage steigt in den Großstädten deutlich stärker als das Angebot**

Die **Angebots-Nachfrage-Relation** zeigt die An- bzw. Entspannung von Wohnungsmärkten: In allen Vergleichsstädten wächst zwischen 2013 und 2017 die Haushaltezahl (+4,7 Prozent) schneller als der Wohnungsbestand (+2,0 Prozent) und zeigt so den zunehmenden Nachfragedruck, der typisch ist für die wachsenden Großstädte.

Leipzig verzeichnet mit großem Abstand die größte relative Haushalteentwicklung in den Jahren 2013 bis 2017 mit einem Plus von 10,5 Prozent, während die Entwicklung des Wohnungsbestandes im selben Zeitraum mit 1,8 Prozent deutlich dahinter zurückbleibt. Leipzig kann dieses Delta derzeit noch kompensieren. Der – nach der Wiedervereinigung sehr hohe – Wohnungsleerstand dient heute immer noch als Puffer an verfügbaren Wohnungen, der den Zuwachs an Haushalten auffangen kann, obwohl die Nachfrage fast sechsmal (5,9) stärker gestiegen ist als die Ausweitung des Angebotes.

In München, Hamburg, Dresden und Frankfurt ist der Zuwachs an Haushalten nur ca. eineinhalbmal höher (1,3 bis 1,8) als der Zuwachs an Wohnungen. Duisburg bildet das Schlusslicht. Bei einer im Großstädtevergleich geringsten Entwicklung der Nachfrage (+2,3 Prozent) und des Angebotes (+0,2 Prozent) hat Duisburg das höchste „Ungleichgewicht“ in der Angebots-Nachfrage-Relation: Die Nachfrageentwicklung übersteigt die Angebotsentwicklung in den Jahren 2013 bis 2017 fast um das Zehnfache (9,5). In Hannover entspricht die Marktanspannung mit einer fast zweieinhalbfachen (2,3) höheren Nachfrageentwicklung dem Durchschnitt des Städtevergleichs (2,3).

Die ortsüblichen Vergleichsmieten steigen weiter

Das bundesweit zu beobachtende Ansteigen der Marktmieten bei Neu- und Wiedervermietung wirkt sich sukzessive auf das Niveau der in den Mietspiegeln dokumentierten Bestandsmieten aus: Aufgrund von Mieterhöhungen im Rahmen bestehender Verträge und höherer Neuvermietungsmieten erhöht sich die Mietspiegelmiete stetig.

Der Mietspiegel-Index des Instituts F+B wertet die in den Mietspiegeln dokumentierten ortsüblichen Vergleichsmieten der Städte und Gemeinden aus und ermöglicht den Vergleich örtlicher Bestandsmieten trotz der Wohnungsmarktunterschiede in den Städten. Die Daten spiegeln die Nettokaltmieten, die Mieter*innen im Durchschnitt derzeit für Wohnungen mit 65 m² Wohnfläche mit mittlerer Ausstattung und Wohnlage zahlen.

Im Jahr 2018 sind die ortsüblichen Vergleichsmieten in den Großstädten im Vergleich zum Vorjahr erneut um 2,5 Prozent von 7,29 auf 7,48 EUR/m² gestiegen. Im bundesweiten Durchschnitt kletterten die Mietspiegelmieten von 6,72 auf 6,92 EUR/m² (3,1 Prozent). Deutschlandweit zeigt sich das bekannte Muster: Je neuer eine Wohnung, desto höher ihre Miete.

Abbildung 9:

Durchschnittliche Wohnungsgrößen 2013 bis 2017 im Neubau und im Bestand in ausgewählten deutschen Großstädten

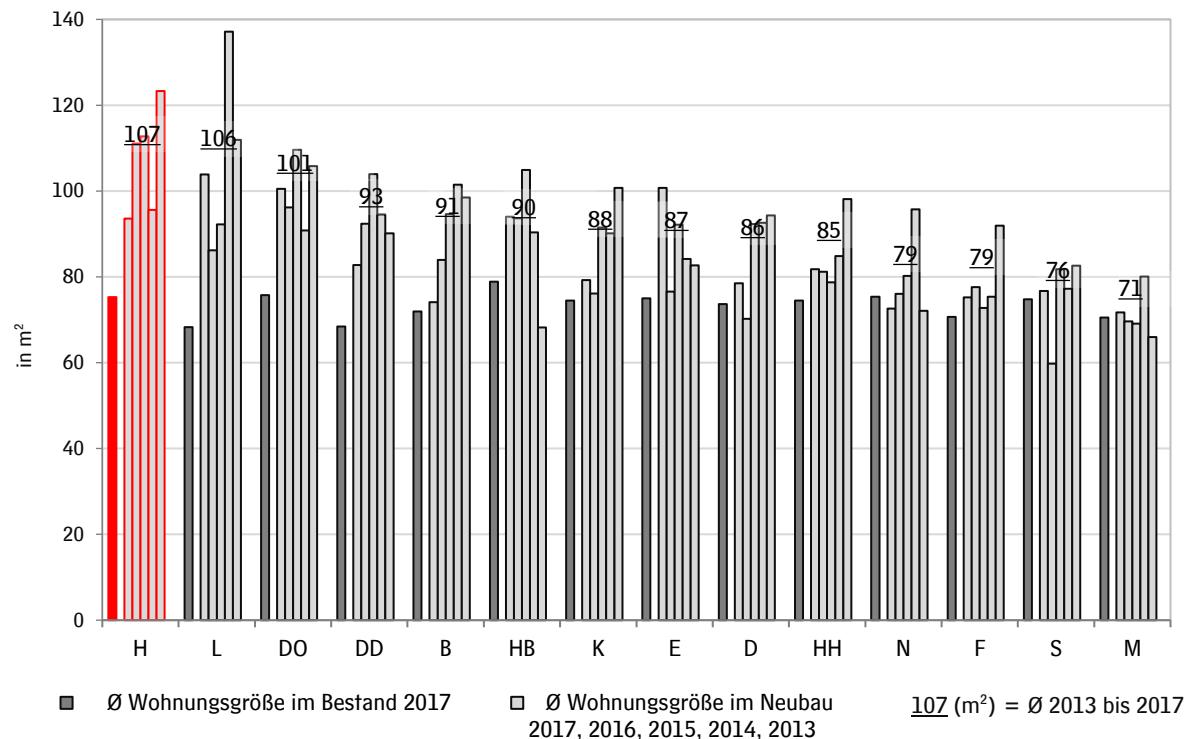
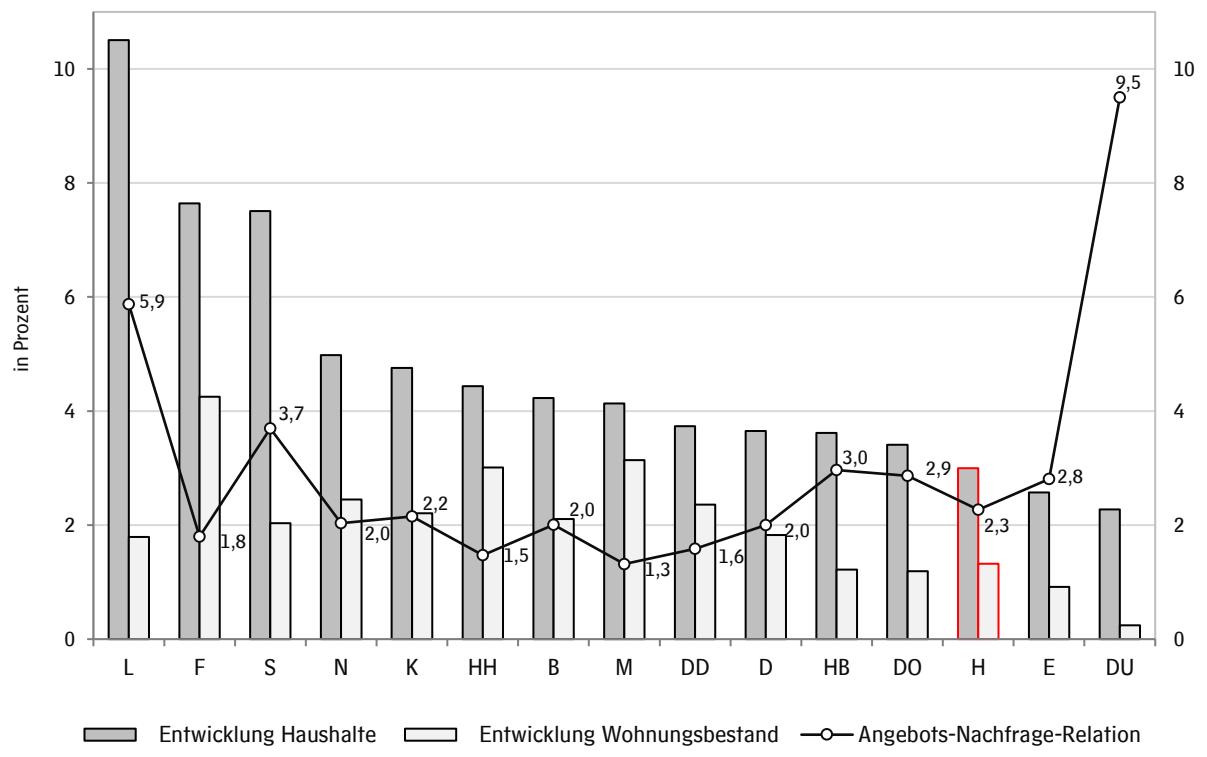


Abbildung 10:

Angebots-Nachfrage-Relation 2013 bis 2017 in ausgewählten deutschen Großstädten



In München werden die höchsten ortsüblichen Vergleichsmieten erfasst, die 51 Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt liegt

Die Spanne reicht von etwa 6,70 EUR/m² im Altbau bis zu 9,27 EUR/m² im Neubau, wobei sanierte und umfassend modernisierte Altbauwohnungen überdurchschnittlich aufholen.

Die Steigerung der Angebotsmieten im Bestand hat sich 2018 im Vergleich zum Vorjahr verlangsamt bei einem deutlich erhöhten Ausgangsniveau

Die teuersten Wohnungsmärkte mit den höchsten ortsüblichen Vergleichsmieten sind 2018 München (10,45 EUR/m²), Stuttgart (9,97 EUR/m²), Köln (8,63 EUR/m²), Hamburg (8,62 EUR/m²) und Frankfurt (8,43 EUR/m²). München liegt 51,0 Prozent über der deutschlandweiten errechneten ortsüblichen Vergleichsmiete von 6,92 EUR/m². In Leipzig fällt die im Mietspiegel dokumentierte ortsübliche Vergleichsmiete mit 4,97 EUR/m² am niedrigsten aus (Rang 15), vor Dortmund (5,57 EUR/m²) und Duisburg (5,88 EUR/m²). Hannover liegt auf dem 11. Rang mit 6,43 EUR/m². Bremen verfügt bislang über keinen Mietspiegel, sodass hier keine Daten vorliegen.

Der Immobilienverband Deutschland (IVD) stellt Preise für Baugrundstücke, Eigentumswohnungen und Eigenheime sowie die bei Neu- und Wiedervermietung erzielten Mietpreise für angebotene Wohnungen zusammen, die von örtlichen Marktberichterstattern übermittelt werden.

Bei den Angebotsmieten für den Wohnungsbestand nach 1949 haben sich die Steigerungen zwar verlangsamt bei einem deutlich erhöhten Ausgangsniveau. Die **Angebotsmiete für den Wohnungsbestand nach 1949** beträgt im Schnitt der Großstädte im Jahr 2018 8,89 EUR/m² (2017: 8,58 EUR/m², +3,5 Prozent).

Die Neubaumieten 2018 sind im Großstädtevergleich gegenüber dem Vorjahr erneut um 5,4 Prozent gestiegen

Seit 2011 haben sich die **Angebotsmieten im Bestand** (Baualtersklasse ab 1949 ohne Neubau) von 6,95 auf 8,89 EUR/m² um 27,8 Prozent erhöht. In einzelnen Großstädten fallen diese Steigerungen noch höher aus, so in Berlin um 46,8 Prozent von 6,30 auf 9,25 EUR/m² und in Hannover um 40,0 Prozent von 6,00 auf 8,40 EUR/m². Aktuell werden aber die höchsten Angebotsmieten für den Wohnungsbestand in München (14,00 EUR/m²), Stuttgart (12,20 EUR/m²) und Köln (10,70 EUR/m²) aufgerufen. Nur knapp ein Drittel der Münchener Angebotsmiete wird in Duisburg (5,10 EUR/m², Rang 15) veranschlagt. Hannover liegt mit 8,40 EUR/m² (Rang 8) zwar unterhalb des Großstädtedurchschnitts, verzeichnet aber seit 2011 die zweithöchste Preissteigerung.

Generell fallen **Neubaumieten** für Wohnungen mit Erstbezug im Berichtsjahr mit drei Zimmern und ca. 70 m² Wohnfläche bei mittlerem Wohnwert am teuersten aus: Die durchschnittliche Angebotsmiete im Neubau rangiert in den Großstädten im Jahr 2018 bei 11,23 EUR/m² (2017: 10,65 EUR/m², +5,4 Prozent). Noch 2011 lag die Neubaumiete in den Vergleichsstädten durchschnittlich bei 8,75 EUR/m², das ist ein Anstieg um durchschnittlich 28,3 Prozent. Deutlich gestiegen sind die Preisforderungen für Nebauwohnungen seit 2011 in Berlin von 7,30 auf 11,50 EUR/m² (+57,5 Prozent) sowie neben München auch in Dresden mit jeweils mehr als 40 Prozent.

Auch im Neubau ist die Spanne der Angebotsmieten in den einzelnen Städten groß: In München erreicht die Neubaumiete 17,00 EUR/m², in Stuttgart 13,90 EUR/m², in Hamburg 13,50 EUR/m² und in Köln 13,20 EUR/m². In Leipzig und Duisburg fallen die Neubaumieten im Jahr 2018 mit 8,00 EUR/m² am günstigsten aus: Sie erreichen weniger als die Hälfte der Münchener Neubaumiete. In Hannover liegt die Neubaumiete 2018 bei 10,80 EUR/m² und damit unter dem Großstädtedurchschnitt. Im Vergleich zu 2017 ergibt sich ein Plus von 8,0 Prozent (Großstädte +5,4 Prozent). Zwischen 2015 bis 2017 verharrte die Neubaumiete in Hannover bei 10,00 EUR/m². Davor wurde zuletzt 2009 eine Neubaumiete ausgewiesen, die damals bei 6,50 EUR/m² lag, ein Plus von 66,2 Prozent (Großstädte im selben Zeitraum: +41,1 Prozent).

Seit Jahren wirkt sich das begrenzte Flächenangebot bei gleichzeitig hoher Nachfrage preissteigernd aus: 2018 sind im Vergleich zum Vorjahr erneut die **Baugrundstückspreise** für Ein- und Zweifamilienhäuser in normaler Wohnlage in den Großstädten um

Abbildung 11:

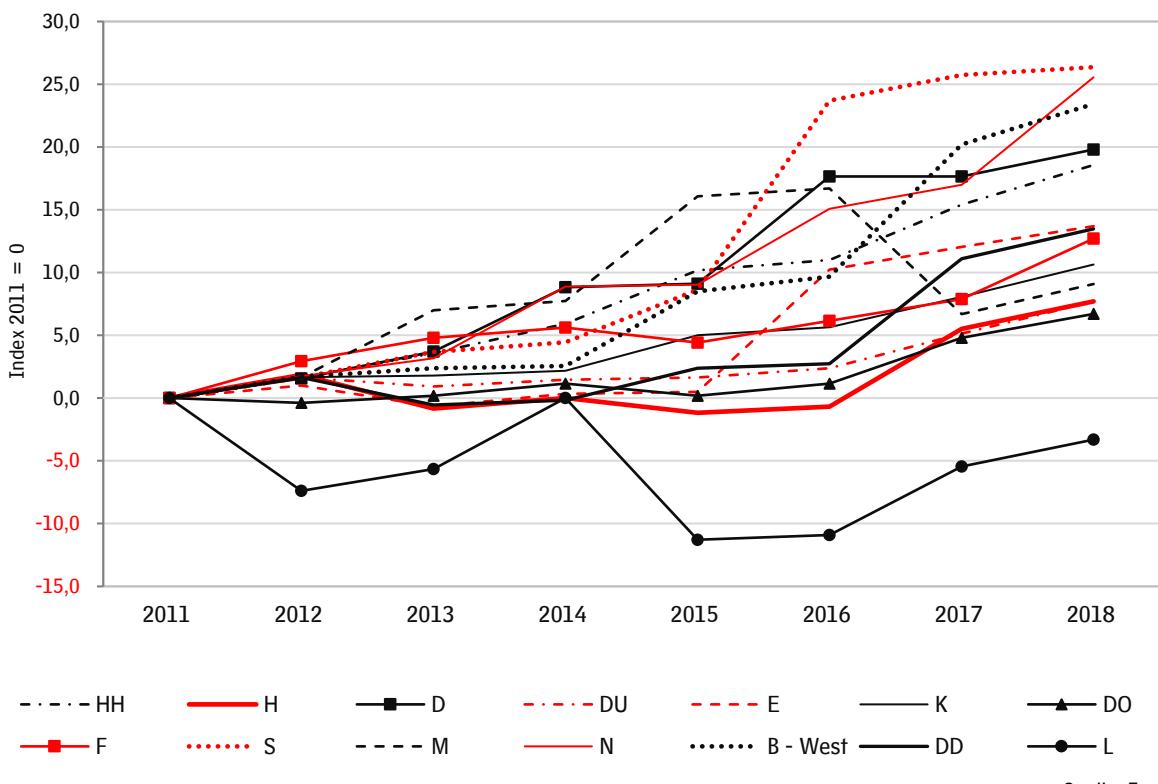
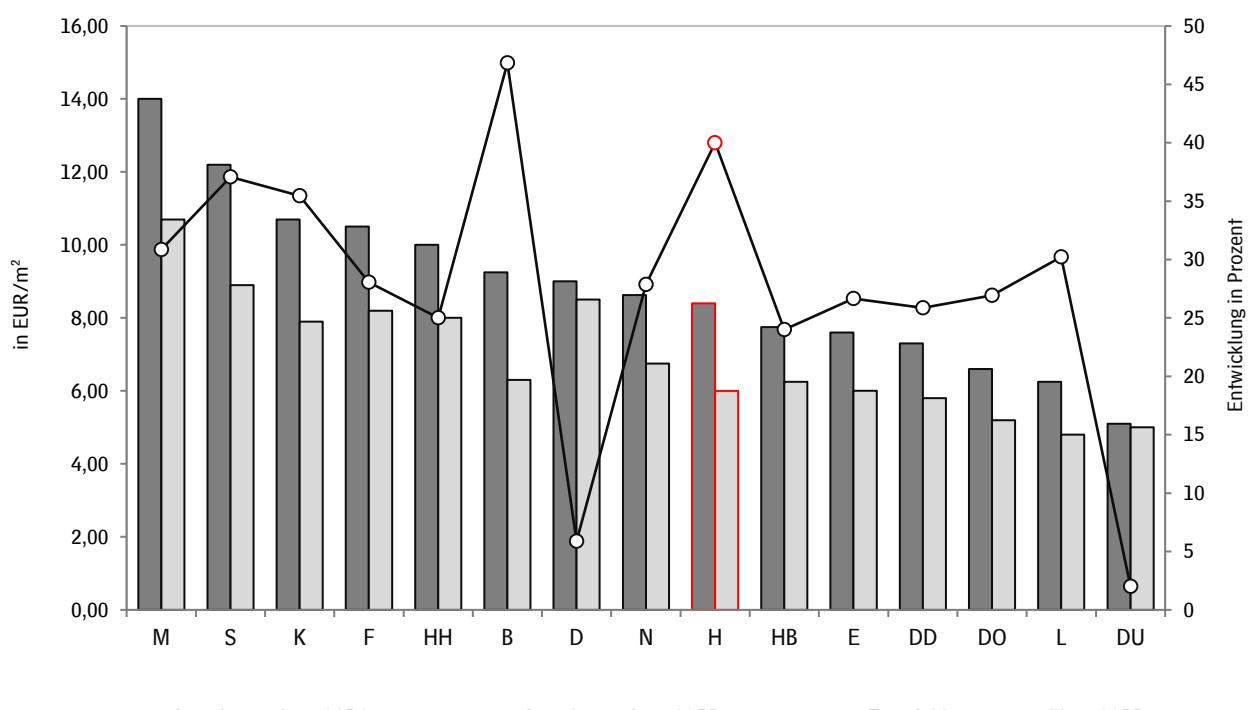
F+B Mietspiegelindex in ausgewählten deutschen Großstädten 2011 bis 2018

Abbildung 12:

Entwicklung der Angebotsmieten im Bestand* 2018 gegenüber 2011 in ausgewählten deutschen Großstädten (3 Zimmer, ca. 70 m², mittlerer Wohnwert, ohne öffentlich geförderten Wohnungsbau)

*Baultersklasse ab 1949 ohne Neubau

Die Preise für Baugrundstücke steigen deutlicher als die Bestands- und Neubaumieten

12,2 Prozent von 421 auf 472 EUR/m² gestiegen. Bei Baugrundstücken für Mehrfamilienhäuser ist der Preisanstieg weniger deutlich mit einem Plus von 3,6 Prozent von 614 auf 637 EUR/m². Rückblickend aber haben die Baugrundstückspreise im Städtevergleich seit 2011 um 72,7 und 74,6 Prozent zugelegt.

Dabei sind die regionalen Preisunterschiede stark ausgeprägt: Für **Ein- und Zweifamilienhaus-Baugrundstücke** werden in München 1.750 EUR/m² (Rang 1) veranschlagt, ein einsamer Spitzenpreis im Großstädteranking. Seit 2011 haben die Münchener Baugrundstückspreise in diesem Segment um fast 200 Prozent zugelegt. Rang 2 belegt Stuttgart weit dahinter mit 900 EUR/m² und Rang 3 Köln mit 600 EUR/m². In der bayrischen Landeshauptstadt wird fast zehnmal mehr für Ein- und Zweifamilienhaus-Baugrundstücke bezahlt als in den sächsischen Städten Leipzig und Dresden (je 180 EUR/m²) und fast sechsmal mehr als in der niedersächsischen Landeshauptstadt: Hannover liegt zusammen mit Dortmund auf Rang 9 (je 300 EUR/m²).

Der Kaufpreis für **Mehrfamilienhaus-Baugrundstücke** 2018 ist in München am höchsten mit 2.250 EUR/m² (Rang 1), ein Plus seit 2011 von 155 Prozent. Neben München sind die Kaufpreise für Mehrfamilienhaus-Baugrundstücke – wenn auch nicht auf so hohem Niveau wie in der bayrischen Landeshauptstadt – in Stuttgart (1.020 EUR/m²) und in Frankfurt (800 EUR/m²) hoch. Im Vergleich zu München werden in Duisburg und in Bremen (je 300 EUR/m²) nur etwa ein Achtel des dortigen Quadratmeterpreises gezahlt. Hannover liegt zusammen mit Dresden auf Rang 11 (je 380 EUR/m²). In Hannover haben sich die Kaufpreise für Mehrfamilienhaus-Baugrundstücke seit 2011 um 52 Prozent erhöht (Großstädte: +74,6 Prozent).

Der Erwerb von Eigenheimen oder Eigentumswohnungen in Hannover bleibt auch 2018 vergleichsweise günstiger als im Großstädtevergleich

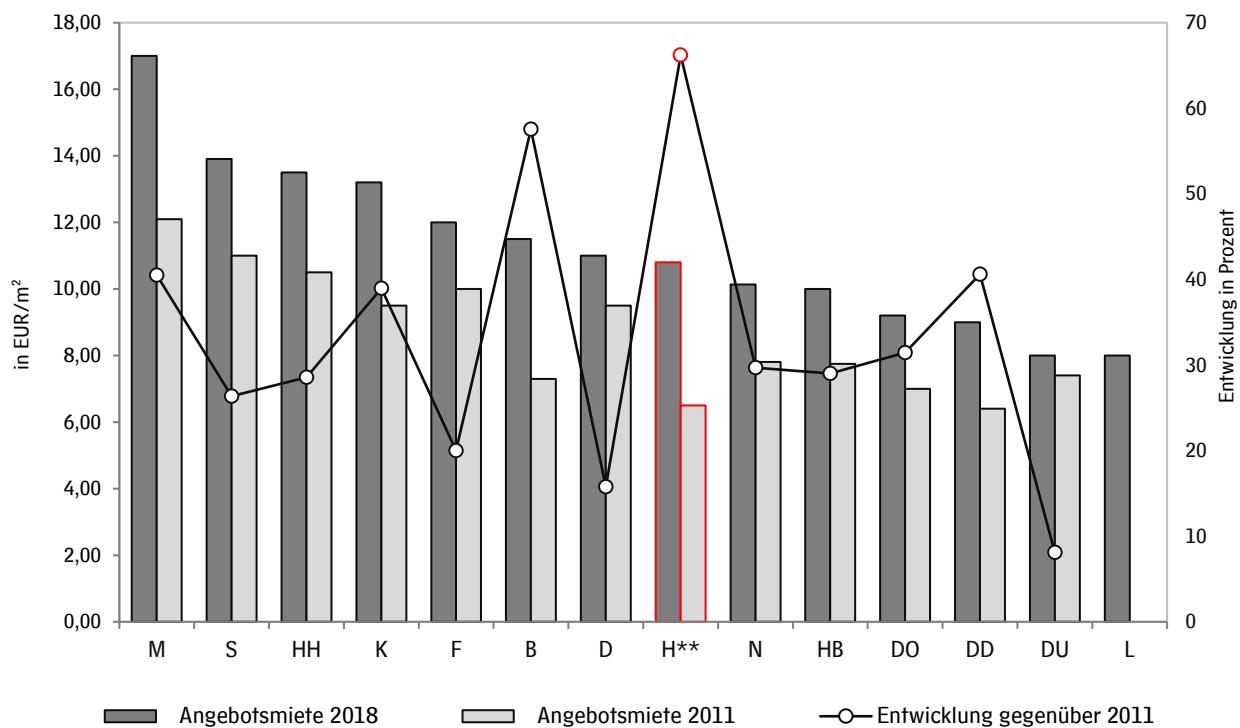
Für ein bezugsfreies, freistehendes Einfamilienhaus mit ca. 125 m² Wohnfläche inklusive Garage und Grundstück bei mittlerem Wohnwert sind in den Großstädten im Jahr 2018 durchschnittlich 454.500 EUR gezahlt worden, gegenüber 2017 ein Plus von 6,6 Prozent. 2011 lag der durchschnittliche Kaufpreis in den Großstädten bei 304.300 EUR (seit 2011: +40,1 Prozent). Am teuersten ist der Eigenheimerwerb 2018 in München (1.005.000 EUR), Stuttgart (685.000 EUR) und Frankfurt (620.000 EUR). Damit ist der Kauf in München fast viermal teurer als in Bremen, wo ein bezugsfreies Eigenheim im Durchschnitt 260.000 EUR kostet (Rang 15). Auch in Leipzig (280.000 EUR, Rang 14) und Hannover (320.000 EUR, Rang 13, +6,6 Prozent seit 2017) kosten Eigenheime deutlich weniger.

Für ein **Reihenhaus bzw. Reihenmittelhaus** ohne Garage mit mittlerem Wohnwert und ca. 100 m² Wohnfläche sind im Großstädtevergleich im Jahr 2018 durchschnittlich rund 340.000 EUR bezahlt worden, ein Plus im Vergleich zum Vorjahr von 9,1 Prozent. In einer längeren Zeitreihe seit 2011 ergibt sich sogar ein Plus von 54,2 Prozent. Erneut ist München Spitzensreiter mit 740.000 EUR, gefolgt von Düsseldorf und Köln mit je 450.000 EUR. Am unteren Ende der Preisskala liegen Bremen mit 210.000 EUR, Leipzig (225.000 EUR) und Duisburg (230.000 EUR). In Hannover werden durchschnittlich 250.000 EUR beim Erwerb eines Reihenhauses gezahlt (Rang 10). Seit 2011 (damals 130.000 EUR) ist dies eine überdurchschnittliche Zunahme von 92,3 Prozent.

Für eine **bezugsfreie Eigentumswohnung** aus dem Bestand (ohne Neubau) mit einer Wohnfläche von 70 m² mit drei Zimmern und einem mittleren Wohnwert werden im Großstädtedurchschnitt 2.330 EUR/m² gezahlt. Das ist erneut ein Plus gegenüber dem Vorjahr von 12,6 Prozent. Auch in diesem Eigentumssegment liegt München einsam auf Rang 1 mit einem Quadratmeterpreis von 5.200 EUR/m², gefolgt von Stuttgart (3.430 EUR/m²) und Köln (3.000 EUR/m²). Am unteren Ende der Kaufpreisskala liegen Duisburg (1.100 EUR/m²), Essen (1.300 EUR/m²) und Leipzig (1.400 EUR/m²). Hannover verzeichnet einen durchschnittlichen Kaufpreis von 1.650 EUR/m² (Rang 10, im Vergleich zum Vorjahr +10 Prozent).

Abbildung 13:

Entwicklung der Angebotsmieten im Neubau 2018 gegenüber 2011 in ausgewählten deutschen Großstädten* (3 Zimmer, ca. 70 m², mittlerer Wohnwert, Erstbezug im Berichtsjahr)

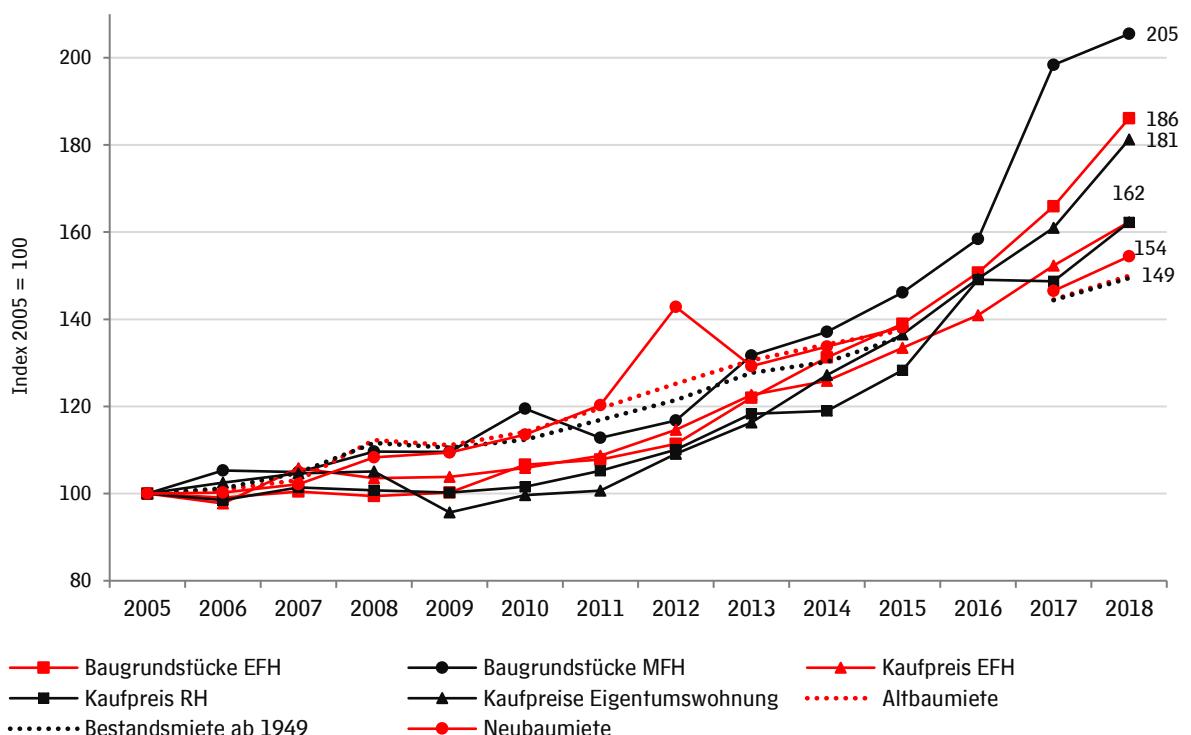


*Vergleichswerte für Leipzig und Hannover von 2009

Quelle: IVD-Wohn-Preisspiegel 2017/2018

Abbildung 14:

Entwicklung der Preise in den ausgewählten deutschen Großstädten insgesamt 2005 bis 2018



Quelle: IVD-Wohn-Preisspiegel 2017/2018

Die Leistbarkeit von Neubau-mietwohnungen ist in vielen Großstädten besonders schwierig für durchschnittlich verdienende Haushalte

Eine Untersuchung im Auftrag der ARD für die Sendung Panorama zeigt die Leistbarkeit von Neubaumieten, d.h., wie viel Prozent des Einkommens ein durchschnittlicher Haushalt für die Miete einer real vor Ort angebotenen 3-Zimmer-Neubauwohnungen ausgeben muss. Generell gilt die 30 Prozent-Regel: Ist die Mietbelastung höher, gilt der Haushalt als überlastet. Fast alle Städte des Großstädtevergleichs verzeichnen Mietbelastungsquoten von über 30 Prozent, d.h. viele Haushalte in den Großstädten können sich die dortigen Neubaumieten nicht leisten. In dieser Studie wurden nur Aussagen für die Region Hannover gemacht, so dass angenommen werden muss, dass in der Stadt Hannover die Mietbelastung höher ist, als die hier ausgewiesenen 29,9 Prozent, da die Mieten in Hannover deutlich höher liegen als in der Region.

Die höchste Mietbelastungsquote ergibt sich laut Studie in Berlin: Der durchschnittliche Berliner Haushalt müsste 41,3 Prozent seines Nettoeinkommens ausgeben, um sich eine 3-Zimmer-Neubauwohnung zur Miete leisten zu können. Auch in Frankfurt ist die Mietbelastungsquote mit 40,7 Prozent sehr hoch. Eine dort angebotene 3-Zimmer-Neubauwohnung kostet durchschnittlich 1.450 EUR kalt. Die geringste Mietbelastungsquote wird in Duisburg verzeichnet mit 24,1 Prozent.

Deutliche Veränderung der Wohnformen von Studieren-den; steigende Mieten behin-dern das Wohnen in der eigenen Studierendenwohnung

Studierende bilden eine spezielle Nachfragergruppe für Wohnraum. Im Rahmen eines Hochschulrankings hat das gemeinnützige Centrum für Hochschulforschung (CHE) die Wohnformen von Studierenden in Deutschland 2018 gegenüber 2003 verglichen. Ein wesentlicher Grund für die deutlichen Veränderungen dürfte im angespannten Wohnungsmarkt mit deutlich gestiegenem Mietniveau liegen. Wohnten 2003 bundesweit knapp 36 Prozent der Studierenden in einer eigenen Mietwohnung, sind es 2018 noch knapp 27 Prozent. Dafür hat sich eine Verschiebung der Wohnform eigene „private“ Mietwohnung hin zur Wohngemeinschaft (WG) ergeben: 2003 lag der Wert der in WGs lebenden Studierenden bei etwa 22 Prozent, 2018 hat sich der Anteil auf knapp 31 Prozent und damit auf die häufigste Wohnform erhöht.

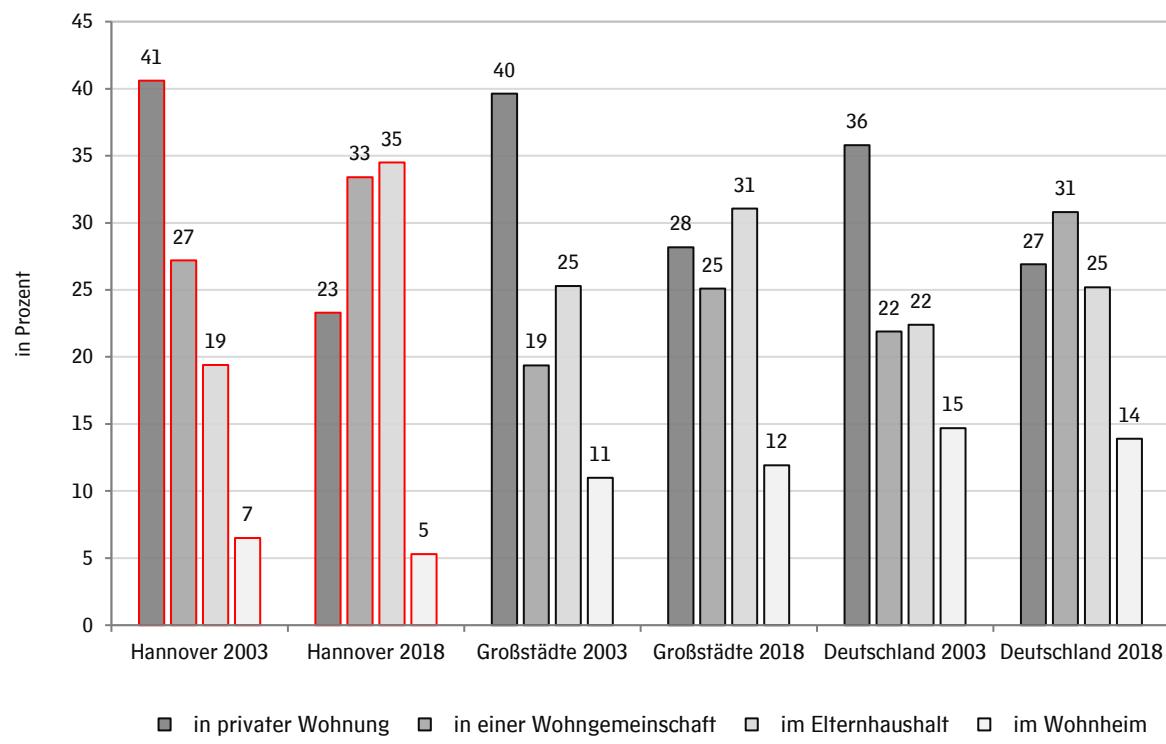
In den Großstädten zeigt sich Folgendes: 2003 gaben 40 Prozent an in einer privaten Mietwohnung zu leben; 2018 sind es noch 28 Prozent. Dafür stiegen die Anteile derjenigen Studierenden, die in einer WG leben deutlich an: 2003 lag ihr Anteil bei 19 Prozent, 2018 bei 25 Prozent. Ebenso ist der Trend – oder die Notwendigkeit – bei den Eltern wohnen zu bleiben zu beobachten. Waren es 2003 gut 25 Prozent, erhöht sich ihr Wert 2018 auf 31 Prozent. Der Anteil der in Wohnheimen Lebenden Studierenden zeigt eine leichte Zunahme von 11 auf 12 Prozent im Durchschnitt aller 15 Großstädte. Eigentumswohnungen und Untermietverhältnisse spielen hingegen eine nachgeordnete Rolle und sind im Vergleich zu 2003 rückläufig.

Höchste Rückgänge der in privaten Wohnungen lebenden Studierenden in Bremen und Hannover

Der deutliche Rückgang von privaten Wohnungen als Wohnform für Studierende in den letzten 15 Jahren fand in allen Großstädten außer Leipzig (+9 Prozentpunkte) und Dresden (+3 Prozentpunkte) statt. Den geringsten Rückgang um 5 Prozentpunkte gab es in München, in den übrigen Städten war er nahezu überall zweistellig. Die stärksten Rückgänge bei dieser Wohnform gab es in Bremen (-20 Prozentpunkte) und Hannover (-17 Prozentpunkte). In Hannover wird der starke Rückgang der in privaten Wohnungen lebenden Studierenden durch die Zunahme des Wohnens in WGs (+6 Prozentpunkte) nur teilweise kompensiert: Noch deutlicher ist die Zunahme der im Elternhaus lebenden Studierenden: Hannover verzeichnet den höchsten Anstieg mit Dortmund (jeweils +15 Prozentpunkte) vor Düsseldorf (+7 Prozentpunkte).

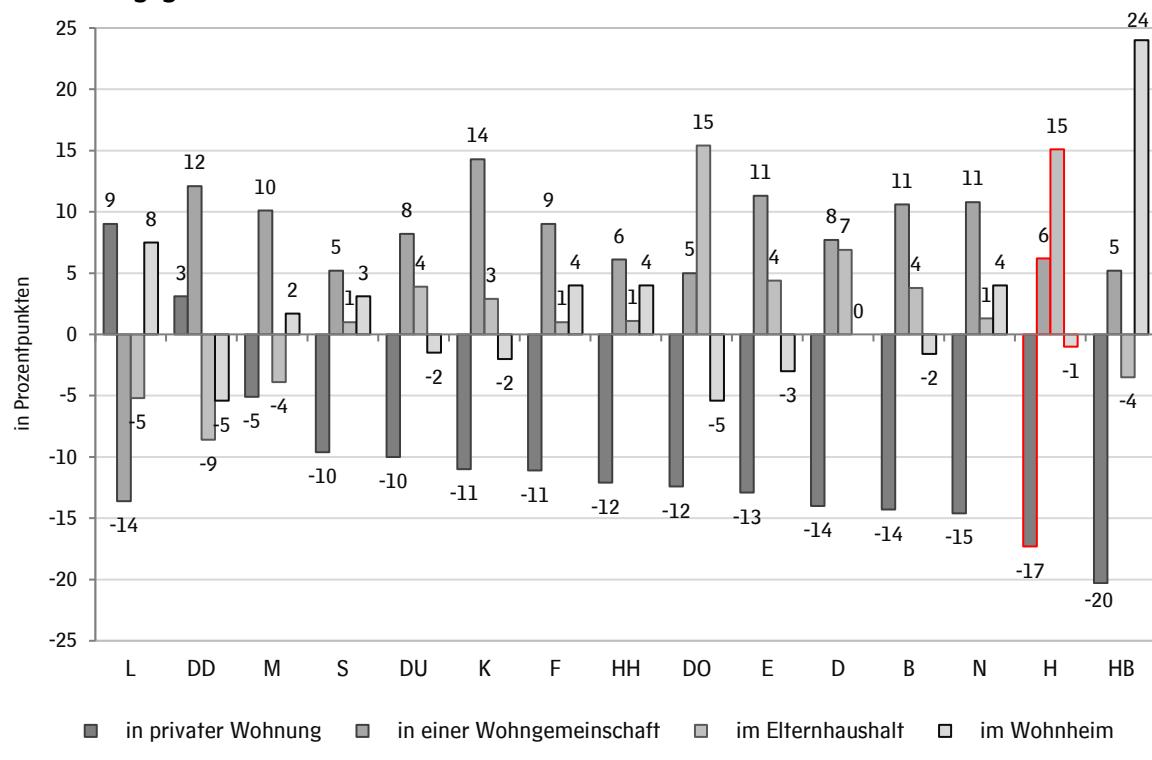
Bei der Veränderung des Anteils Studierender, die in Wohnheimen wohnen, stellt Bremen einen Sonderfall dar: Hier verschob sich das studentische Wohnen von privaten Wohnungen bis 2018 zu einem guten Teil auf Wohnheime, von gut 7 Prozent im Jahr 2003 auf knapp 31 Prozent (+24 Prozentpunkte), v.a. aufgrund der Neugründung einer Universität mit eigenem Wohnungsangebot für die dort Studierenden sowie die Fertigstellung von knapp 500 neuen Wohnheimplätzen in den letzten Jahren.

Abbildung 15:

Vergleich der studentischen Wohnformen 2018 gegenüber 2003

Quelle: CHE Hochschulranking

Abbildung 16:

Veränderung der studentischen Wohnformen in ausgewählten deutschen Großstädten 2018 gegenüber 2003

Quelle: CHE Hochschulranking

4. Arbeitsmarkt und Wirtschaft

Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wächst 2018 weiter

Die Zahl der **sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** steigt in allen Städten des Großstädtevergleichs seit 2010 jedes Jahr an (Ausnahme Essen im Jahr 2013) und betrug im Juni 2018 insgesamt 7,42 Mio. Dies sind 196.700 Beschäftigte bzw. 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr.

Gegenüber 2010 hat Berlin 2018 prozentual den höchsten Anstieg an Beschäftigten (+30,9 Prozent) vor Leipzig (+26,6 Prozent) und München (+25,9 Prozent). Hannovers Anstieg um 17,7 Prozent liegt um 4,1 Prozentpunkte unter dem Schnitt der 15 Städte von plus 21,8 Prozent (Rang 10). Duisburg (+11,6 Prozent), Essen (+12,8 Prozent) und Bremen (+15,9 Prozent) hatten die geringsten Anstiege der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den acht Jahren.

Duisburg mit höchstem Beschäftigtenanteil im Prod. Gewerbe, Frankfurt mit geringstem

In der Verteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftszweigen hat Duisburg den höchsten Anteil im Produzierenden Gewerbe mit 26,3 Prozent und entsprechend den geringsten Anteil im Dienstleistungsbereich (73,7 Prozent). Bremen (22,6 Prozent) und Stuttgart (20,4 Prozent) haben die zweit- und dritthöchsten Anteile im Produzierenden Gewerbe, gefolgt von Nürnberg (20,2 Prozent) und Hannover (18,5 Prozent). Spitzenreiter im Dienstleistungsbereich ist Frankfurt mit 89,4 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, und entsprechend nur 10,6 Prozent im Produzierenden Gewerbe. Es folgen Düsseldorf mit 87,7 Prozent und Berlin mit 86,4 Prozent.

In der tieferen Unterteilung der Wirtschaftszweige (WZ 2008 A*21) zeigen sich unter anderem folgende Schwerpunkte der Beschäftigung (jeweils höchster Anteil im Großstädtevergleich):

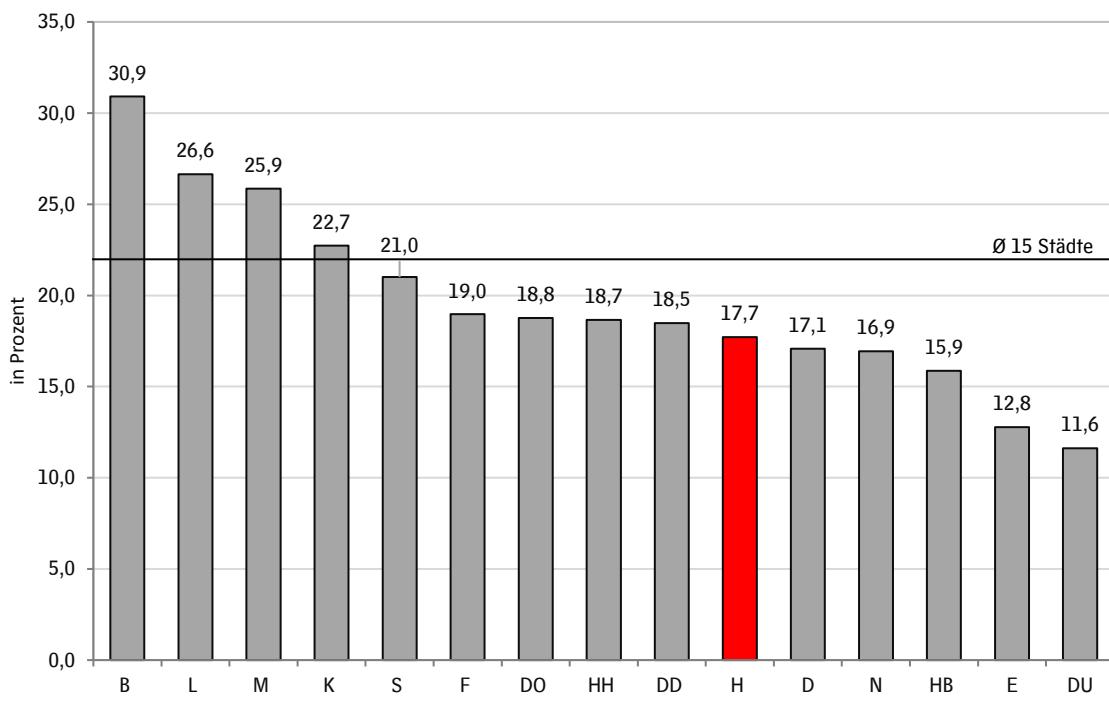
- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei: Nürnberg mit 0,4 Prozent
- Bergbau, Energie- u. Wasserversorgung, Entsorgung: Essen mit 3,9 Prozent
- Verarbeit. Gewerbe und Baugew.: Duisburg mit je 19,8 Prozent und 4,9 Prozent
- Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz: Hamburg mit 14,7 Prozent
- Verkehr und Lagerei: Frankfurt mit 14,7 Prozent
- Gastgewerbe: Berlin mit 5,2 Prozent
- Information und Kommunikation: München mit 9,5 Prozent
- Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleist.: Frankfurt mit 12,9 Prozent (Hannover mit dem zweithöchsten Anteil liegt mit 7,1 Prozent deutlich darunter)
- Öff. Verwaltung, Verteidigung, Soz.vers., exterr. Organisat.: Berlin mit 8,8 Prozent
- Erziehung und Unterricht: Berlin mit 8,1 Prozent
- Gesundheitswesen: Essen mit 9,6 Prozent

Zwei Definitionen der Arbeitslosenquote seitens der BA

Arbeitslosenquoten zeigen die relative Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) als Quoten in Beziehung setzen. Die Bundesagentur für Arbeit (BA) veröffentlicht zwei verschiedene Quoten, bei denen die Erwerbstätigen unterschiedlich definiert werden: Die gängigere, umfassende Definition bezieht sich auf alle zivilen Erwerbstätigen: abhängige zivile Erwerbstätige, Selbständige sowie mithelfende Familienangehörige. Die zweite Definition bezieht sich nur auf die abhängigen zivilen Erwerbstätigen: sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, geringfügig Beschäftigte und Beamte. Die Arbeitslosenquote auf letzterer Definition beruhend ist höher, 2018 lag sie im Großstädtevergleich bei 8,0 Prozent gegenüber 7,2 Prozent bezogen auf alle zivilen Erwerbstätigen.

Abbildung 17:

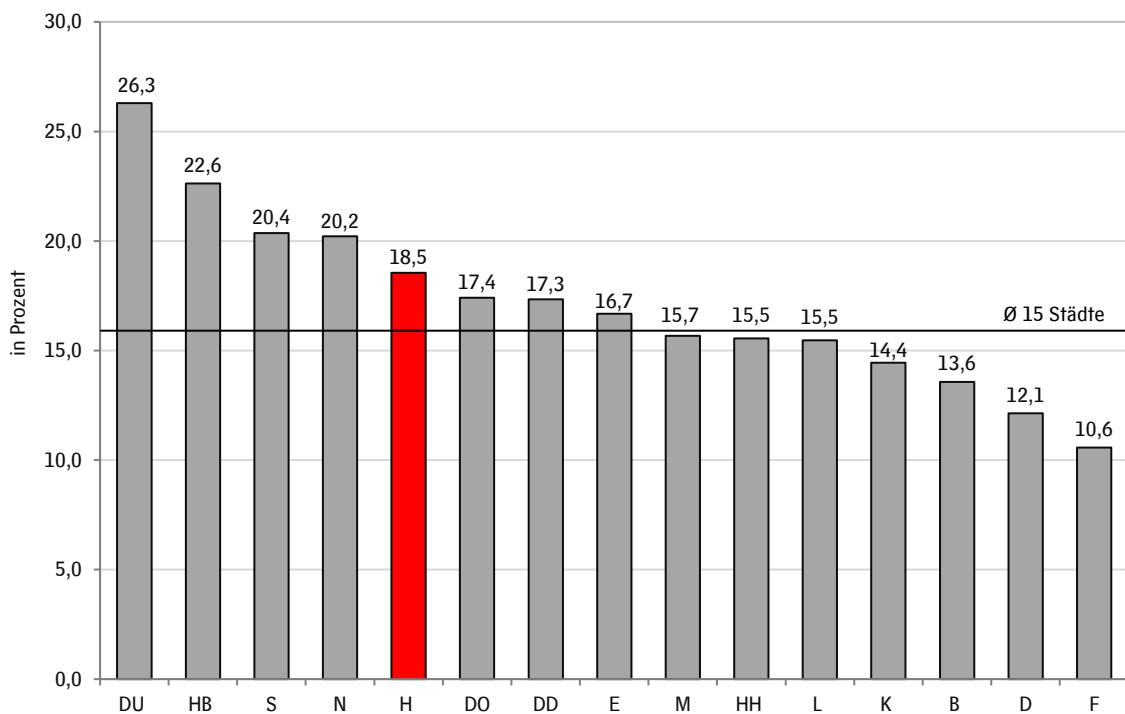
Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ausgewählten deutschen Großstädten von 2010 bis 2018



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 18:

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe in ausgewählten deutschen Großstädten im Juni 2018



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Arbeitslosenquote sinkt seit 2010 kontinuierlich

Die Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen ist im Großstädtevergleich zwischen 2010 und 2018 jedes Jahr gesunken, von im Schnitt der 15 Städte 10,2 Prozent auf 7,2 Prozent. Dieser Rückgang um 3,0 Prozentpunkte entspricht einem deutlichen Rückgang um 29 Prozent. Die stärksten Rückgänge gab es in Leipzig. Hier sank die Quote um 7,5 Prozentpunkte von 14,1 auf 6,6 Prozent um mehr als die Hälfte (-53 Prozent). Berlin (-5,4 Prozentpunkte/-41 Prozent) und Dresden (-5,0 Prozentpunkte/-46 Prozent) folgen auf Rang 2 und 3. In Essen auf Rang 15 sank die Arbeitslosenquote gegenüber 2010 nur um 12 Prozent, hinter Duisburg (-14 Prozent) und Hamburg (-16 Prozent). In Hannover auf Rang 9 ging die Arbeitslosenquote von 11,1 Prozent um 3,2 Prozentpunkte auf 7,9 Prozent zurück, das entspricht einer deutlichen Abnahme um 29 Prozent.

Arbeitslosenquote schwankt zwischen 3,7 Prozent in München und 11,4 Prozent in Duisburg

München und Stuttgart weisen jedes Jahr die niedrigsten Arbeitslosenquoten auf. 2018 lag der Wert in München bei 3,7 Prozent, in Stuttgart bei 4,1 Prozent. Wies Leipzig 2010 noch auf Rang 15 die höchste Quote im Großstädtevergleich von 14,1 Prozent auf, gab es bis 2018 eine Verbesserung auf Rang 9 (vgl. Abbildung 23). Seit 2014 ist die Arbeitslosenquote in Duisburg am höchsten, 2018 betrug sie hier 11,4 Prozent.

Männer sind mit einer Arbeitslosenquote von 7,6 Prozent im Großstädtevergleich häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen (6,9 Prozent). Dies gilt für alle Städte außer Duisburg, wo Frauen mit 11,9 Prozent eine höhere Arbeitslosenquote aufweisen als Männer mit 11,0 Prozent. Nach Altersklassen liegt die Arbeitslosigkeit der älteren Personen von 55 bis 64 Jahre mit 7,7 Prozent im Großstädtevergleich um 0,5 Prozentpunkte über der Gesamtquote der Großstädte von 7,2 Prozent. Ausländische Personen sind deutlich überdurchschnittlich häufig arbeitslos im Vergleich zu allen zivilen Erwerbspersonen. Für die Großstädte werden hierzu zurzeit keine Daten von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt; in Deutschland betrug die Arbeitslosenquote 2018 5,0 Prozent insgesamt und 12,2 Prozent bei Ausländer*innen.

6,8 Prozent aller Arbeitslosen im Großstädtevergleich sind Schwerbehinderte

Die Zahl der arbeitslosen Menschen mit Schwerbehinderung (15 bis 64 Jahre) im Juni 2018 lag zwischen 720 in Stuttgart und 7.804 in Berlin. Setzt man diese Zahl in Relation zur Gesamtzahl der Arbeitslosen, so sind im Großstädtevergleich 5,9 Prozent der Arbeitslosen Schwerbehinderte (Deutschland: 6,8). Dieser Anteil ist in Bremen (4,5 Prozent) hinter Hamburg (4,7 Prozent) und Leipzig (4,9 Prozent) am geringsten und in Nürnberg am höchsten (12,4 Prozent), mit deutlichem Abstand zu Dortmund, das mit 8,5 Prozent den zweithöchsten Anteil besitzt.

Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** zu Marktpreisen ist ein Indikator für die wirtschaftliche Leistung einer Region in einem bestimmten Zeitraum und stammt aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL). Das BIP umfasst vereinfacht ausgedrückt den Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen.

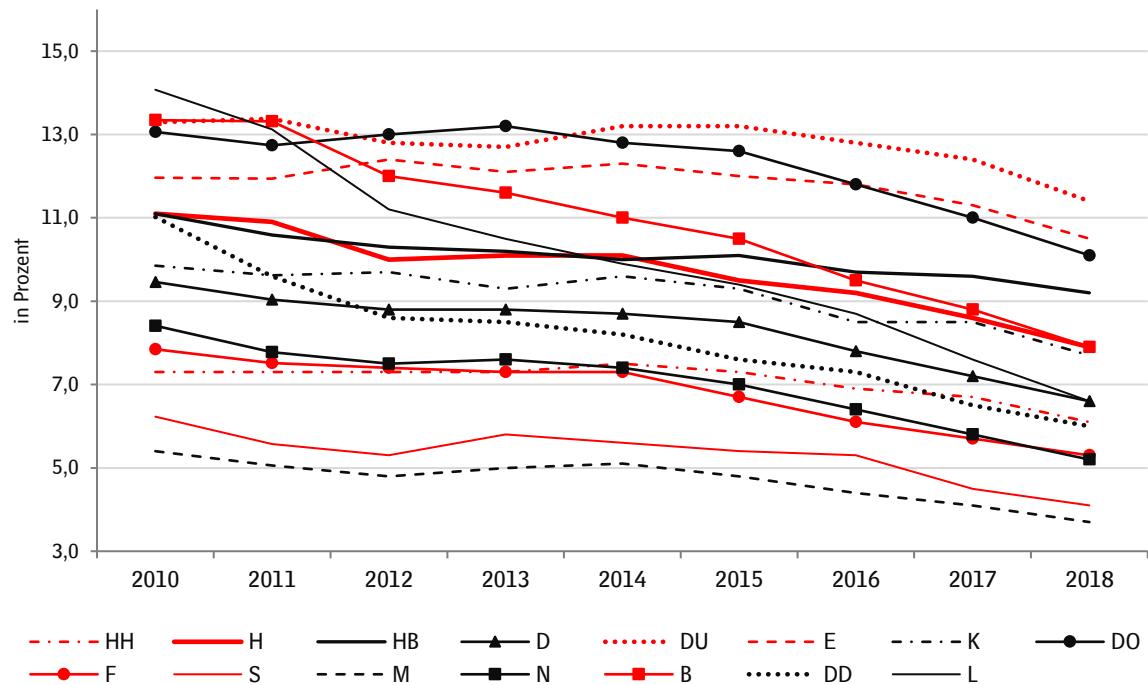
Stärkster Anstieg des BIP 2016 in Hannover um 8,5 Prozent

In absoluten Zahlen wurde 2016 das größte BIP in den größten Städten Berlin (130,5 Mrd. EUR), Hamburg (113,0 Mrd. EUR) und München (109,6 Mrd. EUR) erwirtschaftet. In Duisburg auf Rang 15 beträgt es lediglich 16,7 Mrd. EUR, hinter Leipzig (19,9 Mrd. EUR) und Dresden (20,7 Mrd. EUR). Hannover liegt mit einem BIP von 33,2 Mrd. EUR auf Rang 8. Im Vergleich zu 2015 stieg das BIP im Großstädtevergleich um 3,0 Prozent an. Hannover hatte mit plus 8,5 Prozent das deutlich stärkste Wachstum vor Berlin mit 4,9 Prozent und Nürnberg mit 4,5 Prozent. Den einzigen Rückgang des BIP gab es 2016 in Duisburg (-0,5 Prozent).

Das auf die Bevölkerungszahl bezogene Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2016 weist im Großstädtevergleich große Unterschiede auf: Während es in Duisburg lediglich 33.600 EUR pro Kopf beträgt, hinter Leipzig (35.100 EUR/Kopf) und Dortmund (36.800 EUR/Kopf), erreicht Frankfurt einen Spitzenwert von 91.100 EUR pro Kopf. Auf Rang 2

Abbildung 19:

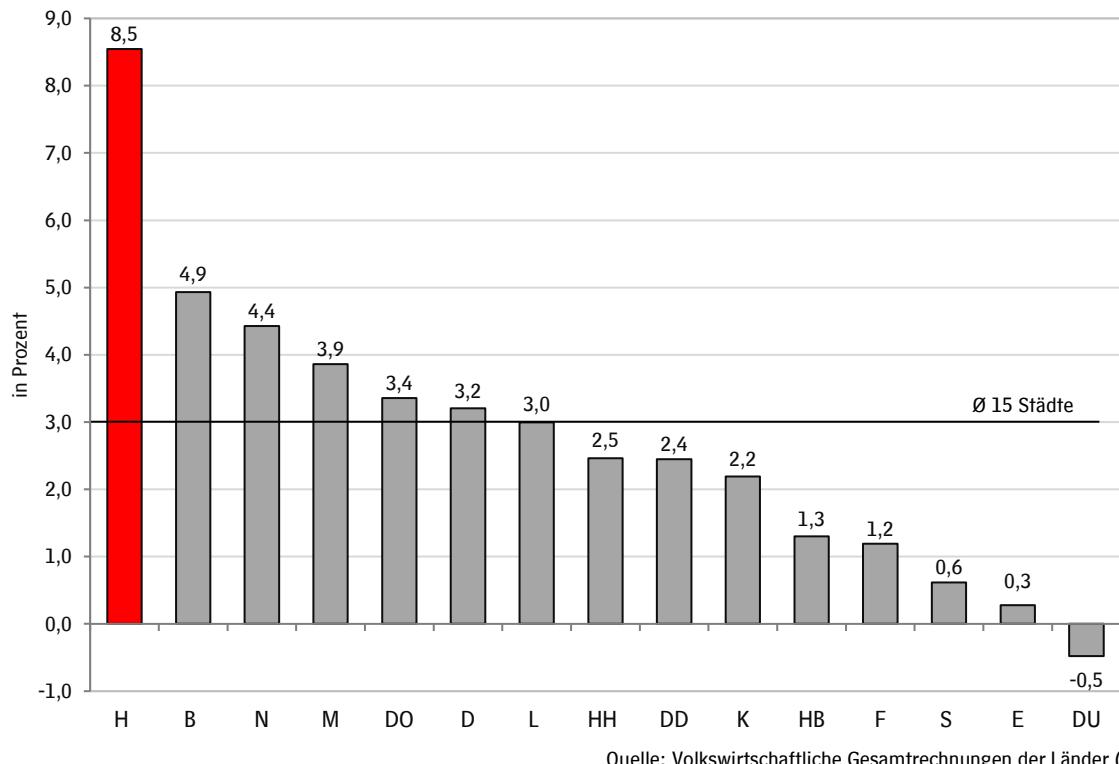
Entwicklung der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in ausgewählten deutschen Großstädten von Juni 2010 bis Juni 2018



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 20:

Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten deutschen Großstädten 2016 gegenüber 2015



Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL)

und 3 folgen Stuttgart (82.400 EUR/Kopf) und Düsseldorf (79.600 EUR/Kopf). Hannover hat sich mit 62.300 EUR pro Kopf gegenüber dem Vorjahr um einen Rang auf Rang 6 verbessert.

Das Bruttoinlandsprodukt der VGRdL entspricht der **Bruttowertschöpfung (BWS)** zu Herstellungspreisen aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

15 Großstädte erwirtschaften ein Viertel der Bruttowertschöpfung Deutschlands

2016 betrug die Bruttowertschöpfung im Großstädtevergleich von 698,8 Mrd. EUR ein Viertel (24,7 Prozent) der Bruttowertschöpfung Deutschlands. Nach Wirtschaftszeigen betrachtet, spielt die Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei in Deutschland mit 0,6 Prozent eine sehr geringe Rolle, in den Großstädten mit 0,03 Prozent praktisch gar keine.

Handel und Dienstleistungen dominieren im Großstädtevergleich gegenüber Produzierendem Gewerbe

Das Produzierende Gewerbe – das im Großstädtevergleich zu 86,6 Prozent vom Verarbeitenden Gewerbe dominiert wird – trägt in den 15 größten deutschen Städten mit 17,0 Prozent deutlich weniger zur BWS bei als in Deutschland (25,7 Prozent) (vgl. Abbildung 25). Auch beim Baugewerbe ist der Anteil an der BWS mit 3,2 Prozent unterdurchschnittlich (Deutschland 4,8 Prozent). Umgekehrt spielen die Bereiche „Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ im Großstädtevergleich mit 25,3 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung eine höhere Rolle als in Deutschland mit 20,8 Prozent.

Noch etwas größer ist der Abstand im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister, Grundstücks- und Wohnungswesen“, der zu knapp einem Drittel (32,3 Prozent) der Bruttowertschöpfung im Großstädtevergleich beiträgt, in Deutschland nur zu einem guten Viertel (25,9 Prozent).

Der Bereich „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Priv. Haushalte mit Hauspersonal“ schließlich trägt sowohl im Großstädtevergleich als auch in Deutschland gleichermaßen zu 22,2 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei.

Verarbeitendes Gewerbe dominiert im Großstädtevergleich in Stuttgart

Betrachtet man die Verteilung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen in den einzelnen Großstädten, gibt es die größte Abweichung im Verarbeitenden Gewerbe, das in Stuttgart zu 29,0 Prozent zur BWS beiträgt, ganze 6 Prozentpunkte mehr als in Bremen auf Rang 2 mit 23,0 Prozent. Hier wirkt sich u. a. die bedeutende Automobilindustrie in Stuttgart aus. Frankfurt hat mit 41,3 Prozent der Bruttowertschöpfung erwartungsgemäß den höchsten Anteil bei „Finanz-, Versicherungs- u. Unternehmensdienstleister, Grundstücks- u. Wohnungswesen“, allerdings recht dicht gefolgt von Düsseldorf mit 39,9 Prozent.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) weisen neben Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung auch das **Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte** einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck aus. Das Verfügbare Einkommen ist der Betrag in EUR, der den privaten Haushalten für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Dem Primäreinkommen werden dabei die monetären Sozialleistungen (Rente, Arbeitslosenhilfe, Kindergeld etc.) sowie die sonstigen laufenden Transfers hinzugefügt, gleichzeitig werden die Sozialbeiträge und die sonstigen laufenden Transfers sowie Einkommensteuern und andere Steuern, die von den privaten Haushalten zu leisten sind, abgezogen.

Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen in München vor Stuttgart am höchsten

2014, 2015 und 2016 ist in allen Großstädten sowohl das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in der Summe als auch pro Kopf angestiegen. München hatte 2016 das deutlich höchste verfügbare Pro-Kopf-Einkommen mit 29.700 EUR/Kopf (Jahres-

Abbildung 21:

Verteilung der Bruttonwertschöpfung nach Wirtschaftszweigen in den 15 größten deutschen Städten im Vergleich zu Deutschland 2016

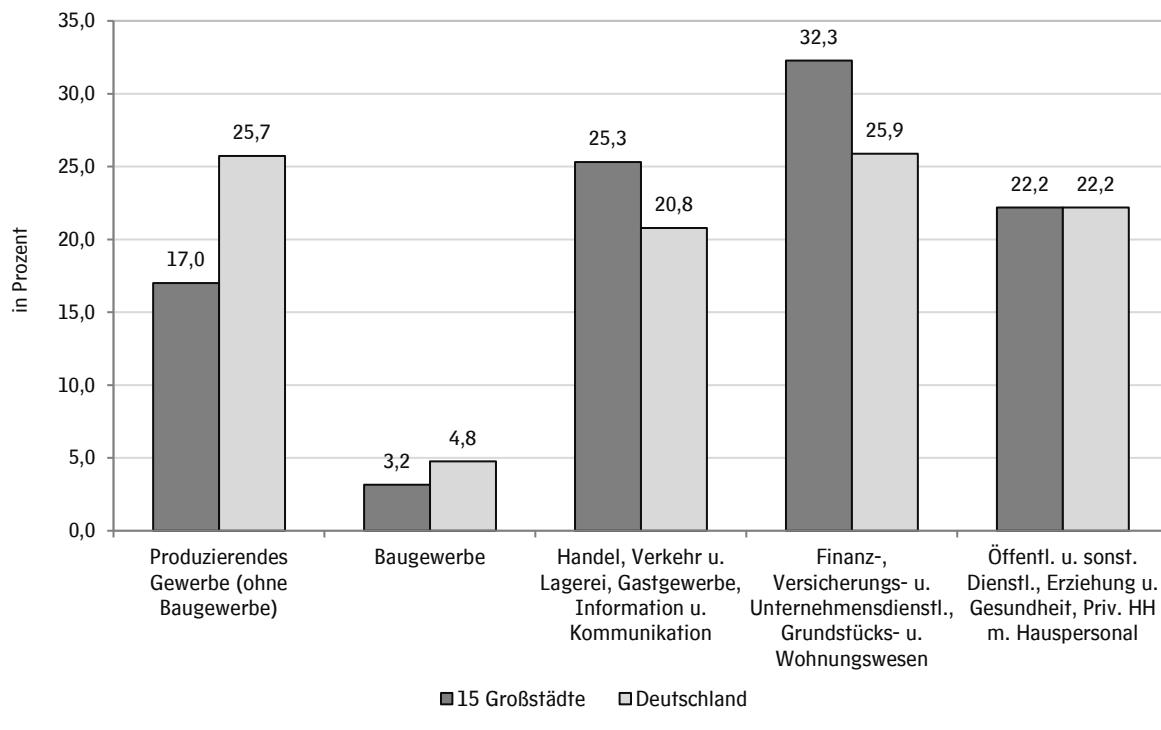
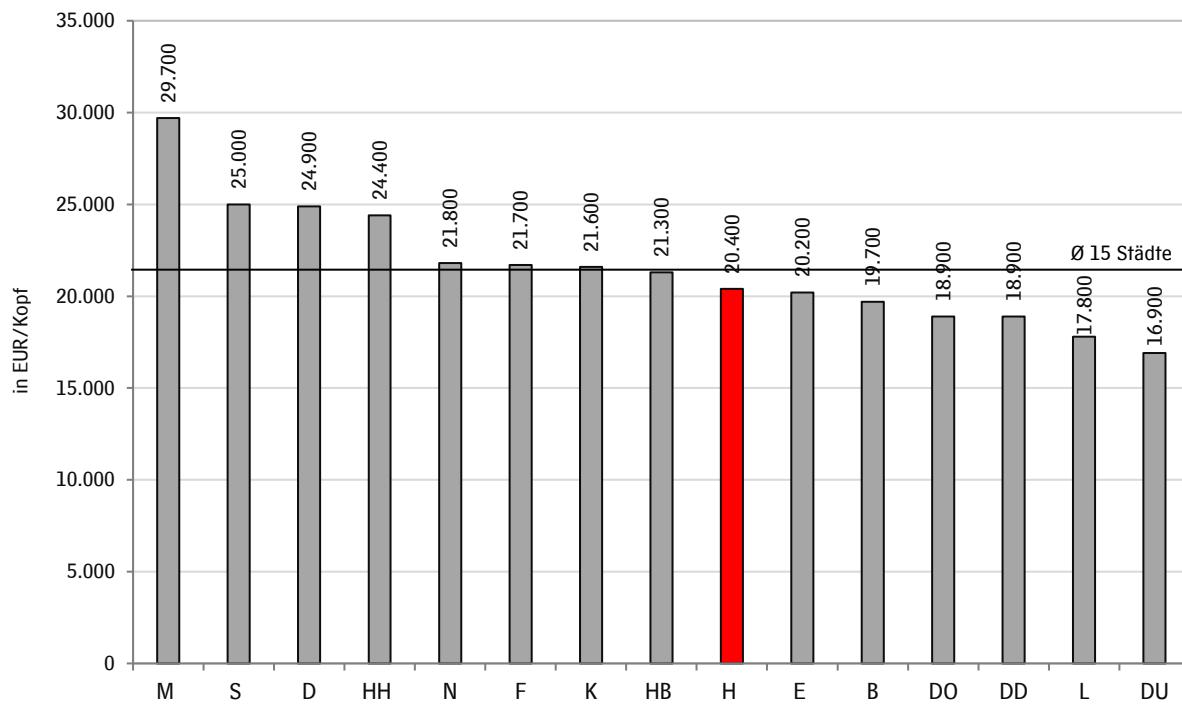


Abbildung 22:

Verfügbares Einkommen* der privaten Haushalte je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2016

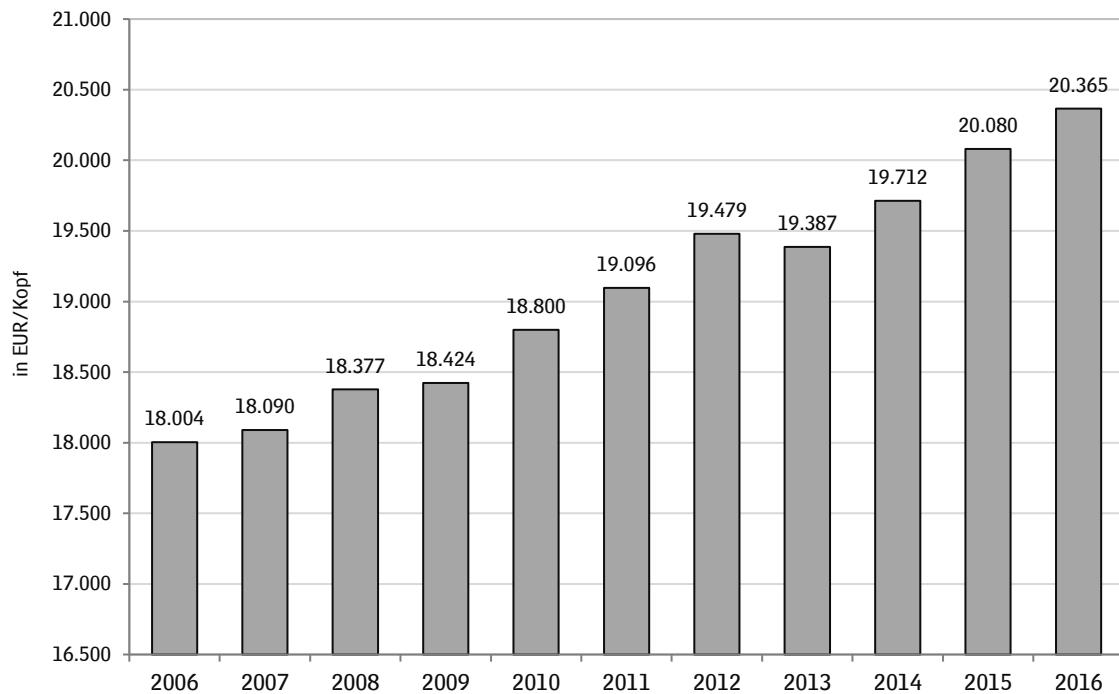


summe), gefolgt von Stuttgart (25.000 EUR/Kopf), Düsseldorf (24.900 EUR/Kopf) und Hamburg (24.400 EUR/Kopf). Nürnberg auf Rang 5 weist mit 21.800 EUR/Kopf bereits ein Abstand zur Spitzengruppe auf. Hannover liegt mit 20.400 EUR/Kopf im Jahr 2016 auf Rang 9, wie im Vorjahr, und damit etwas unter dem ungewichteten Schnitt der Großstädte von 21.500 EUR/Kopf. Dieser ist etwas weniger als der Bundesdurchschnitt von 21.900 EUR/Kopf. Duisburg (16.900 EUR/Kopf), Leipzig (17.800 EUR/Kopf) und Dresden (18.900 EUR/Kopf) haben 2016 das geringste Pro-Kopf-Einkommen. Zu berücksichtigen sind dabei allerdings die unterschiedlichen Lebenshaltungskosten in den Städten.

Höchster positiver Saldo der Gewerbeanmeldungen von plus 9.038 in Berlin

2017 standen gemäß **Gewerbeanzeigenstatistik** in den 15 größten deutschen Städten 144.713 Gewerbeanmeldungen 123.998 Gewerbeabmeldungen gegenüber, was einem positiven Saldo von 20.715 entspricht. Wie im Vorjahr erzielte Berlin den deutlich höchsten Saldo von mehr Anmeldungen als Abmeldungen (+9.038), wiederum gefolgt von Hamburg (+3.698) und München (+3.134). Vier Städte erzielten einen leicht negativen Saldo: In Duisburg auf Rang 15 betrug er minus 303, hinter Frankfurt (-210), Dresden (-190) und Essen (-71). Hannover hat mit 689 mehr Gewerbean- als -abmeldungen den sechstbesten Wert gegenüber Rang 7 im Vorjahr 2016.

Abbildung 23:

Verfügbares Einkommen* der privaten Haushalte je Einwohner*in in der Landeshauptstadt Hannover 2006 bis 2016

*Jahressumme

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL)

5. Innenstadt - Einzelhandel

Quelle der folgenden Informationen zu Einzelhandelsumsätze und Kaufkraft ist GfK Geo-Marketing. Der **Einzelhandelsumsatz** in den 15 größten deutschen Städten lag 2018 bei 419,7 Mrd. EUR und damit um 1,0 Prozent höher als im Vorjahr. Auch 2017 hatte es ein Wachstum um 1,0 Prozent gegeben.

Höchster Einzelhandelsumsatz pro Kopf in München, geringster in Duisburg

Der Einzelhandelsumsatz pro Einwohner*in liegt im Schnitt der Großstädte bei 6.055 EUR (Deutschland: 5.086 EUR), 2017 waren es mit 6.012 EUR 0,7 Prozent weniger. Die höchsten Pro-Kopf-Einzelhandelsumsätze werden in München (7.579 EUR/Kopf), Nürnberg (6.980 EUR/Kopf) und Düsseldorf (6.884 EUR/Kopf) erzielt. In Duisburg auf Rang 15 sind es lediglich 4.699 EUR/Kopf, hinter Leipzig (4.827 EUR/Kopf) und Berlin (5.235 EUR/Kopf). In Hannover auf Rang 6 liegt der Einzelhandelsumsatz pro Einwohner*in mit 6.528 EUR/Kopf um 473 EUR über dem Großstädteschnitt.

Der Einzelhandelsumsatz-Index je Einwohner vergleicht den Pro-Kopf-Umsatz mit dem Deutschlandwert von 100. Die Reihenfolge der Großstädte ist die gleiche wie beim o.g. Einzelhandelsumsatz pro Einwohner*in in EUR. Duisburg (92,4) und Leipzig (94,9) haben als einzige Städte einen unterdurchschnittlichen Index, hinter Berlin mit 102,9. Der höchste Index in München von 149,0 liegt fast um die Hälfte über dem Deutschlandwert, in Hannover mit 128,4 um gut ein Viertel.

Kaufkraft steigt im Großstädtevergleich kontinuierlich an

Die **Kaufkraft** insgesamt (nicht nur auf Einzelhandel bezogen) beträgt 2018 im Großstädtevergleich 23.696 EUR/Kopf. Sie ist in den letzten Jahren stetig gestiegen und um 10,0 Prozent höher als vor fünf Jahren (2013). In München (30.935 EUR/Kopf), Düsseldorf (27.012 EUR/Kopf) und Frankfurt (26.212 EUR/Kopf) ist die Kaufkraft am größten, hier sind jedoch auch die Lebenshaltungskosten überdurchschnittlich hoch. Duisburg weist mit 19.220 EUR/Kopf die deutlich geringste Pro-Kopf-Kaufkraft auf, hinter Leipzig (20.084 EUR/Kopf). Hannover auf Rang 8 verfügt mit 23.261 EUR/Kopf über etwas weniger Kaufkraft als im Großstädteschnitt.

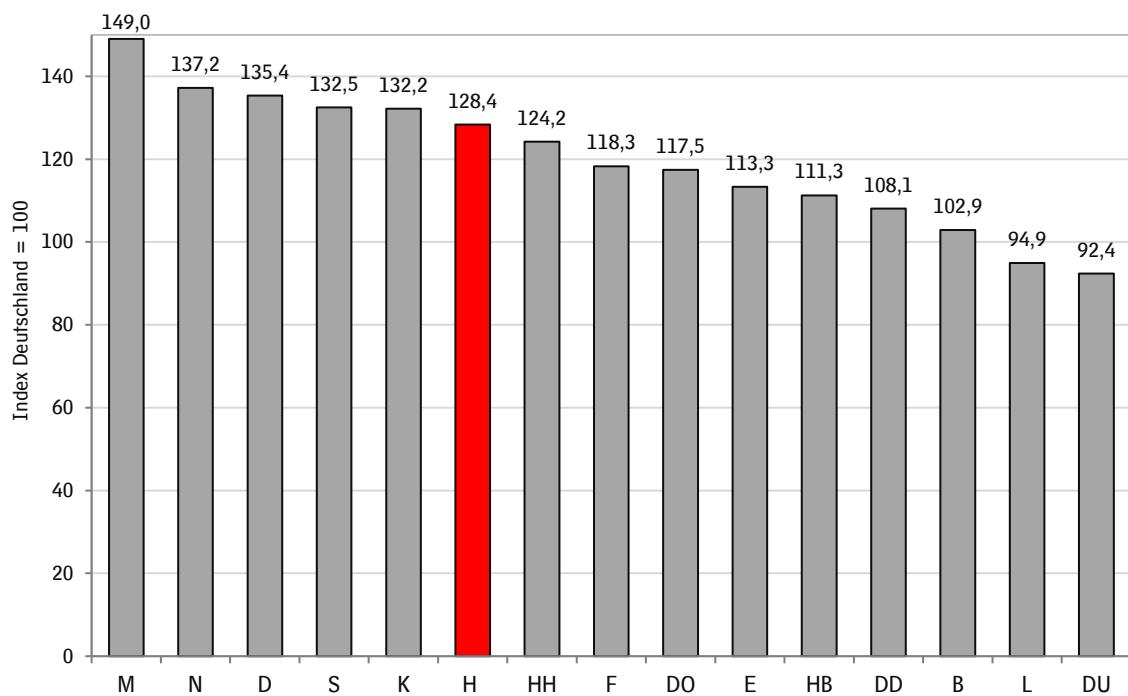
Betrachtet man den Kaufkraftindex, bei dem Deutschland den Wert 100 hat, so ist die Reihenfolge der Städte mit dem der Kaufkraft pro Kopf gleich. Duisburg auf Rang 15 erreicht nur einen Index von 83,8, auch in sechs weiteren Städten liegt der Index unter der Kaufkraft Deutschlands. In Hannover auf Rang 8 liegt der Kaufkraftindex von 101,4 leicht über dem Wert Deutschlands. In München auf Rang 1 liegt die Kaufkraft um gut ein Drittel (Index 134,8) über dem Deutschlandwert, gefolgt von Düsseldorf mit 117,7.

Büromieten reichen von 8,50 EUR/m² in Bremen bis 33,00 EUR/m² in München

Der **IVD-Gewerbe-Preisspiegel** weist für den Großstädtevergleich einerseits Büromieten, andererseits Ladenmieten in 1A-Geschäftslagen (ebenerdig, netto, kalt, in EUR/m² monatlich) aus. Die Büromieten bei gutem Nutzungswert lagen 2018 im Schnitt bei 15,22 EUR/m² und weisen eine hohe Spannweite auf: In Bremen beträgt die Büromiete nur 8,50 EUR/m², hinter Dresden (9,50 EUR/m²) und Dortmund (9,80 EUR/m²). In München wird mit 33 EUR/m² knapp das Vierfache der Miete in Bremen gezahlt. Es folgen Düsseldorf (23 EUR/m²) und Frankfurt (18,50 EUR/m²). In Hannover auf Rang 10 beträgt die durchschnittliche Büromiete 11,50 EUR/m². Noch größer ist die Spannweite bei Ladenmieten im Geschäftskern (1A-Lage). Sie reicht bei kleinen Läden (60 m²) von 85 EUR/m² in Duisburg über 100 EUR/m² in Dresden bis zu 410 EUR/m² in München, gefolgt von Stuttgart (300 EUR/m²). In Hannover werden 155 EUR/m² gezahlt (Rang 8), deutlich weniger als im Großstädteschnitt von knapp 200 EUR/m². Die Mieten von größeren Läden (ca. 150 m²) im Geschäftskern (1A-Lage) reichen von 75 EUR/m² in Duisburg, Bremen und Hannover bis zu 320 EUR/m² in München vor Frankfurt (250 EUR/m²).

Abbildung 24:

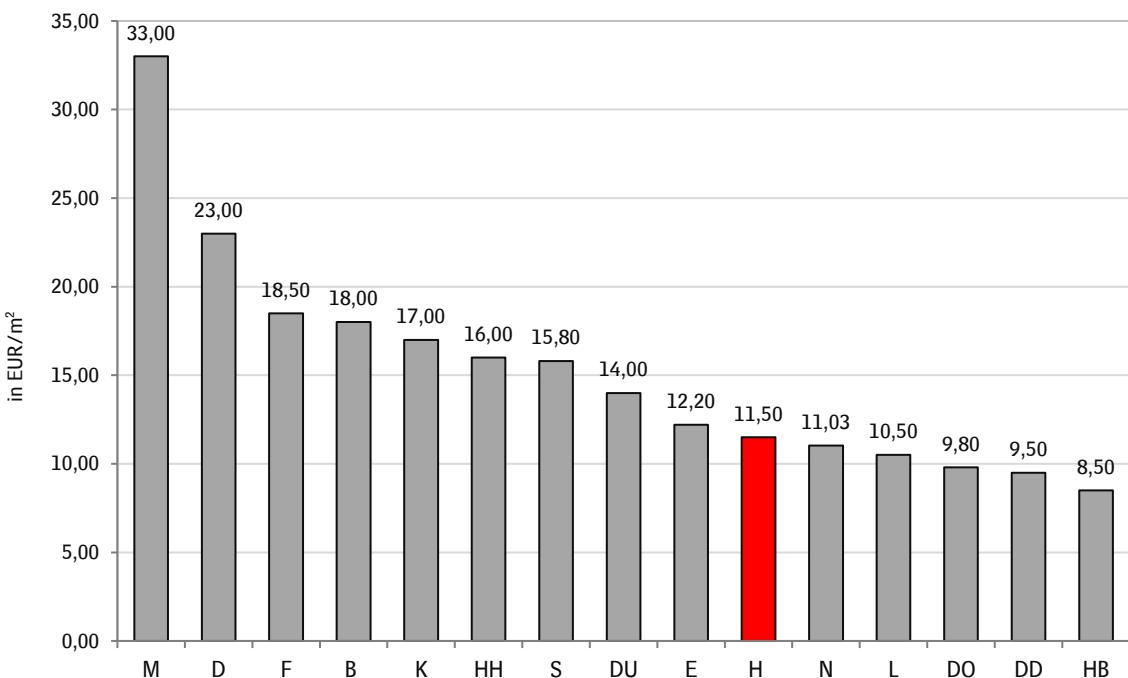
Einzelhandelsumsatz-Index je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2018



Quelle: GfK Geo-Marketing

Abbildung 25:

Büromieten in EUR pro Quadratmeter (netto, kalt) in ausgewählten deutschen Großstädten 2018



Quelle: IVD-Gewerbe-Preisspiegel 2018/2019

6. Sozialstruktur

Die Firma Con_sens führt seit vielen Jahren für 15 große deutsche Städte ein jährliches Sozialmonitoring durch. Dieses **soziale Benchmarking** betrachtet vor allem die existenzsichernden Leistungen der Sozialgesetzbücher SGB XII und SGB II. Im Vergleich zum vorliegenden Großstädtevergleich ist Berlin nicht enthalten, dafür Rostock. Im Folgenden werden Teile der Ergebnisse für das Jahr 2017 vorgestellt:

- Leistungen gemäß SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiAE)
- Leistungen gemäß SGB II: Arbeitslosengeld II (für Erwerbsfähige) und Sozialgeld (für nicht erwerbsfähige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft), zusammen umgangssprachlich „Hartz IV“ genannt
- Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) (ohne München)

Niedrigste Transferleistungs-dichten in München und Stuttgart

Die sogenannte Transferleistungsdichte stellt die Zahl der Personen je 1.000 Einwohner*innen in einer Kommune dar, die die o. g. vier staatlichen Leistungen aus SGB XII und SGB II zur Sicherung des Lebensunterhalts beziehen. Die Transferleistungsdichte beträgt 2017 120,1 Empfänger*innen je 1.000 Einwohner*innen (entspricht 12,01 Prozent). Die geringsten Transferleistungsdichten weisen München (62,4) und Stuttgart (82,5) auf. Ungefähr dreimal höher ist die Dichte in Essen (174,9) auf Rang 1, wo somit knapp 18 Prozent der Bevölkerung eine der vier Transferleistungen beziehen. Hannover hat mit 152,4 wie in früheren Jahren die fünft höchste Transferleistungsdichte im Großstädtevergleich.

Quantitativ hat von den Transferleistungsarten zur Sicherung des Lebensunterhalts das Arbeitslosengeld II im Großstädtevergleich (inkl. Rostock und ohne Berlin) 2017 mit 60,1 Prozent aller Bezieher*innen der vier Leistungen das größte Gewicht, gefolgt vom Sozialgeld mit 24,1 Prozent, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (13,8 Prozent) und Hilfe zum Lebensunterhalt (1,9 Prozent).

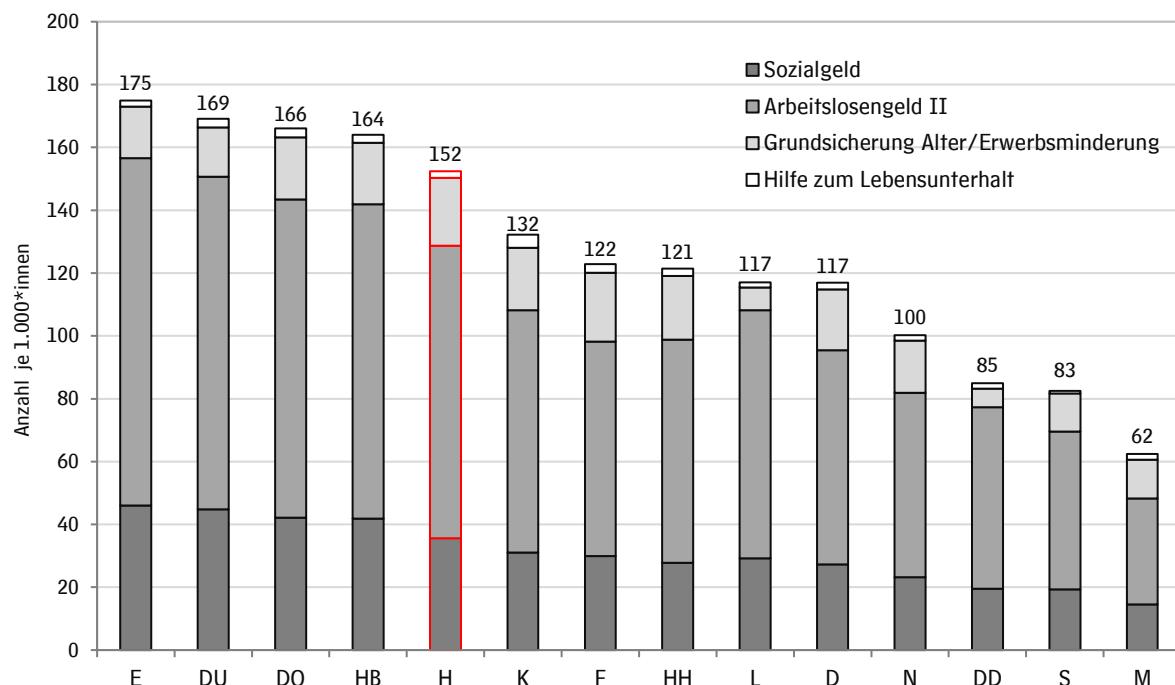
Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) regelt Höhe und Form von Leistungen für Asylbewerber, Geduldete und vollziehbar zur Ausreise verpflichtete Ausländer zur Sicherung ihres Grundbedarfs. Gemäß der Untersuchung von Con_sens beträgt die Dichte der Leistungsbeziehenden nach dem AsylbLG 2017 insgesamt 5,9 Personen je 1.000 Einwohner*innen, deutlich weniger als in den beiden Vorjahren. Die Mehrheit der Leistungsbeziehenden nach dem AsylbLG wechselt im Falle eines positiven Asylbescheides in den Rechtskreis des SGB II. Die Dichte reicht von 3,1 Pers./1.000 Ew. in Rostock und 4,0 Pers./1.000 Ew. in Frankfurt bis 7,8 Pers./1.000 Ew. in Köln (Hannover: 4,1 Pers./1.000 Ew.).

Höchster Anteil von AsylbLG-Beziehenden aus Afrika in Hannover

Die räumliche Herkunft der Personen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen, wird gemäß Con_sens-Untersuchung mit 46,0 Prozent vom Nahen und Mittleren Osten dominiert, gefolgt vom Balkan (16,6 Prozent) und fast gleichauf Afrika (16,4 Prozent). Hannover hat mit 47,3 Prozent einen ähnlich hohen Anteil aus dem Nahen und Mittleren Osten, jedoch mit 27,7 Prozent den höchsten Anteil aus Afrika im Städtevergleich. Diese Entwicklung spiegelt sich in der Bevölkerungsstatistik Hannovers auf Basis des Melderegisters: Im Jahr 2018 hat in Hannover Afrika hinter Asien auf Rang 1 die Europäische Union von Rang 2 auf Rang 3 der Nationalitäten verdrängt, die im Jahresverlauf per Saldo die höchsten Bevölkerungszuwächse hatten.

Abbildung 26:

Transferleistungsempfänger*innen je 1.000 Einwohner*innen (Transferleistungs-dichte) in ausgewählten deutschen Großstädten 2017

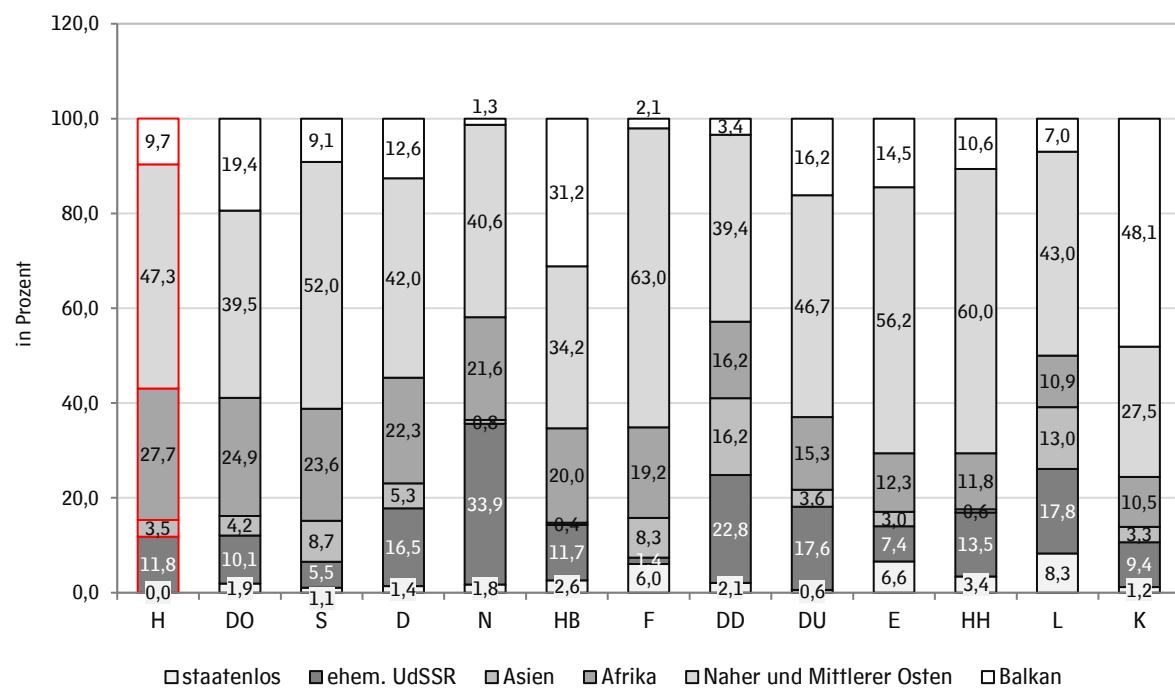


*ohne Berlin

Quelle: con_sens Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH
Benchmarking der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland Bericht 2017

Abbildung 27:

Anteil der Leistungsbeziehenden nach Räumen an allen Leistungsbeziehenden nach Asylbewerberleistungsgesetz in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2017



*ohne Berlin und München

Quelle: con_sens Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH
Benchmarking der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland Bericht 2017

Wohngeld: Sozialleistung zur Verringerung der Wohnkosten

Das **Wohngeld** ist ein von Bund und Ländern je zur Hälfte getragener Zuschuss zu den Wohnkosten. Bezugsberechtigt sind einkommensschwächere Haushalte gemäß Wohngeldgesetz, damit diese die Wohnkosten für angemessenen und familiengerechten Wohnraum tragen können. Keinen Wohngeldanspruch haben Empfängende von Transferleistungen. Die Höhe des Zuschusses richtet sich nach der Anzahl der zu berücksichtigenden Haushaltseinheiten, deren monatlichem Gesamteinkommen sowie der zu berücksichtigenden Miete beziehungsweise Belastung. 2017 deckte der Miet- und Lastenzuschuss bundesweit durchschnittlich ein Drittel der Wohnkosten der Empfängerhaushalte ab.

Wohngeldhaushalte umfassen sog. reine Wohngeldhaushalte und wohngeldrechtliche Teilhaushalte. Der Anteil der reinen Wohngeldhaushalte an allen Wohngeldhaushalten lag 2017 in Deutschland bei 95 Prozent. Auf diese Wohngeldhaushalte beziehen sich die folgenden Angaben.

Wohngeldreform 2016 erhöhte Zahl der Empfängerhaushalte und Höhe des Zuschusses deutlich

Am 1. Januar 2016 trat in Deutschland eine Wohngeldreform in Kraft. Damit verbesserten sich die Wohngeldleistungen für einkommensschwächere Haushalte, und die Zahl der Wohngeldhaushalte stieg in Deutschland (+42 Prozent) und im Großstädtevergleich (+41 Prozent) deutlich an. Durch die Wohngeldreform wurden Haushalte wohngeldberechtigt, deren Einkommen zuvor die Grenzen für einen Wohngeldanspruch überschritten. Außerdem konnten Haushalte durch die Leistungsverbesserungen in das vorrangige Wohngeldsystem wechseln, die vorher Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhielten. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch der Wohngeldhaushalte stieg im Zuge der Reform in Deutschland von 115 Euro am Jahresende 2015 auf 157 Euro Ende 2016, im Großstädtevergleich stieg er von 128 EUR auf 174 EUR ebenfalls deutlich an. Das gestiegene Wohngeld hilft dabei, die Mietensteigerungen abzufedern, die in den letzten Jahren auf den Wohnungsmärkten zu beobachten sind.

Die Zahl der Empfängerhaushalte von Wohngeld stieg durch die Reform im Großstädtevergleich von Ende 2015 bis Ende 2016 um 41 Prozent auf 108.400 Haushalte an. Im Folgejahr bis Ende 2017 gab es einen Rückgang um 4,4 Prozent auf nun 103.600 Haushalte. Nur in Hannover stieg die Zahl weiter um 3,0 Prozent auf jetzt 5.094 Haushalte an. In Nürnberg blieb die Zahl konstant (0,0 Prozent). In den übrigen Städten reichte der Rückgang von minus 0,1 Prozent in Düsseldorf bis maximal minus 12,8 Prozent in Leipzig.

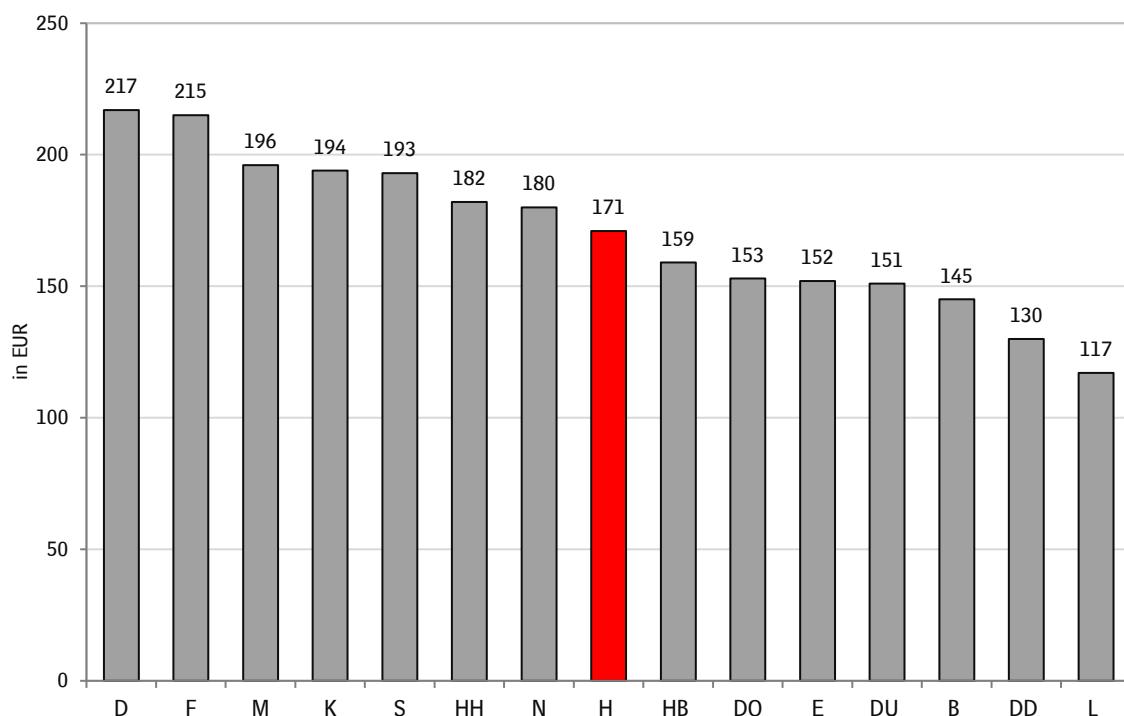
Monatlicher Mietzuschuss reicht 2017 von 117 EUR in Leipzig bis zu 217 EUR in Düsseldorf

98 Prozent des Wohngelds werden im Großstädtevergleich als Mietzuschuss für Mieter*innen gezahlt, nur zwei Prozent als Lastenzuschuss für Eigentümer*innen einer Immobilie. Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch als Mietzuschuss lag 2017 im Großstädtevergleich bei 170 EUR. In Düsseldorf (217 EUR), Frankfurt (215 EUR) und München (196 EUR) werden die höchsten Zuschüsse gezahlt, worauf sich die hohen Mietkosten auswirken. Umgekehrt sind in Leipzig (117 EUR) und Dresden (130 EUR) die Mietzuschüsse am niedrigsten hinter Berlin (145 EUR). Hannover bewegt sich mit 171 EUR auf Rang 8 genau im Mittelfeld der Großstädte.

Anteil der Haushalte mit Wohngeldbezug reicht von 0,4 Prozent in München bis zu 2,2 Prozent in Leipzig

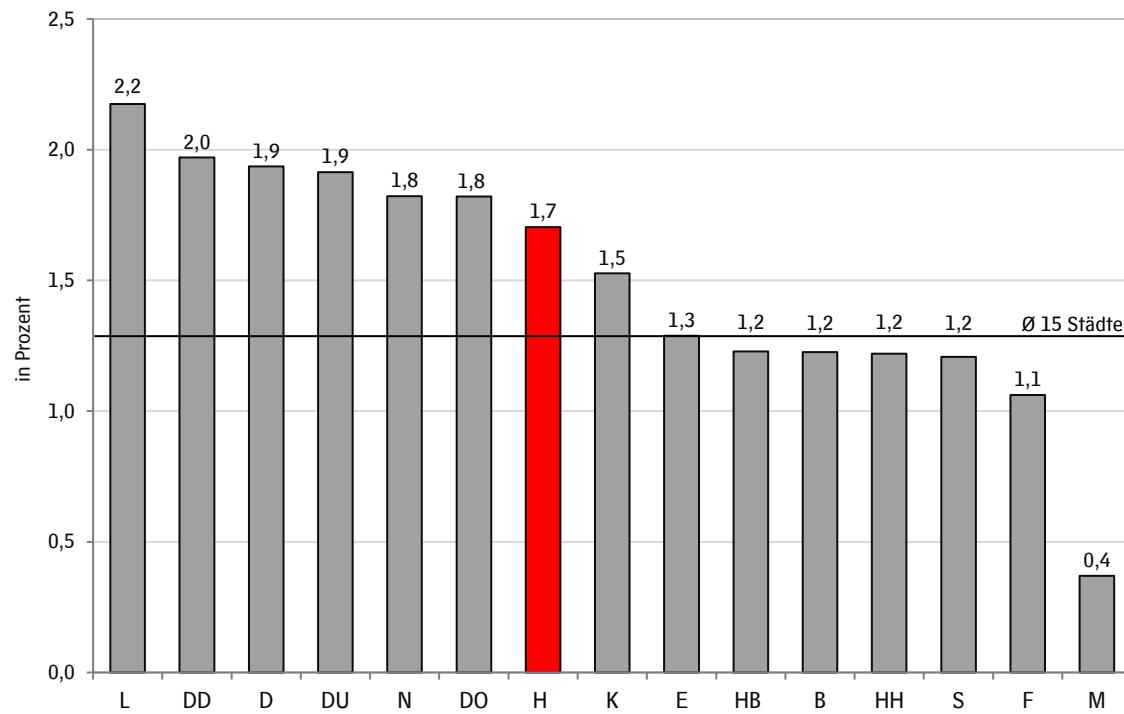
Wohngeld bezogen Ende 2017 in den 15 Großstädten 103.600 Haushalte und damit 1,3 Prozent aller Haushalte (Deutschland: 1,4 Prozent). Im Vorjahr waren es noch 108.400 Haushalte (1,4 Prozent aller Haushalte). Der Anteil der Haushalte, die Wohngeld beziehen, ist in den Vergleichsstädten sehr unterschiedlich. Während es in München nur 0,4 Prozent aller Haushalte sind (hinter Frankfurt mit 1,1 Prozent und Stuttgart mit 1,2 Prozent), beziehen in Leipzig 2,2 Prozent aller Haushalte Wohngeld, vor Dresden mit 2,0 Prozent sowie Düsseldorf (1,9 Prozent). Hannover liegt mit 1,7 Prozent auf Rang 7 etwas über dem Großstädteschnitt. Gegenüber 2016 stieg der Anteil in Hannover um 3,0 Prozent an, in den übrigen 14 Städten ging der Anteil zurück. Dies ist vermutlich vor allem der Tatsache geschuldet, dass es in Hannover eine soge-

Abbildung 28:

Durchschnittlicher monatlicher Mietzuschuss in ausgewählten deutschen Großstädten 2017

Quelle: Statistische Landesämter; Statistische Landesämter/Mikrozensus 2017

Abbildung 29:

Anteil der reinen Wohngeldhaushalte an allen Haushalten in ausgewählten deutschen Großstädten 2017

Quelle: Statistische Landesämter; Statistische Landesämter/Mikrozensus 2017

nannte Wohngeldkampagne gab (Beginn April 2016), die signifikant zu einem Anstieg insgesamt und zu einer Verstetigung der Wohngeldempfänger*innenhaushalte führte.

Knapp jeder zehnte Mensch im Großstädtevergleich ist schwerbehindert

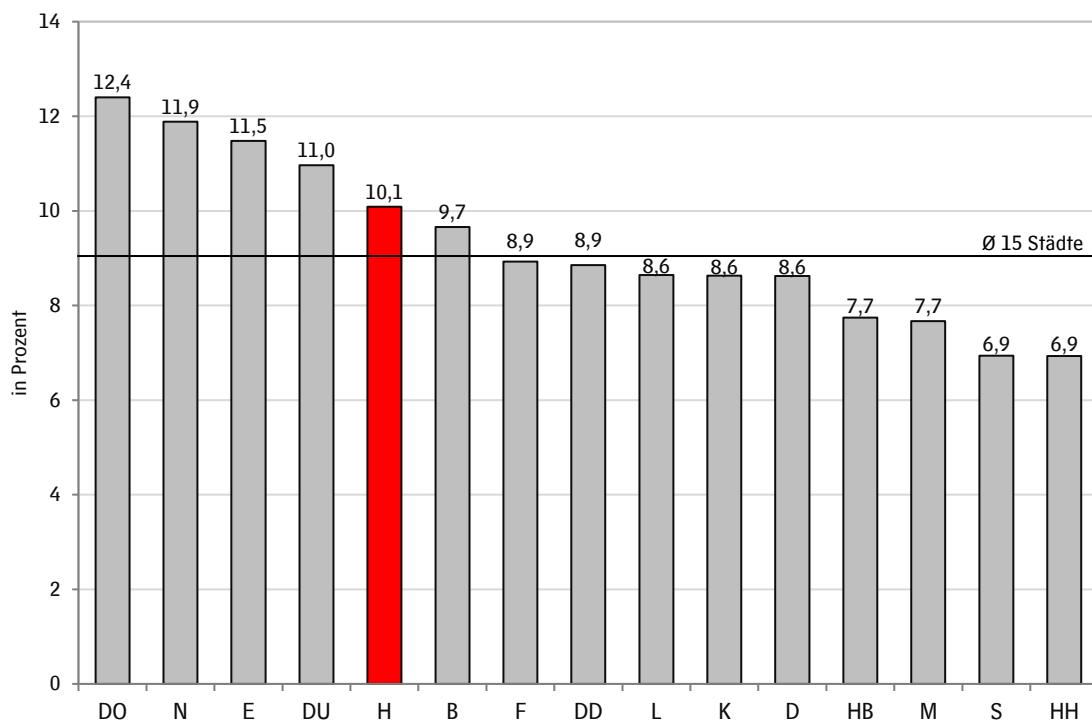
Als **Schwerbehinderte** gelten in der Statistik Personen mit gültigem Schwerbehindertenausweis mit einem Grad der Behinderung von mindestens 50 Prozent. Der Anteil dieser Personengruppe an der Bevölkerung betrug im Großstädtevergleich Ende 2017 wie bereits zwei Jahre zuvor 9,0 Prozent – somit ist knapp jeder zehnte Mensch schwerbehindert. Vor vier Jahren lag der Anteil mit 9,4 Prozent etwas darüber. In Deutschland ist der Anteil 2017 mit 9,4 Prozent um 0,4 Prozentpunkte etwas höher als im Großstädteschnitt. Hierbei könnte die etwas jüngere Bevölkerungsstruktur der Großstädte eine Rolle spielen (vgl. Kapitel 1 Bevölkerungsentwicklung). Zwar nahm die absolute Zahl der Schwerbehinderten im Großstädtevergleich von 2015 bis 2017 um 18.000 auf 1,30 Mio. zu, durch die parallel gestiegene Bevölkerungszahl blieb der Anteil aber bei 9,0 Prozent.

Schwerbehindertenanteil reicht von 6,9 Prozent in Hamburg bis 12,4 Prozent in Dortmund

Die höchsten Bevölkerungsanteile Schwerbehinderter gibt es in Ruhrgebietsstädten sowie in Nürnberg: 12,4 Prozent in Dortmund, 11,9 Prozent in Nürnberg, 11,5 Prozent in Essen sowie auf Rang 4 in Duisburg (11,0 Prozent). Hamburg und Stuttgart haben lediglich einen Anteil von 6,9 Prozent hinter München und Bremen mit 7,7 Prozent. Der Anteil Schwerbehinderter in Hannover liegt mit 10,1 Prozent auf Rang 5 etwas über dem Großstädteschnitt von 9,0 Prozent. 2015 waren es 9,8 Prozent und 2013 9,3 Prozent in Hannover; der Anteil stieg also an. Auch absolut stieg die Zahl von 48.200 über 52.300 auf zuletzt 54.000 Schwerbehinderte in Hannover Ende 2017 an.

Das Geschlechterverhältnis der Schwerbehinderten ist in Deutschland mit 50,6 Prozent Männeranteil fast ausgeglichen. In den 15 größten deutschen Städten bilden dagegen weibliche Schwerbehinderte mit im Schnitt 53,1 Prozent eine leichte Mehrheit.

Abbildung 30:

Anteil Schwerbehinderter an der Bevölkerung in ausgewählten deutschen Großstädten 2017

Quelle: Statistische Landesämter

7. Bildung und Ausbildung

2017 inzwischen knapp eine Million Studierende im Großstädtevergleich

Der Zuwachs an **Studierenden** an deutschen Hochschulen (alle nach Landesrecht anerkannten Hochschulen, unabhängig von der Trägerschaft) hält weiter an: In den fünf Jahren zwischen dem Wintersemester 2012/2013 und dem Wintersemester 2017/2018 ist im Großstädtevergleich die Zahl der Studierenden kontinuierlich gestiegen, insgesamt um 143.900 Studierende (17 Prozent) auf aktuell 977.400.

Hamburg hatte im Fünfjahresvergleich mit plus 32.400 Studierenden das größte absolute Wachstum vor Berlin (+27.700) und hat damit München und Köln überholt: 2012 lag Hamburg mit 75.600 Studierenden auf Rang 4 der größten Hochschulstandorte (meiste Studierende) hinter Berlin (160.300), München und Köln. 2017 liegt Hamburg mit 107.900 Studierenden auf Rang 2 hinter Berlin (187.900) vor München und Köln. Aktuell folgt die Reihenfolge damit der Bevölkerungszahl der deutschen Millionenstädte. Hannover lag sowohl 2012 (39.400) als auch 2017 (49.400) auf Rang 9 im Großstädtevergleich.

Trend zur Neugründung von Hochschulen hält an

Zum Anstieg der Studierendenzahl trägt auch der anhaltende Trend zur Neugründung von Hochschulen bei. Die Zahl der Hochschulstandorte hat sich erneut deutlich erhöht: 2017 gab es 204 Standorte in den 15 Großstädten (im Vorjahr 177), zwischen 3 in Duisburg und 4 in Essen bis zu 51 in Berlin, gefolgt von 26 in Hamburg und 19 in München. Gegenüber dem Vorjahr gab es lediglich 3 Schließungen bei gleichzeitig 27 neuen Standorten in den 15 Großstädten.

Eine Novelle des Hochschulstatistikgesetzes im Jahr 2016 führte dazu, dass die Studierendenzahlen ab 2017 grundsätzlich nach einzelnen Hochschulstandorten erhoben werden. Studierende einer Hochschule mit verschiedenen Standorten werden seitdem nicht mehr wie zuvor teilweise summarisch unter dem Hauptstandort der Hochschule erfasst, sondern an den jeweiligen Standorten. Die geänderte Praxis führt dazu, dass die Studierendenzahl an Hochschulen mit mehreren Standorten teilweise nicht mehr mit den früher veröffentlichten Ergebnissen vergleichbar ist.

Gesetzesnovelle führt zu statistischem Rückgang der Zahl der Studierenden in Essen um 42 Prozent

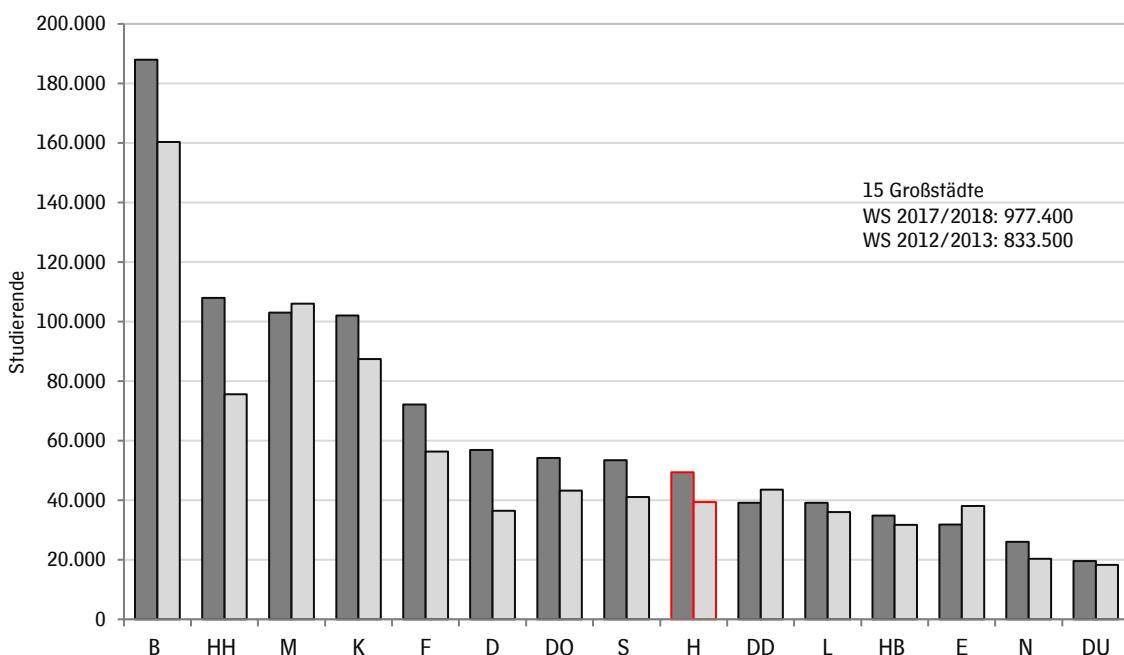
Diese geänderte statistische Methodik schlägt sich auch im Großstädtevergleich nieder. Am gravierendsten wirkt sich die Änderung in Essen aus. Hier hat die FOM Hochschule für Ökonomie & Management ihren Sitz, die größte private Hochschule Deutschlands mit Hochschulzentren an 29 Orten bundesweit. Die Zahl der Studierenden in Essen ging gemäß Hochschulstatistik 2017 gegenüber dem Vorjahr um 22.900 zurück (-42 Prozent), was fast ausschließlich an der geänderten räumlichen Zuordnung der Außenstandorte liegen dürfte. Umgekehrt wurden 2017 in acht Städten des Großstädtevergleichs erstmals Studierende der FOM Hochschule ausgewiesen, darunter in Hannover, wo die FOM seit 2012 ein Hochschulzentrum betreibt. Dass es in Hannover 2017 gemäß Hochschulstatistik zehn Hochschulen gegenüber acht im Vorjahr gibt, liegt außerdem an der Fachhochschule des Mittelstands, die bereits seit 2011 in Hannover ansässig ist, deren Studierenden durch den Sitz in Bielefeld bislang jedoch nicht dem Standort Hannover zugeordnet waren.

In München sank die Zahl der Studierenden von 120.000 im Jahr 2016 auf 103.000 im Jahr 2017. Dies liegt vor allem daran, dass Außenstandorte sowohl der Universität als auch der Technischen Universität nun dem Landkreis München und den Standorten Weihenstephan, Garching und Straubing zugeordnet werden statt wie zuvor der Stadt München.

Sechs neue Hochschulen in Hamburg 2017 gegenüber dem Vorjahr – dem höchsten

Abbildung 31:

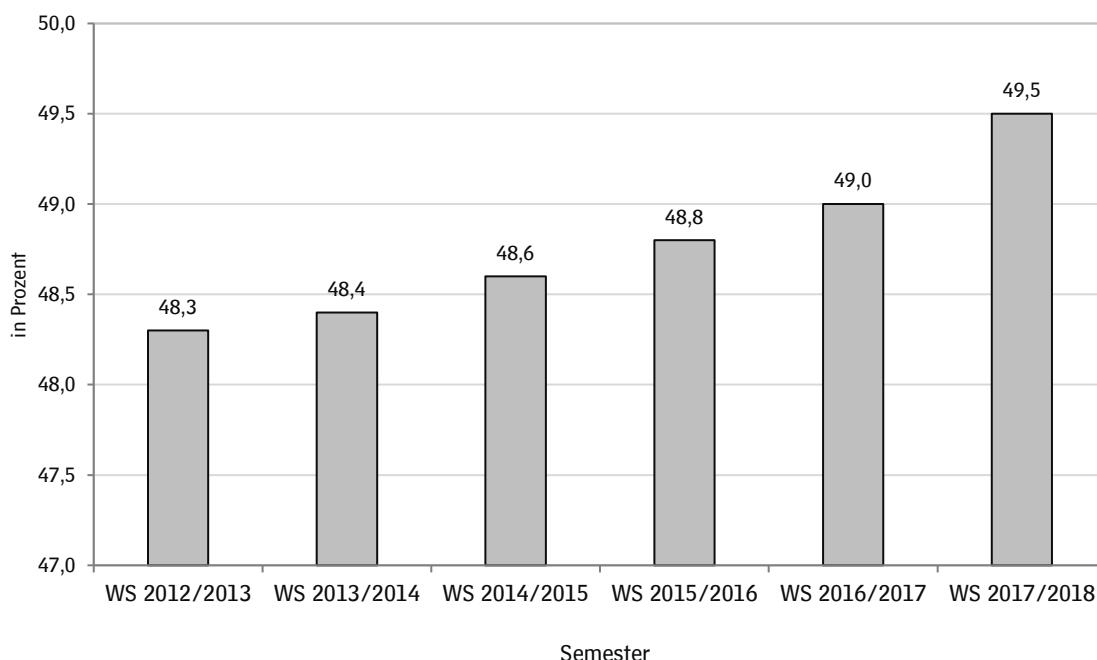
Studierende an den Hochschulen in ausgewählten deutschen Großstädten im Wintersemester 2017/2018 und im Wintersemester 2012/2013



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1

Abbildung 32:

Anteil weiblicher Studierender in den 15 größten deutschen Städten vom Wintersemester 2012/2013 bis zum WS 2017/2018

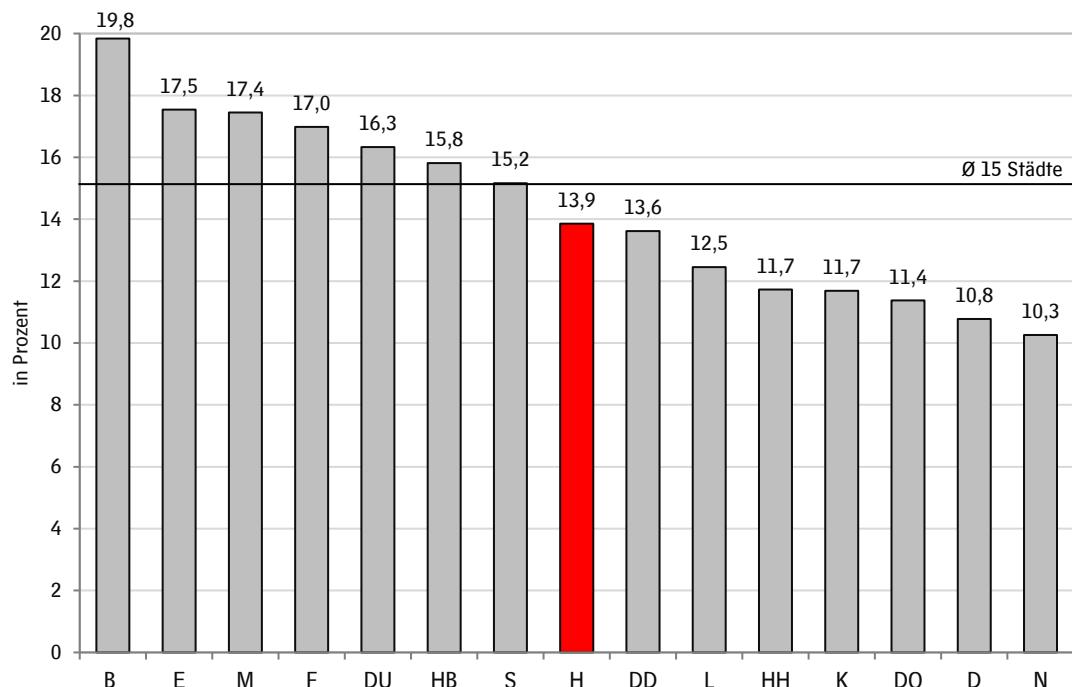


Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1

	Zuwachs vor Berlin mit fünf – haben dazu beigetragen, dass sich hier die Studierendenzahl in einem Jahr um 23.400 (28 Prozent) auf 107.900 deutlich erhöht hat.
Köln, München und Frankfurt haben die größten Universitäten Deutschlands	Die größte Hochschule Deutschlands ist mit 68.000 Studierenden die Fernuniversität Hagen, die als Fernuniversität jedoch eine Sonderstellung hat. Ohne diese Fernuniversität sind die größten deutschen Hochschulen die Universitäten der Städte Köln (53.200 Studierende), München (50.500) und Frankfurt (47.100). Auf den Rängen 7 bis 9 folgen die Universitäten Duisburg-Essen und Hamburg sowie die TU München. Die Leibniz Universität Hannover mit 28.600 Studierenden gehört insgesamt nicht zu den 20 größten Hochschulen, liegt aber bei den männlichen Studierenden auf Rang 19 in Deutschland.
Insgesamt ausgeglichene Geschlechterverteilung der Studierenden im Großstädtevergleich	Der Anteil weiblicher Studierender liegt 2017 im Schnitt der 15 größten deutschen Städte bei fast der Hälfte (49,5 Prozent). Fünf Jahre zuvor waren es erst 48,3 Prozent, seither stieg der weibliche Anteil jedes Jahr an. Bei den Studierenden im ersten Hochschulsemester (Erstimmatrikulierten) bilden Frauen 2017 mit 51,6 Prozent bereits eine leichte Mehrheit.
Ausländeranteil bei den Studierenden steigt tendenziell an	In Düsseldorf haben Frauen mit 55,2 Prozent die größte Mehrheit der Studierenden vor Leipzig mit 53,2 Prozent. In Stuttgart stellen sie mit 40,8 Prozent den geringsten Anteil im Großstädtevergleich, was auch in der technischen Ausrichtung der staatlichen Universität begründet liegt. Dieser Anteil ist hier in den letzten Jahren aber gestiegen und hat nun die 40-Prozent-Marke überschritten. Hannover hat den viertgeringsten Anteil weiblicher Studierender von 45,5 Prozent.
Knapp 50.000 Studierende an zehn Hochschulen in Hannover	Der Anteil ausländischer Studierender betrug 2017 wie im Vorjahr 15,0 Prozent. 2012 lag der Wert bei 13,7 Prozent und ist seither um 1,3 Prozentpunkte bzw. 5,1 Prozent gestiegen. Am höchsten ist der Ausländeranteil bei weiblichen Studierenden in Berlin mit 20,6 Prozent, gefolgt von Berlin insgesamt (Männer und Frauen) mit 19,8 Prozent vor männlichen Studierenden in Essen (19,6 Prozent). Den geringsten Anteil ausländischer Studierender gibt es mit 9,6 Prozent unter den männlichen Studierenden in Nürnberg und in Düsseldorf (10,1 Prozent).
	In Hannover sind 13,9 Prozent der Studierenden Ausländer*innen, 1,1 Prozentpunkte weniger als im Großstädteschnitt. Bei Männern ist der Anteil mit 15,5 Prozent etwas höher als im Schnitt (alle 15: 14,9 Prozent) und bei Frauen mit 11,9 Prozent unterdurchschnittlich (alle 15: 15,1 Prozent). Während Rückgänge der ausländischen Studierenden in Essen und München im Vergleich zum Vorjahr in erster Linie auf die o.g. methodische Ursache zurückzuführen sind, lag in Stuttgart ein deutlicher Rückgang der ausländischen Studierenden nur im ersten Hochschulsemester (-18 Prozent) und im ersten Fachsemester (-19 Prozent) im Wintersemester 2017/2018 gegenüber dem Vorjahr vor allem in der Einführung von Studiengebühren für ein Studium Aufnehmende aus Nicht-EU-Ländern in Baden-Württemberg begründet. Der deutliche Rückgang betraf folgerichtig nur die Studienanfänger*innen, die Gesamtzahl der ausländischen Studierenden blieb fast konstant (+1 Prozent).
	In Hannover wurde 2017 knapp die Schwelle von 50.000 Studierenden erreicht (49.400). Dies ist ein kräftiger Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 2.800 Personen (6,1 Prozent). Ohne die FOM Hochschule (knapp 1.200 Studierende in Hannover) und die Fachhochschule des Mittelstands (knapp 400 Studierende), die vor 2017 nicht in Hannover, sondern am Standort des Hauptsitzes erfasst worden waren, lag der „echte“ Zuwachs bei knapp 1.300 Studierenden (2,7 Prozent) gegenüber 2016. Hauptanteil hat dabei die Leibniz Universität mit einem Zuwachs um gut 1.000 auf nun 28.600 Studierende. Die zweitgrößte Hochschule, die Hochschule Hannover, stellt mit 9.700 Studierenden nur gut ein Drittel der Größenordnung der Universität. Drittgrößte Hochschule ist die Medizinische Hochschule Hannover mit 3.500 Studierenden.

Abbildung 33:

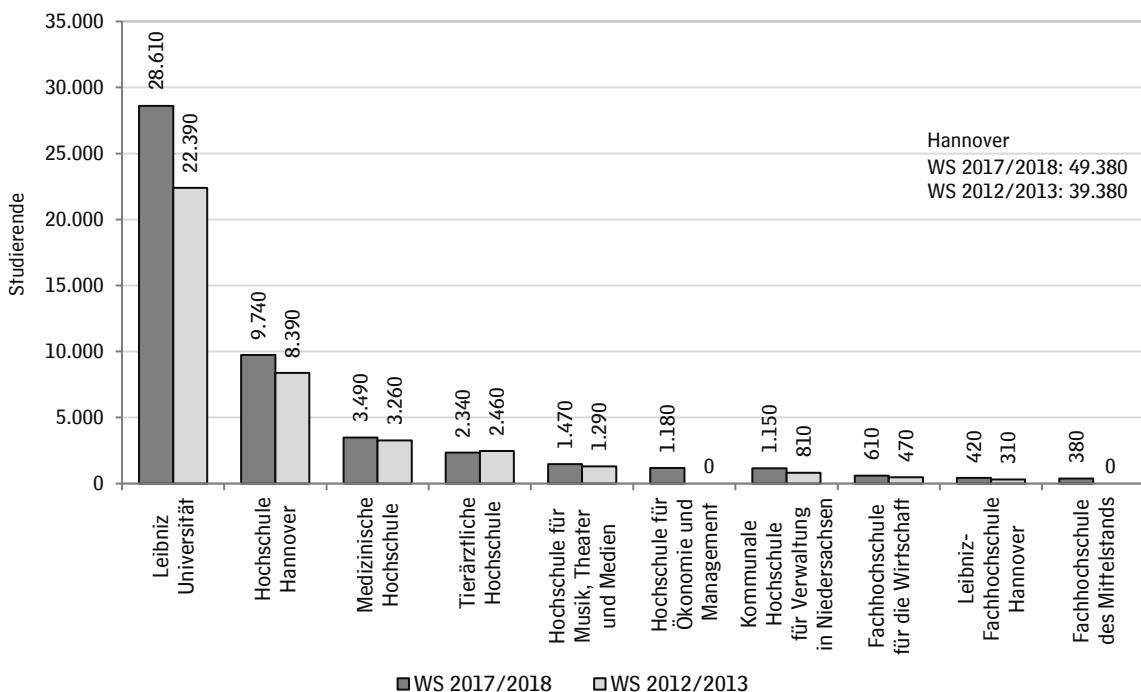
Anteil ausländischer Studierender an den Hochschulen in ausgewählten deutschen Großstädten im Wintersemester 2017/2018



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1

Abbildung 34:

Studierende an den zehn Hochschulen in Hannover im Wintersemester 2017/2018 im Vergleich zum Wintersemester 2012/2013

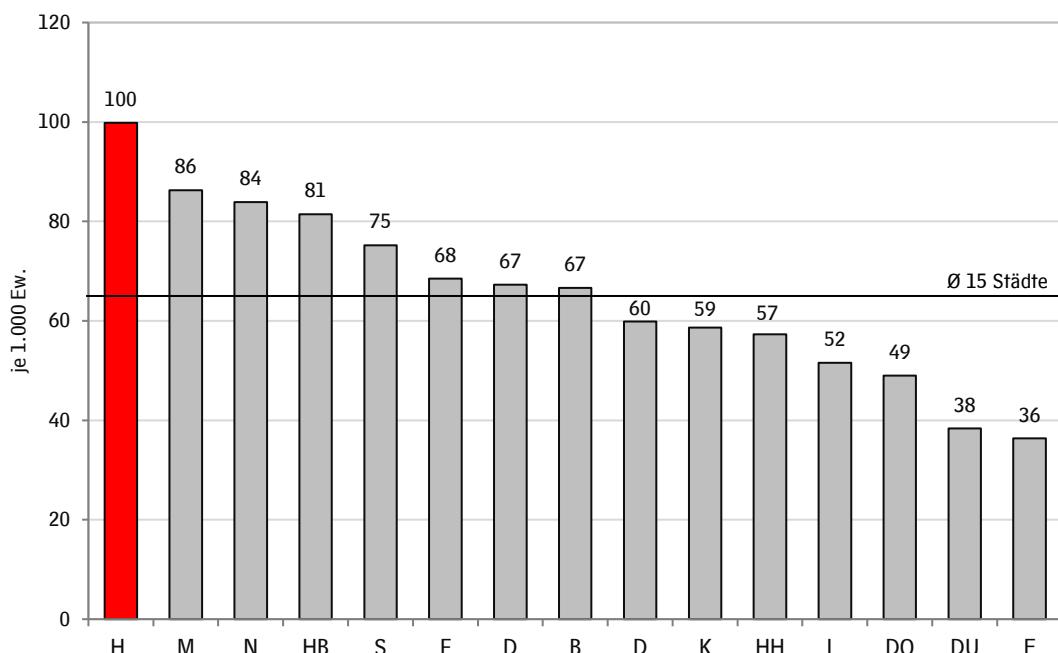


Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihe 4.1

Studierendenzahl in Hannover in fünf Jahren um ein Viertel gewachsen	Im Fünfjahresvergleich gegenüber 2012 stieg die Zahl der in Hannover Studierenden um 10.000 Personen (25 Prozent) an. Die Leibniz Universität (+6.200) und die Hochschule Hannover (+1.300) hatten die höchsten Zuwächse. Das Wachstum in Hannover um gut ein Viertel liegt über dem Schnitt von 17 Prozent im Vergleich der 15 größten Städte.
Volkshochschulen überwiegend in kommunaler Trägerschaft	Volkshochschulen sind wichtige gemeinnützige Einrichtungen der Erwachsenen- und Weiterbildung in Deutschland. Die Volkshochschullandschaft im Großstädtevergleich ist vielfältig aufgestellt. Es gab 2017 drei verschiedene Rechtsträgerschaften: Am häufigsten ist in zwölf Städten die kommunale Trägerschaft, eingetragene Vereine gibt es in Hannover (Bildungsverein e. V.), Stuttgart und Dresden. Die Volkshochschule in München hat als Sonderfall einen privaten Rechtsträger. In zwei Großstädten gibt es mehr als eine Volkshochschule: Berlin hat aufgrund seiner Größe in jedem der zwölf Stadtbezirke eine eigene Volkshochschule. In Hannover hat neben der städtischen Volkshochschule der Bildungsverein e. V. den Status einer Volkshochschule. Die Angebotssegmente beider Träger werden abgestimmt und ergänzen sich dadurch, was sich positiv für die Bevölkerung Hannovers in der Vielfalt des Portfolios auswirkt. Acht der Städte, darunter Hannover, verfügen über keine Volkshochschule mit Außenstellen. Die meisten Außenstellen der übrigen sieben Städte gibt es in Hamburg (14) vor Berlin (11) und Stuttgart (7).
Jede*r zehnte Hannoveraner*in belegte 2017 einen VHS-Kurs – Spitzenplatz im Großstädtevergleich	Setzt man die Zahl der angebotenen Kurse in Beziehung zur Einwohnerzahl, so bieten Essen (2,6 Kurse je 1.000 Ew.), Duisburg (3,2) und Köln (4,1) die wenigsten Kurse je 1.000 Einwohner*innen 2017 an. An der Spitze liegen Nürnberg (7,8), Hannover (7,6) und München (7,4). Bezogen auf die Belegungen, d. h. Teilnehmenden, liegt Hannover auf Rang 1 mit 100 Belegungen je 1.000 Einwohner*innen. Das heißt, dass rechnerisch jede*r zehnte Einwohner*in in Hannover einen Volkshochschulkurs im Jahr 2017 belegt hat. Dies zeigt die hohe Bedeutung des Bildungsauftrags der Volkshochschulen. In München auf Rang 2 gab es 86 Belegungen je 1.000 Ew., der Durchschnittswert im Großstädtevergleich liegt bei 66 Teilnehmern je 1.000 Ew.
Sprachen dominieren das Programmangebot der Volkshochschulen	Fast zwei Drittel (64,6 Prozent) aller VHS-Unterrichtsstunden entfallen im Großstädtevergleich auf Sprachen, die das Angebot somit thematisch dominieren. Auf Kultur – Gestalten als zweitstärkstem Programmbereich entfallen lediglich 9,3 Prozent der Unterrichtsstunden, gefolgt von Gesundheit mit 8,5 Prozent (vgl. Abb. 40). Der hannoversche Bildungsverein hat einen Schwerpunkt im Programmbereich Politik, Gesellschaft und Umwelt mit 17,9 Prozent der Unterrichtsstunden gegenüber 3,5 Prozent im Großstädteschnitt. Demgegenüber hat die städtische hannoversche Volkshochschule einen Schwerpunkt im Programmbereich Grundbildung und Schulabschlüsse mit 20,4 Prozent aller Unterrichtsstunden (Großstädte: 7,2 Prozent). 192 Schulabschlüsse (Prüfungsfälle) sind dabei der vierthöchste Wert im Großstädtevergleich, maximal gab es 414 Schulabschlüsse in Dortmund.
Volkshochschulen finanzieren sich zu einem Drittel aus Teilnehmergebühren	Vor fünf Jahren bedeuteten 216 Schulabschlüsse in der städtischen Volkshochschule Hannovers noch den zweithöchsten Wert hinter Düsseldorf mit 288. Gab es 2012 insgesamt 996 Schulabschlüsse im Großstädtevergleich, stieg die Zahl bis 2017 auf 1.546 an, während sie in Hannover um 24 zurückgingen.
	Die Finanzierung der Volkshochschulen im Großstädtevergleich setzte sich 2017 zu einem Drittel (32 Prozent) aus Teilnahmegebühren, zu 45 Prozent aus öffentlichen Zuschüssen der Städte und der Bundesländer und zu 23 Prozent aus sonstigen Einnahmen zusammen. Dresden (63 Prozent) und Stuttgart (51 Prozent) gelang es, über die Hälfte der Einnahmen aus Teilnahmegebühren zu erwirtschaften. In Duisburg waren es lediglich 12 Prozent, der geringste Anteil hinter Dortmund mit 15 Prozent (Hannover 26 Prozent, davon städtische Volkshochschule 21 Prozent und Bildungsverein 38 Prozent).

Abbildung 35:

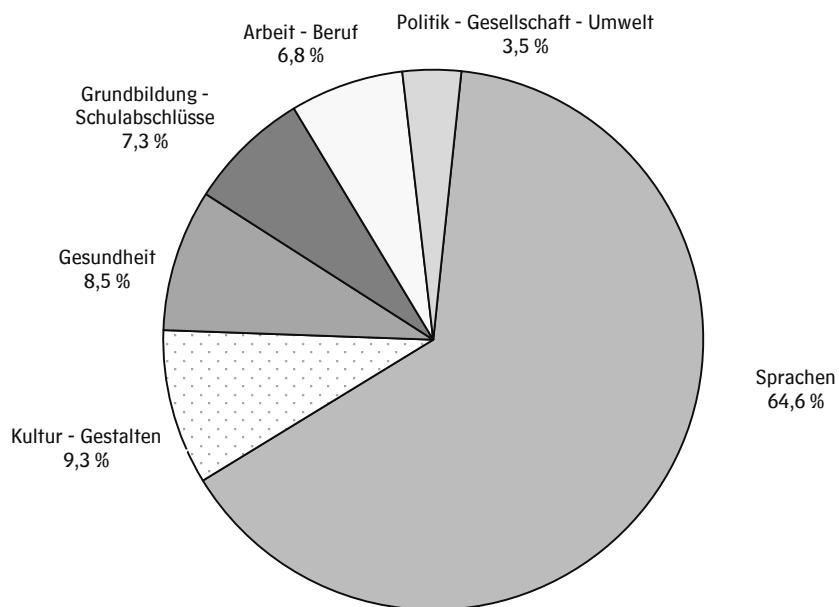
Teilnehmende an Volkshochschulkursen je 1.000 Einwohner*innen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017



Quelle: DIE (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

Abbildung 36:

Prozentualer Anteil der Programmbereiche an den Unterrichtsstunden aller Kurse der Volkshochschulen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017



Quelle: DIE (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

Das Budget der Volkshochschulen lag 2017 im Schnitt bei 17,1 Mio. EUR. Die Unterschiede zwischen den Großstädten sind dabei beträchtlich: In Leipzig ist das Budget mit lediglich 4,1 Mio. EUR deutlich am geringsten, hinter Essen und Dresden mit je 7,1 Mio. EUR. Die mit Abstand höchsten Budgets haben Berlin (49,8 Mio. EUR) und München (41,5 Mio. EUR).

Der Anteil der öffentlichen Zuschüsse am Budget ist in Essen (62 Prozent) und München (57 Prozent) am höchsten (Hannover: Rang 5 mit 53 Prozent). Bei der städtischen Volkshochschule in Hannover liegt der Anteil mit 59 Prozent über dem des hannoverschen Bildungsvereins (38 Prozent). Dies liegt in erster Linie am hohen gemeinwohlorientierten und sozialpolitischen Bildungsauftrag der städtischen Volkshochschule. Dies umfasst insbesondere den Zweiten Bildungsweg und eine weitgehende Ermäßigungsregelung.

**Volkshochschulbesuchende
überwiegend weiblich**

Die 943.300 Teilnehmenden an den Kursen im Großstädtevergleich sind zu gut zwei Dritteln (69 Prozent) weiblich (ohne Dortmund). Die höchsten Frauenanteile gibt es in München und Leipzig mit je 74 Prozent, die geringsten in Duisburg (59 Prozent) hinter Bremen und Essen mit jeweils 61 Prozent. In Hannover auf Rang 10 ist der Frauenanteil mit 66 Prozent etwas unterdurchschnittlich.

**Personal der Volkshochschulen
arbeitet in der Regel neben-
bzw. freiberuflich**

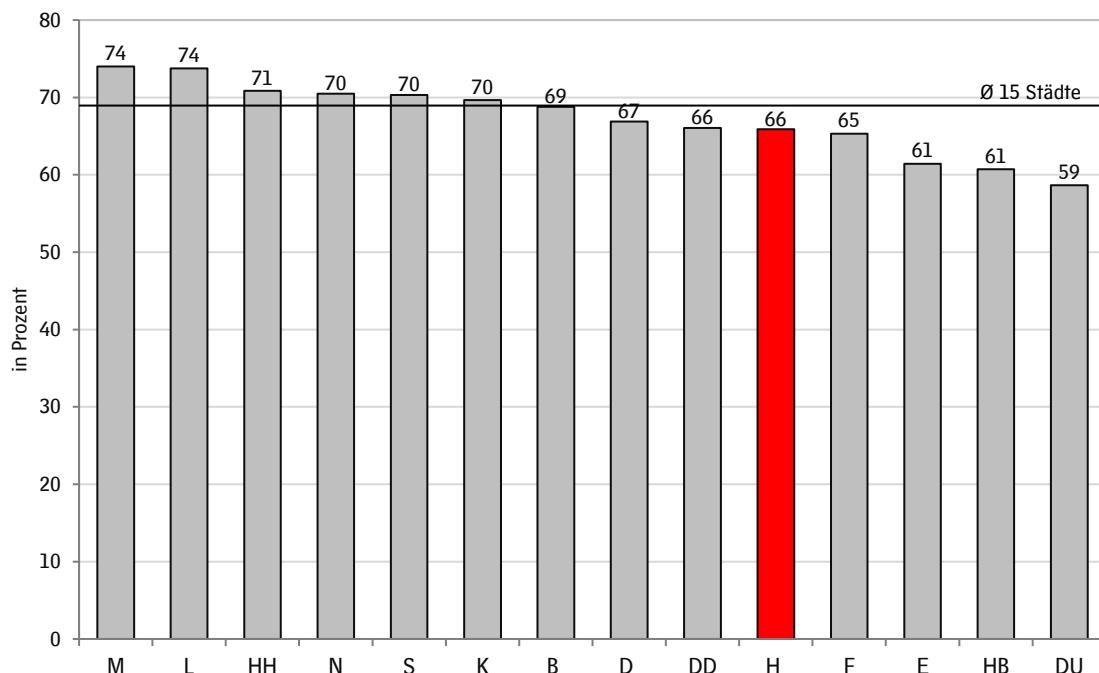
In der Summe der Großstädte umfasste das hauptberufliche Personal der Volkshochschulen im Jahr 2017 930 Stellen Verwaltungspersonal und 640 Stellen pädagogisches Personal. Es dominieren deutlich die neben- bzw. freiberuflichen Kursleitungen mit 20.380 Personen. Berlin (4.710), München (3.100) und Hamburg (1.810) haben darunter das meiste Personal, Hannover liegt auf Rang 5 (980). Die wenigsten neben- bzw. freiberuflichen Kursleitenden gibt es in Leipzig (440) hinter Duisburg (520) und Essen (700).

Die 80.200 Kurse aller Volkshochschulen im Großstädtevergleich 2017 hatten durchschnittlich 35,6 Unterrichtsstunden. Den höchsten Stundenumfang gab es mit im Schnitt 46,0 Stunden in Hannover (vor Duisburg mit 45,6 Stunden), wo der Bildungsverein e. V. 52,6 Stunden und die städtische Volkshochschule 41,9 Stunden aufweisen.

943.300 Teilnehmende an den 80.200 Kursen bedeuten eine durchschnittliche Kursgröße von 11,8 Personen im Großstädtevergleich. Köln (14,3), Essen (14,0), Bremen (13,6) und Hannover (13,1) haben die größten Kurse, Dortmund hat mit 9,5 Personen hinter Düsseldorf (10,4) die durchschnittlich kleinsten Kursgrößen.

Abbildung 37:

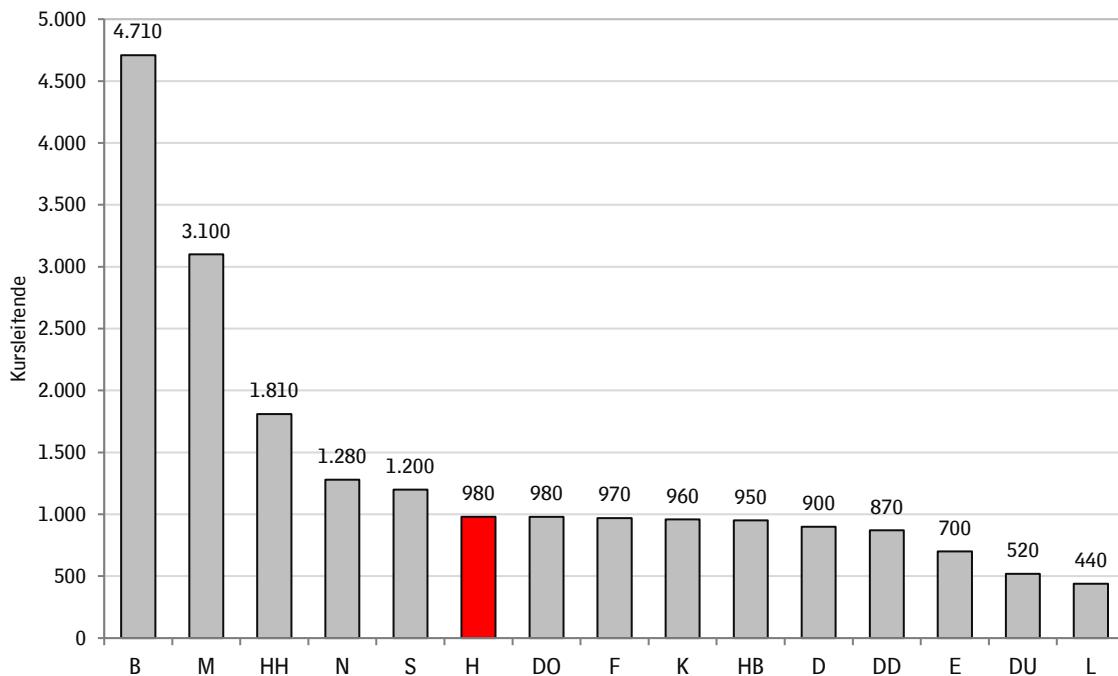
Frauenanteil der Teilnehmenden an Volkshochschulkursen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017



Quelle: DIE (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

Abbildung 38:

Neben- bzw. freiberufliche Kursleitende der Volkshochschulen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017



Quelle: DIE (Deutsches Institut für Erwachsenenbildung)

8. Kultur und Freizeit

Rückgang der Kinobesuche um 9,6 Prozent in fünf Jahren

Die Anzahl der **Kinospielstätten** ist 2017 in den Millionenstädten Berlin (97), München (38), Hamburg (29) und Köln (19) am höchsten, gefolgt von Dresden mit 18. Essen hat lediglich 10 Spielstätten, der geringste Wert hinter Hannover (11) und Nürnberg (12) (Kinostatistik ohne Bremen, Duisburg und Dortmund). Auch bei den Besuchszahlen liegen die vier Millionenstädte vorn, Berlin auf Rang 1 hatte 9,4 Mio. Kinobesuche, auf dem letzten Rang Essen 874.000. Im Großstädtevergleich sind die Besuchszahlen seit fünf Jahren rückläufig. Von 34,7 Mio. im Jahr 2012 sank die Zahl auf 31,3 Mio. Besuche um 9,6 Prozent. Die Zahl der Spielstätten in den 12 Städten ist dagegen mit 293 im Jahr 2017 etwas höher als 2016 (286) und 2015 (282).

Nürnberg, Dresden und Hannover mit den meisten Kinobesuchen je Ew.

Zwar hat Hannover die geringste Anzahl an Sitzplätzen in den Kinos (6.230) hinter Leipzig (7.160), trotzdem ist die Besuchszahl auf die Bevölkerung bezogen hoch: Durchschnittlich 2,9 Kinobesuche pro Person im Jahr 2017 sind der dritthöchste Wert hinter Nürnberg (3,3) und Dresden (3,0). Wie bei der Anzahl der Spielstätten und Besuche liegt Essen auch bei diesem Kennwert mit 1,5 Besuchen pro Einwohner*in auf dem letzten Rang. Damit entspricht Essen dem deutschlandweiten Durchschnitt, im Großstädtevergleich geht rechnerisch jede*r Einwohner*in mit 2,5 Besuchen/Ew. einmal mehr ins Kino.

Der durchschnittliche Eintrittspreis in den betrachteten zwölf Städten reicht 2017 von 8,08 EUR in Dresden und 8,49 EUR in Leipzig bis maximal 10,11 EUR in Hannover, vor Essen mit 10,10 EUR. Der Eintrittspreis im Großstädteschnitt beträgt 9,19 EUR, eine Preissteigerung gegenüber 2016 um 21 Cent bzw. 2,3 Prozent. Im Vorjahr betrug der Preisanstieg 1,5 Prozent

Zweiter Rückgang der Museumsbesuche in Folge

Im Großstädtevergleich gab es 2017 laut Datenbank des Instituts für Museumsforschung Berlin 638 **öffentliche und private Museen** mit 40,6 Mio. Besuchen. Im Vorjahr waren es knapp eine Million Besuche mehr (-2,4 Prozent). Von 2014 auf 2015 hatte der Rückgang bereits 2,8 Prozent betragen. Die rechnerische Zahl der Museumsbesuche je Einwohner*in sank von 3,1 im Jahr 2015 über 2,9 auf aktuell 2,8. Den Spitzenwert erzielt hier regelmäßig Dresden (5,0 Besuche/Ew.), vor Berlin (4,4 Besuche/Ew.) und Stuttgart (4,1 Besuche/Ew.). Bei diesen hohen Werten dürften auch Tourist*innen eine Rolle spielen. In Duisburg auf Rang 15 entfallen nur 0,3 Besuche auf eine*n Einwohner*in, hinter Hannover (1,1 Besuche/Ew.).

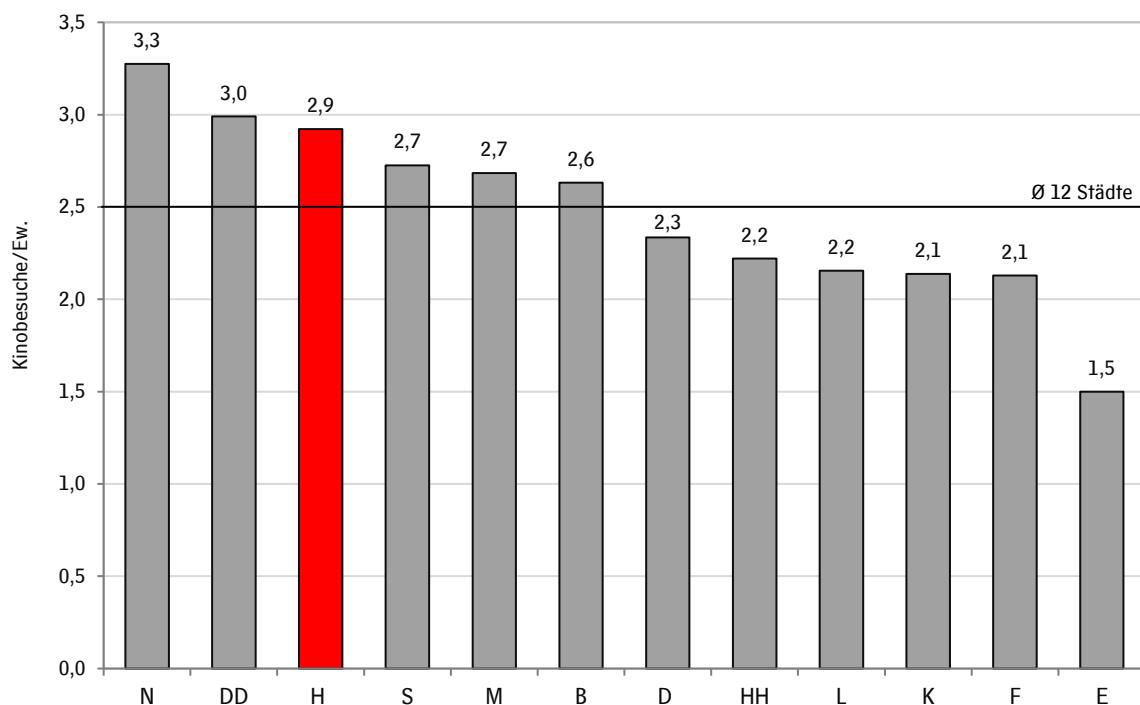
Die mit Abstand meisten Museen gibt es in Berlin vor Hamburg

Die wenigsten Museen weist die Datenbank für Duisburg und Dortmund mit jeweils 14 Museen und für Essen (15) aus. Hier spielt allerdings der Verflechtungsraum Ruhrgebiet eine Rolle. Berlin hat mit 184 Museen mehr als zweieinhalb Mal so viele wie Hamburg auf Rang 2 (66), dicht gefolgt von München (63). In Hannover gab es 2017 21 öffentliche und private Museen, dieselben wie im Vorjahr. 2016 eröffnete das HDI-Museum. 2015 schloss das Münzkabinett der TUI AG, gleichzeitig kamen ein Buchdruckmuseum (das allerdings schon länger existiert), das Museum für Textile Kunst und WOK – World of Kitchen hinzu. Während im Großstädtevergleich die Besucherzahl der Museen 2017 um 2,4 Prozent sank, stieg sie in Hannover um 3,2 Prozent an.

Zahl der Bibliothekseinrichtungen sinkt leicht, Zahl der Entleiher*innen steigt

Die Zahl der Einrichtungen der **öffentlichen (Stadt-)Bibliotheken** ist im Großstädtevergleich in den vergangenen Jahren leicht rückläufig. Von 347 im Jahr 2012 sank sie kontinuierlich auf 335 im Jahr 2017 (-3,5 Prozent). In Hannover gab es 2012 20 Einrichtungen, seit 2013 sind es 19, darunter ist die Zentralbibliothek in der Südstadt die größte. Die Zahl der Entleiher*innen – d. h. aktive Nutzer*innen, die einen

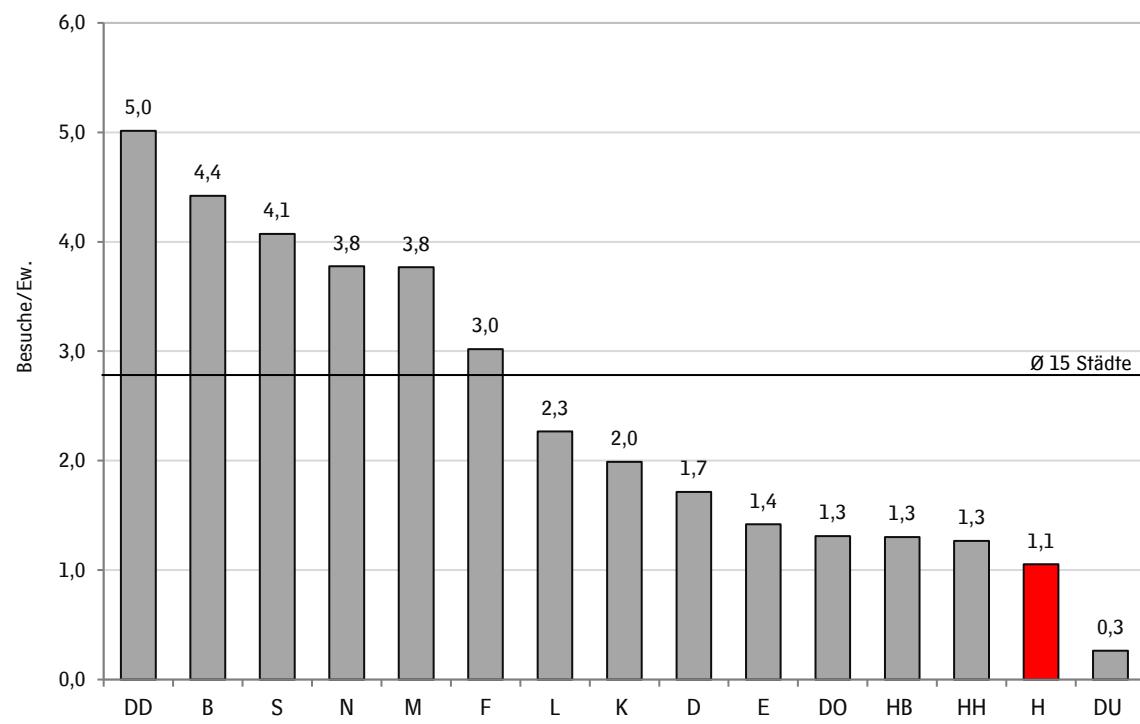
Abbildung 39:

Kinobesuche je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2017*

*ohne Bremen, Duisburg und Dortmund

Quelle: Filmförderungsanstalt FFA

Abbildung 40:

Museumsbesuche je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2017

Quelle: Konrad-Zuse-Zentrum für Informationstechnik Berlin (ZIB) (auf Basis der Datenbank des Instituts für Museumsforschung Berlin)

gültigen Bibliotheksausweis besitzen – ist im Großstädtevergleich in den letzten drei Jahren trotzdem angestiegen, 2017 um 61.700 auf 1,47 Mio. (+4,4 Prozent) (ohne Stuttgart). 2017 reichte die Zahl der Entleiher*innen von 31.600 in Duisburg bis 362.300 in Berlin. Bezogen auf die Einwohnerzahl hat München mit 146 Entleiher*innen je 1.000 Einwohner*innen die meisten Nutzer*innen, gefolgt von Dresden (139), Nürnberg (138) und Hannover (132). Die Zahl der Bibliotheksbesuche reicht von 688.100 in Dortmund bis zu 7,3 Mio. in Berlin und 5,1 Mio. in München. Hannover liegt mit 1,5 Mio. Besuchen auf Rang 8 im Mittelfeld.

272.000 Personen haben sich 2017 in den 15 größten Städten erstmalig (physisch oder virtuell) neu bei den Bibliotheken angemeldet. Am wenigsten Neuankündigungen gab es in Essen (6.700) hinter Duisburg (7.100), am meisten in Berlin (53.400), München (42.600) und Hamburg (24.600). Hannover liegt mit 12.300 Neuankündigungen (Vorjahr: 13.100) auf Rang 9.

Physischer Bibliotheksbestand geht zurück, virtueller steigt stark

Vergleicht man die Entwicklung des physischen mit dem virtuellen Bestand im Großstädtevergleich, so geht der physische jedes Jahr zurück, während der virtuelle stark steigt. Die Rückgänge des physischen Bestandes lagen in den letzten fünf Jahren zwischen 0,6 und 2,4 Prozent pro Jahr. Aktuell beträgt der physische Bestand insgesamt 17,2 Mio. Medien (ohne Frankfurt). Umgekehrt lagen die Wachstumsraten des virtuellen Bestandes in den letzten fünf Jahren zwischen 18,5 Prozent (2017) und 35,7 Prozent (2013). Dennoch erreicht der virtuelle Bestand von heute 633.800 nur ein 27stel des physischen.

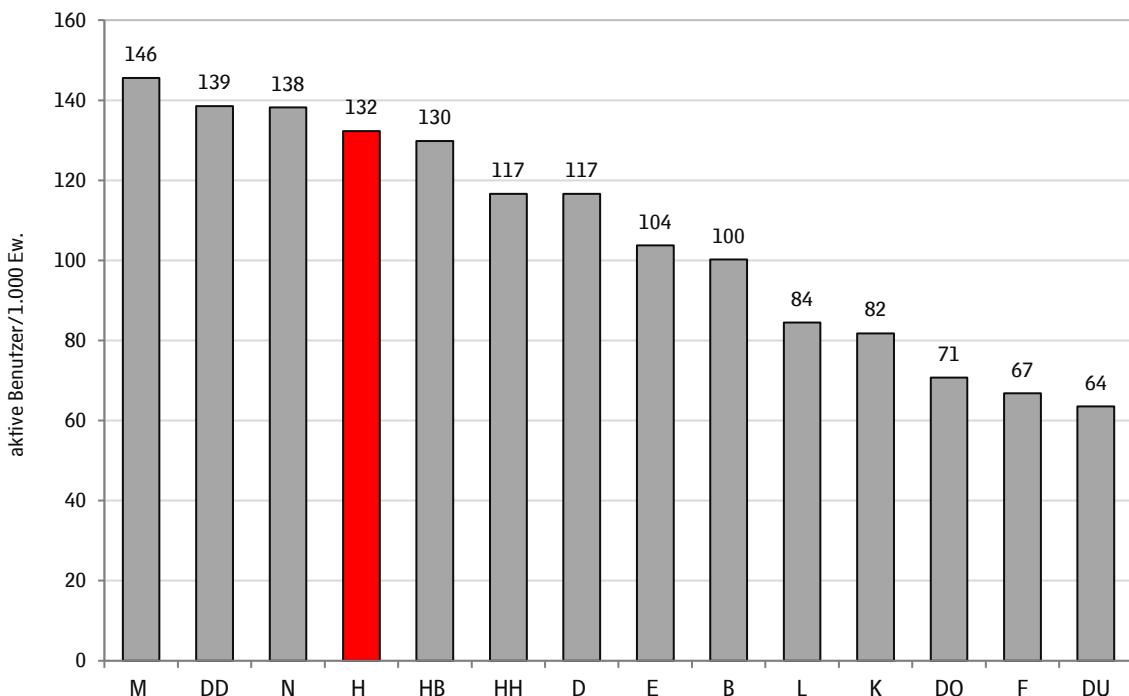
Nachfrage nach öffentlichen Bücherschränken bleibt hoch

Die Plattform openbookcase.org zeigt eine deutschlandweite Übersicht von Standorten **öffentlicher Bücherschränke** aller Art, die dem kostenlosen Tausch von Büchern dienen und für die Öffentlichkeit rund um die Uhr oder zu bestimmten Zeiten zugänglich sind. Gemäß openbookcase.org gab es im Februar 2019 in den 15 Großstädten ungefähr 383 Standorte mit öffentlichen Bücherschränken (gewisse Unschärfen bei der Erfassung und Pflege der Standorte auf der Website hinnehmend). Dies sind 57 Bücherschränke mehr als im Dezember 2017 (+17 Prozent). In sechs Städten blieb die Zahl konstant, in den übrigen neun stieg sie an. Am stärksten holten Duisburg (+18 Standorte) und München (+16 Standorte) auf.

2019 weiterhin beste pro-Kopf-Versorgung mit Bücherschränken in Hannover

Die vier Hochburgen öffentlicher Bücherschränke im Großstädtevergleich sind wie Ende 2017 Berlin (75 Standorte), Frankfurt (45), Köln (45) und Hannover (41). München (32) bleibt trotz des Zuwachses auf Rang 5, hat den Abstand zu Hannover aber deutlich verringert. Auf die Einwohnerzahl Ende 2017 bezogen ist die Versorgung in Hannover Stand Februar 2019 wie schon im Dezember 2017 am besten: In Hannover entfällt rechnerisch ein öffentlicher Bücherschrank auf 13.100 Einwohner*innen (Dez. 2017: 13.700), in Frankfurt – unverändert auf Rang 2 – sind es 14.600. Duisburg hat sich auf Rang 3 verbessert, hier steht nun 16.100 Einwohner*innen ein öffentlicher Bücherschrank zur Verfügung.

Abbildung 41:

Aktive Benutzer*innen je 1.000 Einwohner*innen der öffentlichen (Stadt)Bibliotheken in ausgewählten deutschen Großstädten 2017*

*ohne Stuttgart

Quelle: Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS)

9. Verkehr

Die Pkw-Dichte hat lediglich in Berlin, Frankfurt und Leipzig zwischen 2012 und 2017 abgenommen

Die Pkw-Dichte hat im Vergleich zu 2012 lediglich in drei Städten des Großstädtevergleichs bis zum Jahr 2017 abgenommen, und zwar in Berlin (-2,3 Prozent), Frankfurt (-2,0 Prozent) und Leipzig (-1,7 Prozent). Die stärksten Anstiege waren in Dortmund (+5,2 Prozent), Essen (+2,9 Prozent) und München (+2,7 Prozent) zu verzeichnen. In Hannover gab es einen Zuwachs um 1,9 Prozent von 397 auf 405 Pkw pro 1.000 Einwohner*innen zwischen 2012 und 2017. Damit liegt Hannover genau auf der mittleren Position (Rang 8) im Großstädtevergleich.

Dritt niedrigste Pkw-Dichte in Hannover

Berlin hat 2017 bei der Pkw-Dichte mit 333 Pkw pro 1.000 Einwohner*innen den niedrigsten Wert im Städtevergleich. Für Hannover ergibt sich mit 405 Pkw/1.000 Ew. der dritt niedrigste Wert hinter Leipzig (384). Die höchsten Dichtewerte haben München mit 499 und Düsseldorf mit 498 Pkw/1.000 Ew., gefolgt von Essen (489) und Dortmund mit 481 Pkw/1.000 Ew.

2018 Zunahme der in Hannover gemeldeten Elektrofahrzeuge um 27,4 Prozent

Waren am 31.12.2017 noch 802 Elektrofahrzeuge (538 rein elektrisch angetriebene und 264 Plug-In-Hybride) in Hannover gemeldet, so stieg die Zahl bis zum 31.12.2018 auf 1.022 Elektrofahrzeuge (653 rein elektrisch angetriebene und 369 Plug-In-Hybride), die in Hannover gemeldet waren. Das entspricht einer Zunahme von 27,4 Prozent in einem Jahr.

240 Standorte für öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur in Hannover mit insgesamt 480 Ladepunkten bis Ende 2020

Das Standortkonzept für die öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur gemäß Maßnahmenkatalog des Umsetzungskonzepts zur Elektromobilität in Hannover sieht den Ausbau von 240 Ladepunkten bis Ende 2019 und von 480 Ladepunkten bis Ende 2020 vor. Die Standorte für die Errichtung der öffentlich zugänglichen Ladeinfrastruktur bis Ende 2019 sind bereits festgelegt.

Elektrobusse bald auf allen Innenstadtrlinien

Seit 2016 werden im ÖPNV Hannovers die Innenstadtrlinien 100/200 von drei voll-elektrischen Bussen bedient, so sollen bis spätestens 2023 auf allen Innenstadtrlinien der Üstra Elektrobusse fahren. Damit wird Hannover eine der ersten Großstädte mit komplett elektrisch betriebenem ÖPNV sein.

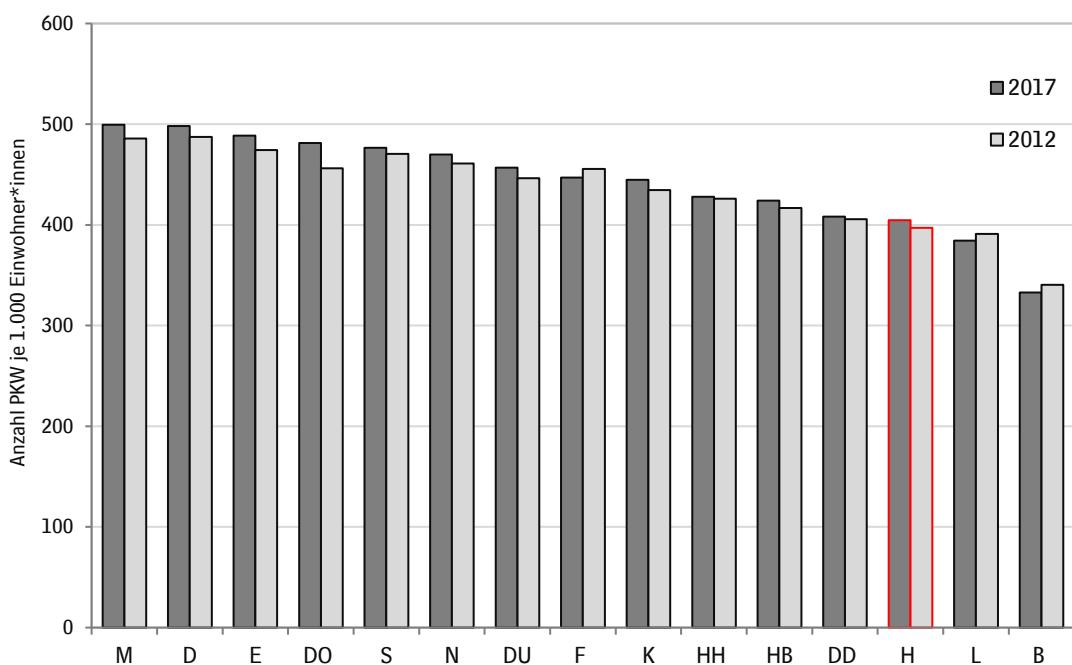
Erste fahrerlose Kleinbusse am Start oder geplant – mit Operator/Begleitperson

In Hamburg sollen 2019 erste Fahrgäste mit fahrerlosen Elektrobusen – im Probebetrieb ist noch eine Begleitperson an Bord – durch die Hamburger Hafencity fahren. Die Fahrzeuge können bis zu 16 Fahrgäste transportieren. Bis zum Herbst 2021 sollen die Kleinbusse komplett autonom mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Kilometern pro Stunde auf einer 3,6 Kilometer langen Strecke in der Hafencity verkehren und neun Haltestellen ansteuern. In Bad Birnbach (Bayern) ist seit Oktober 2017 die erste autonom verkehrende Buslinie Deutschlands im öffentlichen Straßenverkehr unterwegs – ein Projekt der Deutschen Bahn (DB). Auch in Keitum auf Sylt ist der regelmäßige Einsatz eines autonomen Busses ab Frühjahr 2019 geplant. Ein sogenannter Operator begleitet den Bus bei allen autonomen Fahrten, um im Bedarfsfall manuell eingreifen zu können. Ein erster „NAF-Bus“ (nachfragegesteuerter autonom fahrender Bus) des Forschungsprojekts befördert bereits Besucher des GreenTEC-Campus in Enge-Sande (Nordfriesland) über das firmeneigene Gelände. In Berlin sind seit 2018 vier fahrerlose Elektrokleinbusse auf dem Campus Charité Mitte und auf dem Gelände des Virchow-Klinikums unterwegs. Sie werden auf Ringlinien mit acht bis neun Haltestellen eingesetzt. Mitarbeitende, Patient*innen und Besucher*innen können kostenlos mitfahren.

Bei Betrachtung der Entwicklung der Fluggastzahlen in den letzten zehn Jahren von 2008 bis 2018 ist festzustellen, dass fast ausschließlich Zuwächse, in einigen Städten

Abbildung 42:

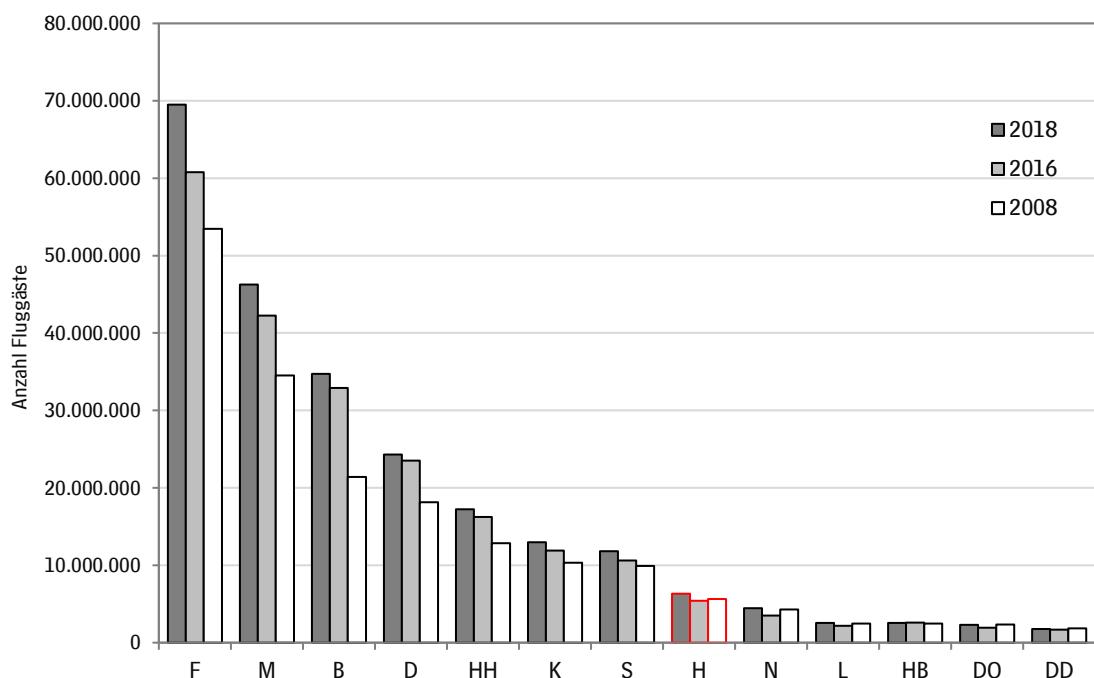
Anzahl der Personenkraftwagen je 1.000 Einwohner*innen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017 und 2012



Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt und Statistische Landesämter

Abbildung 43:

Fluggäste im Gesamtverkehr inkl. Transit in ausgewählten deutschen Großstädten 2018, 2016 und 2008



Quelle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen

Berlin, Hamburg und München mit stark gestiegenen Fluggastzahlen in den letzten zehn Jahren

große Zuwächse zu verzeichnen sind; so in Berlin mit plus 62,2 Prozent auf 34,7 Mio. Fluggäste im Gesamtverkehr inkl. Transit, aber auch in Hamburg mit plus 34,2 Prozent und 17,2 Mio. Fluggästen und in München mit plus 33,9 Prozent auf knapp 46,3 Mio. Fluggäste. Hannover nimmt bei der Zehn-Jahres-Betrachtung den achten Platz mit einem Plus von 12,2 Prozent auf 6,3 Mio. Fluggäste 2018 ein. Eine negative Entwicklung mussten über die betrachteten zehn Jahre lediglich Dresden und Dortmund verzeichnen, wobei Dresden mit minus 5,3 Prozent auf knapp 1,8 Mio. Fluggäste 2018 den größten Rückgang hinnehmen musste und Dortmund mit minus 1,9 Prozent auf knapp 2,3 Mio. Fluggäste 2018 den zweitgrößten Rückgang.

Hannover nimmt beim Zuwachs an Fluggästen den vierten Platz ein im Vergleich der Jahre 2016 und 2018

Bei einem Vergleich der Jahre 2016 und 2018 sind die größten Zuwächse in Nürnberg mit plus 28,2 Prozent auf knapp 4,5 Mio. Fluggäste im Gesamtverkehr inkl. Transit und in Dortmund mit plus 19,0 Prozent auf 2,3 Mio. Fluggäste zu verzeichnen. Mit einem Zuwachs von 16,9 Prozent auf 6,3 Mio. Fluggäste im Gesamtverkehr inkl. Transit nimmt Hannover den vierten Platz im Zwei-Jahres-Vergleich ein, während nur in Bremen eine negative Entwicklung von minus 0,5 Prozent auf knapp 2,6 Mio. Fluggäste im Jahr 2018 zu verzeichnen war.

Unfallgefährdung für Insassen von Pkw am höchsten in Nürnberg und Hamburg

Bei den Innerorts-Straßenverkehrsunfällen gab es 2017 in Nürnberg und Hamburg mit 24 die meisten getöteten oder verletzten Insass*innen von Pkw pro 10.000 Ew., gefolgt von Bremen und Hannover mit 20. Den günstigsten Wert weist 2017 Duisburg auf, wo 14 Insass*innen von Pkw pro 10.000 Ew. getötet oder verletzt wurden; in München und Frankfurt waren es 15.

Bei der Unfallgefährdung für Fußgänger liegt Hannover auf Rang sechs

Bei den Fußgänger*innen erreichen Essen, Düsseldorf, Köln und Berlin 2017 mit 7 Fußgängern pro 10.000 Ew., die getötet oder verletzt werden, den höchsten Wert. Es folgen Hamburg, Hannover und Dortmund mit jeweils 6 Fußgängern pro 10.000 Ew., die getötet oder verletzt werden. In Stuttgart und Dresden werden jeweils 4 Fußgänger*innen pro 10.000 Ew. getötet oder verletzt.

Radfahrer in Hannover am meisten gefährdet

Im Städtevergleich liegt basierend auf den Unfallzahlen von 2017 Hannover mit 21 verletzten oder getöteten Radfahrer*innen pro 10.000 Ew. vor allen anderen Vergleichsstädten; es folgen Bremen und Dresden mit 19 und Köln mit 17. In Essen und Dortmund werden nach wie vor die wenigsten Radfahrer*innen pro 10.000 Ew. verletzt oder getötet, nämlich 5 bzw. 6; in Stuttgart sind es 7.

Hannover mit 26 Verletzten und Getöteten unter 15 Jahren pro 10.000 Ew. der Altersgruppe an dritter Stelle

Analysiert man die Unfallbeteiligten der Innerorts-Straßenverkehrsunfälle nach Altersgruppen und bezieht diese Zahl auf die jeweils tatsächliche Einwohnerzahl dieser Altersgruppe, so ist festzustellen, dass Hannover 2017 bei den Kindern unter 15 Jahren mit 26 Verletzten und Getöteten pro 10.000 Ew. in dieser Altersgruppe hinter Bremen (30) und Köln (27) an dritter Stelle liegt. Die niedrigsten Werte haben Frankfurt mit 17, München mit 19 und Stuttgart mit 20 Verletzten und Getöteten pro 10.000 Ew. in dieser Altersgruppe. Um die Verkehrssicherheit für Kinder zu verbessern, läuft seit 2011 die Kampagne „Gib mir Acht“, die Hannover zusammen mit der Polizei, dem ADAC und der Verkehrswacht auch im Jahr 2019 wieder durchführt. Ziel der Kampagne ist es, die Zahl der verletzten und getöteten Kinder unter 15 Jahren weiter zu minimieren.

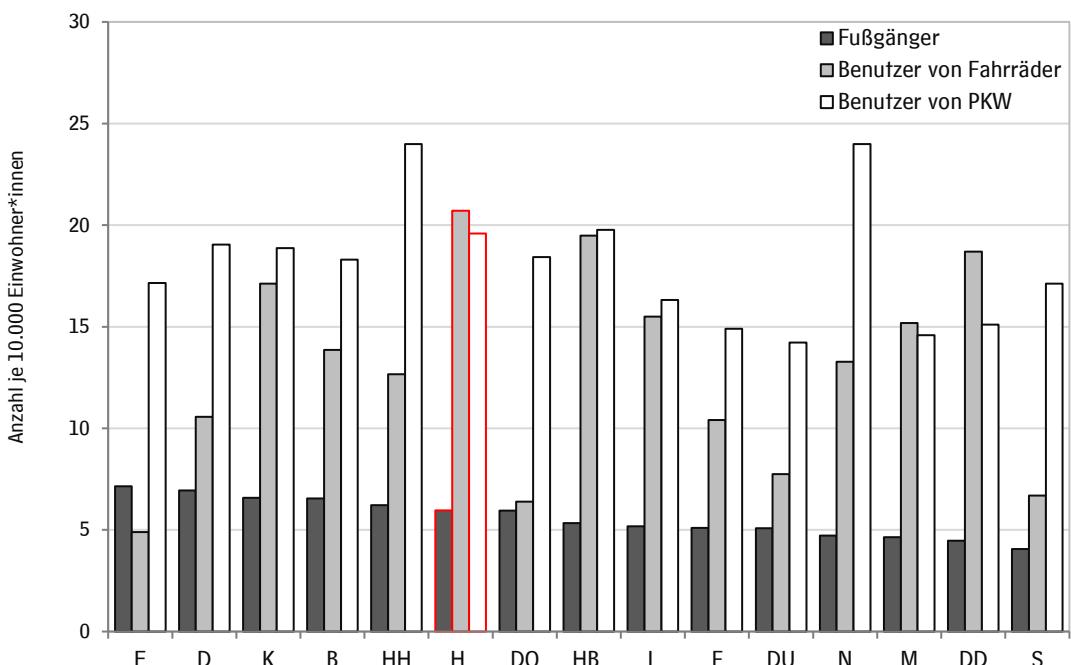
Kampagne „Gib mir Acht“ trägt auch 2017 zur Erhöhung der Sicherheit von Kindern im Straßenverkehr bei

Das höchste Unfallrisiko bei den Über-65-Jährigen ist in Hannover mit 34 Verletzten und Getöteten pro 10.000 Ew. in dieser Altersgruppe vor Bremen mit 31 gegeben. Es folgen München, Nürnberg und Hamburg mit jeweils 29. Mit 16 Verletzten und Getöteten pro 10.000 Ew. in dieser Altersgruppe erreicht Stuttgart den niedrigsten Wert vor Duisburg und Frankfurt mit je 19 Verletzten und Getöteten pro 10.000 Ew. in dieser Altersgruppe. Um die Verkehrssicherheit für Senior*innen zu verbessern, wurde 2013 die Broschüre „mobil bleiben im Alter – mit Sicherheit in Hannover“ mit Tipps und Informationen für ältere Menschen erarbeitet.

Risiko für Senioren in Hannover verletzt oder getötet zu werden am höchsten und mehr als doppelt so hoch wie in Stuttgart

Abbildung 44:

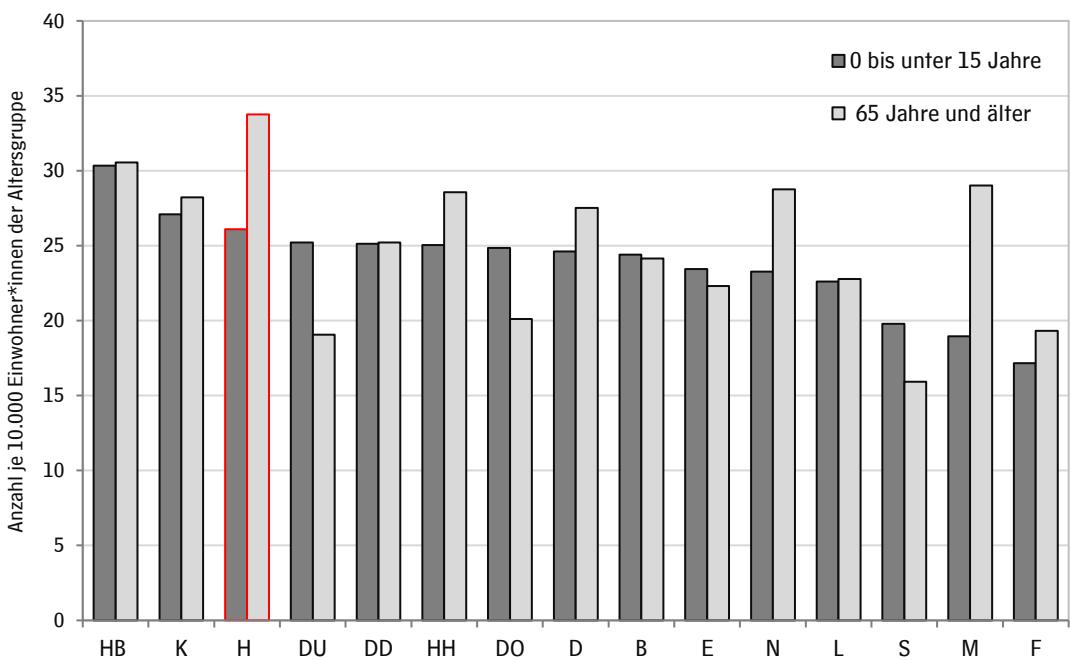
Innerorts verletzte und getötete Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen und Pkw-Nutzer*innen je 10.000 Einwohner*innen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 45:

Innerorts verletzte und getötete Kinder und Senior*innen je 10.000 Einwohner*innen der Altersgruppe in ausgewählten deutschen Großstädten 2017



Quelle: Statistische Landesämter

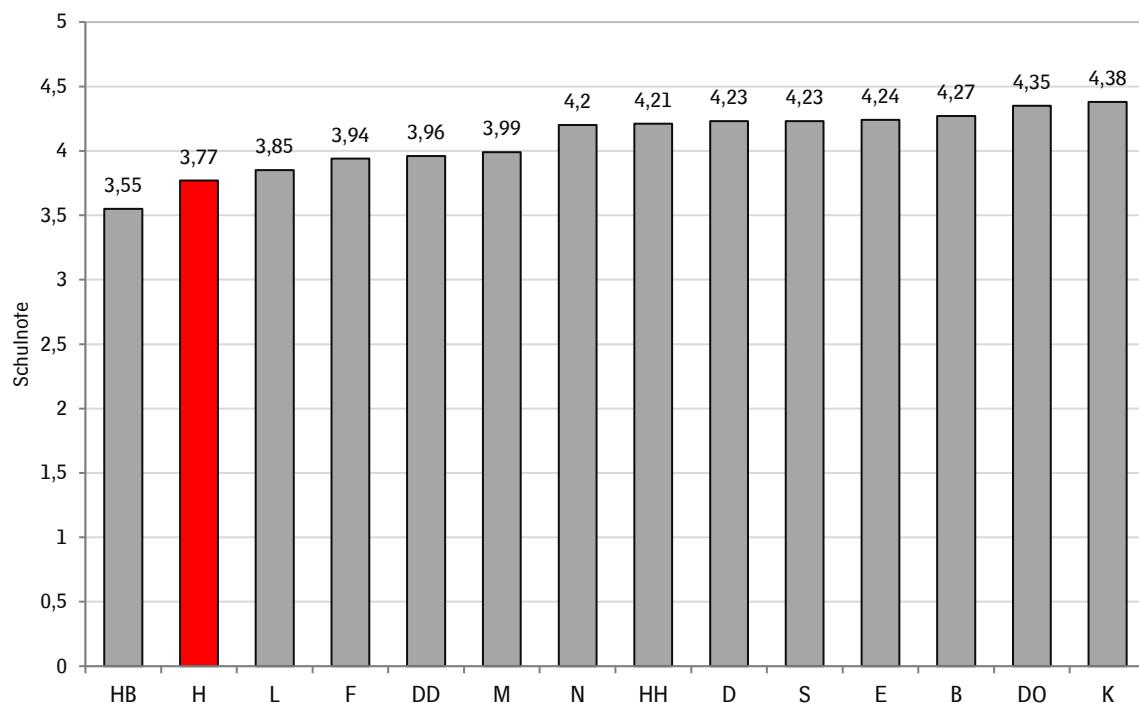
Hannover 2018 wieder auf Rang 2 des ADFC-Fahrradklima-Tests...**... aber Verbesserung nur bei Öffentlichen Fahrrädern**

Im April 2019 wurde der ADFC-Fahrradklima-Test 2018 veröffentlicht. Die Umfrage ist laut ADFC die größte Befragung zum Radfahrklima weltweit und fand 2018 zum achten Mal statt. Die schriftliche Befragung unter Radfahrenden befasst sich mit der Fahrradfreundlichkeit in Deutschlands Städten und Gemeinden. Dabei werden in fünf Themenfeldern wie Sicherheit beim Radfahren oder Infrastruktur und Radverkehrsnetz insgesamt 27 verschiedene Aspekte mit Schulnoten von 1 (fahrradfreundlich) bis 6 (nicht fahrradfreundlich) bewertet. In der Größenklasse ab 500.000 Einwohner*innen (ohne Duisburg) liegt 2018 auf Rang 1 Bremen (Note: 3,55), gefolgt von Hannover (3,77) und Leipzig (3,85). Die schlechtesten Noten erhalten Berlin (4,27), Dortmund (4,35) und Köln (4,38). Der Schnitt liegt bei 4,08, das Fahrradklima ist im Großstädtevergleich damit insgesamt nur „ausreichend“ (Deutschland: 3,93).

Das Fahrradklima hat sich gegenüber 2016 sowohl deutschlandweit als auch im Großstädtevergleich tendenziell verschlechtert: In neun Städten blieb die Note konstant, in fünf hat sie sich leicht verschlechtert, darunter in Hannover, das jedoch den zweiten Platz behauptet. Gegenüber 2016 gab es in Hannover lediglich beim Aspekt „Öffentliche Fahrräder“ eine Verbesserung. Die besten Benotungen erhielten 2018 geöffnete Einbahnstraßen in Gegenrichtung (2,2), Erreichbarkeit des Stadtzentrums (2,5) und zügiges Radfahren (2,7). Die schlechtesten Noten gab es in Hannover für Ampelschaltungen für Radfahrer (4,7), für Führung an Baustellen (4,7) und mit der Note mangelhaft (5,0) für die Falschparkerkontrolle auf Radwegen.

Im Vergleich mit den anderen Großstädten ist das Sicherheitsgefühl (Schulnote 3,9) in Hannover am positivsten, nämlich um 0,6 Notenpunkte über dem Durchschnittswert. Auch die Fahrradmitnahme mit dem ÖPNV (3,4) und die Erreichbarkeit des Stadtzentrums (2,5) wird um 0,6 Notenpunkte besser bewertet als im Großstädteschnitt.

Abbildung 46:

Ergebnis des ADFC Fahrradklima-Tests 2018 nach Schulnoten in ausgewählten deutschen Großstädten 2018*

*ohne Duisburg

Quelle: ADFC Fahrradklima-Test 2018

10. Tourismus

Tourismus gewinnt an Bedeutung – auch in Hannover, dort aber unterdurchschnittlich

Der Tourismus spielt im Großstädtevergleich eine immer größere Rolle. Die Zahl der angebotenen Gästebetten steigt seit Jahren, ebenso die Gästeankünfte und die Übernachtungszahlen. Die Bettenauslastung nimmt zu, die Tourismusintensität ebenfalls. Gleichzeitig ist der Anteil der Gäste aus dem Ausland gestiegen. Im Folgenden werden die Tourismuszahlen des Jahres 2017 vorgestellt, Vergleichsjahre sind dabei 2012 und 2008. In Hannover ist die Entwicklung deutlich positiv, liegt aber hinter der Dynamik im Großstädtevergleich.

Die Anzahl der **Beherbergungsbetriebe** beträgt in den 15 größten deutschen Städten im Jahr 2017 3.398. Gegenüber 2008 ist die Zahl um 14,7 Prozent deutlich angestiegen – innerhalb der letzten fünf Jahre dabei aber nur noch um 2,3 Prozent. Seit 2012 ist die Zahl in sieben Städten zurückgegangen; in Hannover sank sie von 105 auf 104 Betriebe.

Über 20 Prozent Anstieg der Bettenzahl in Frankfurt, München und Leipzig seit 2012

Die Zahl der angebotenen **Gästebetten** liegt 2017 in den Vergleichsstädten bei insgesamt 506.431, das sind 39,6 Prozent mehr als noch 2008. Auf die letzten fünf Jahre entfallen dabei 15,2 Prozent des Wachstums. Hannover auf Rang 15 legte zuletzt mit plus 240 Betten absolut und relativ am wenigsten zu (+1,8 Prozent) hinter Dresden mit plus 2,6 Prozent. In Frankfurt stieg dagegen die Bettenzahl seit 2012 um ein Viertel (+24,9 Prozent), gefolgt von München (+21,3 Prozent) und Leipzig (+21,0 Prozent).

Übernachtungen im Großstädtevergleich in fünf Jahren um ein Viertel gestiegen

Stark zugelegt haben die **Übernachtungszahlen**: 103,42 Mio. Gästeübernachtungen im Großstädtevergleich 2017 bedeuten einen Zuwachs um 61,7 Prozent gegenüber 2008 (63,95 Mio.) und immerhin noch plus ein Viertel (+25,1 Prozent) gegenüber 2012. Seitdem wuchs die Zahl deutlich am stärksten in Berlin (+6,25 Mio.) auf 31,20 Mio. Übernachtungen 2017, gefolgt von München (+3,30 Mio. auf 15,66 Mio.) und fast gleichauf Hamburg (+3,15 Mio. auf 13,68 Mio.).

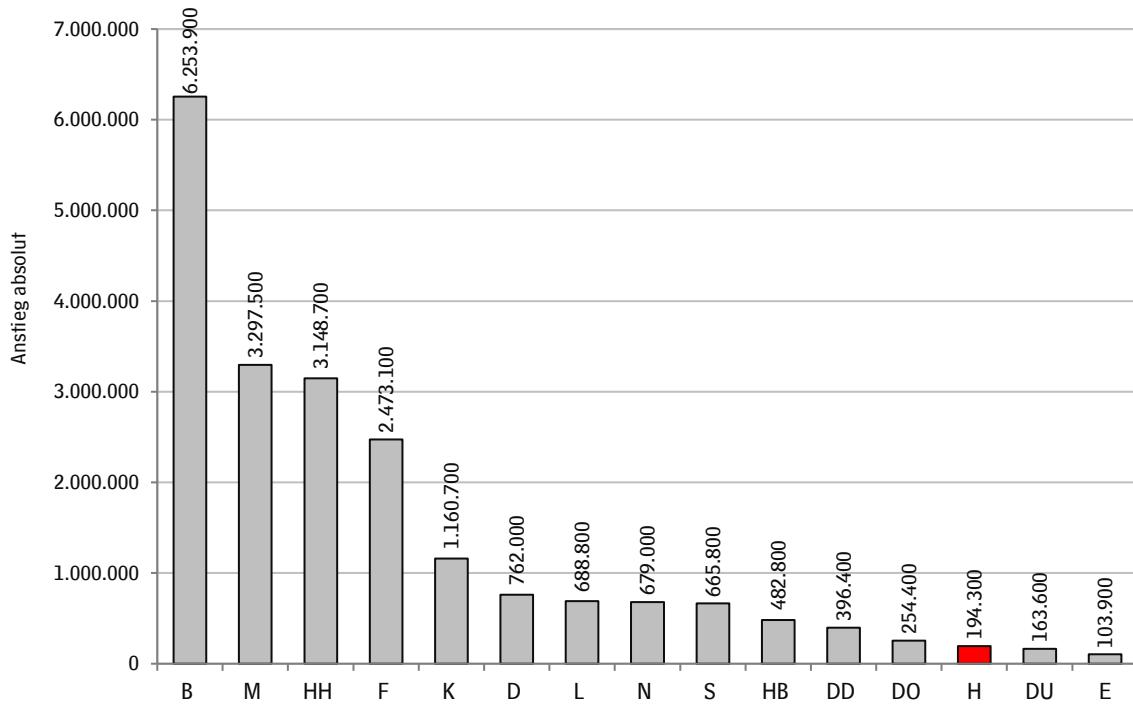
Essen hatte im Fünfjahresvergleich bis 2017 mit plus 103.900 den geringsten Anstieg an Gästeübernachtungen, hinter Duisburg (+163.600) und Hannover (+194.300). Während Essen (+7,6 Prozent) und Hannover (+9,3 Prozent) auch das relativ geringste Wachstum hatten, liegt hier Duisburg mit einem Anstieg um 42,4 Prozent sogar auf Rang 1, was im geringen Ausgangswert von 386.200 Übernachtungen im Jahr 2012 begründet liegt: Essen hatte 2012 als Stadt mit dem zweitgeringsten Wert immerhin fast eine Million Übernachtungen.

Gästeankünfte in Hannover seit 2012 um 11,5 Prozent gestiegen – dennoch nur Rang 15

Fast so dynamisch wie die Übernachtungen sind bis 2017 auch die **Gästeankünfte** in Beherbergungsbetrieben im Großstädtevergleich angestiegen, nämlich um 57,9 Prozent gegenüber 2008 und um 22,3 Prozent gegenüber 2012. Hannovers Wachstum um immerhin 11,5 Prozent in fünf Jahren auf 1,36 Mio. Gästeankünfte 2017 (Rang 11 im Großstädtevergleich) war dennoch das geringste im Großstädtevergleich hinter Dresden (+13,3 Prozent). Am dynamischsten war die Entwicklung in Duisburg (+ 36,5 Prozent) und Frankfurt (+ 30,7 Prozent), wobei sich in Duisburg wie schon bei den Übernachtungen die geringe Ausgangszahl auswirkt: Mit 196.700 Gästeankünften 2012 hatte Duisburg weniger als ein Drittel der Ankünfte in Dortmund auf dem vorletzten Rang mit 624.800 (Hannover: Rang 11 mit 1,22 Mio.). 2017 reichte die Spannweite von 268.400 Gästeankünften in Duisburg bis zu 12,97 Mio. in Berlin – fast der 50-fache Wert.

Abbildung 47:

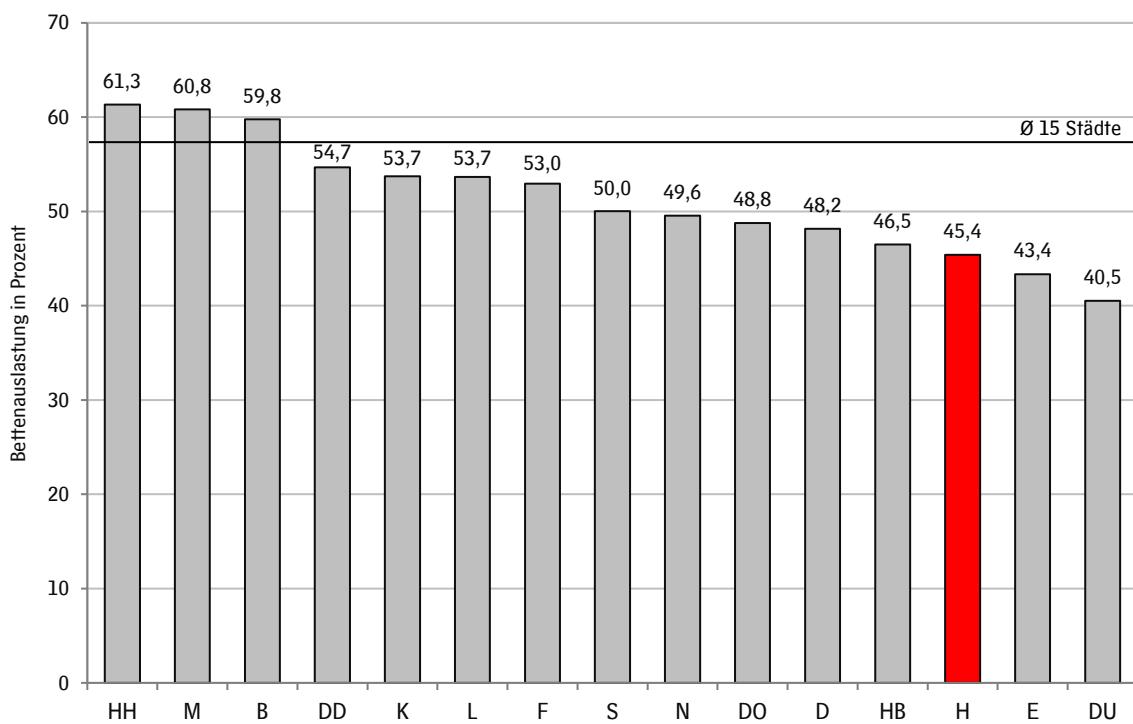
Anstieg der Gästeübernachtungen in ausgewählten deutschen Großstädten zwischen 2012 und 2017



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 48:

Bettenauslastung* in ausgewählten deutschen Großstädten 2017



*Übernachtungen durch Bettentage (Betten mal 365 Tage) mal 100

Quelle: Statistische Landesämter

Bettenauslastung liegt zwischen 40,5 Prozent in Duisburg und 61,3 Prozent in Hamburg

Auch die durchschnittliche **Bettenauslastung** hat sich in den 15 Großstädten von 48,3 Prozent 2008 über 51,5 Prozent 2012 auf zuletzt 55,9 Prozent im Jahr 2017 positiv entwickelt. Im Schnitt ist damit jedes Bett gut jede zweite Nacht belegt. Die Bettenauslastung unterscheidet sich dabei erheblich in den Großstädten: In Duisburg beträgt die Auslastung 2017 nur 40,5 Prozent hinter Essen mit 43,4 Prozent und Hannover mit der drittgeringsten Auslastung von 45,4 Prozent. Die Spitzenauslastungen weisen Hamburg (61,3 Prozent) und München (60,8 Prozent) auf.

Der Anteil der **Gäste aus dem Ausland** ist 2017 gegenüber 2008 und 2012 sowohl bei den Übernachtungen als auch bei den Gästeankünften etwas gestiegen. Bei den Übernachtungen stieg er von 34,8 Prozent über 35,9 Prozent im Jahr 2012 und in den letzten fünf Jahren auf 37,5 Prozent der Übernachtungen; bei den Gästeankünften von 31,5 Prozent auf 32,7 Prozent 2012 und auf 33,9 Prozent der Ankünfte 2017. München (45,6 Prozent) und Frankfurt (42,0 Prozent) haben 2017 bei Gästeankünften das internationalste Publikum vor Berlin (39,4 Prozent); in Leipzig (14,7 Prozent) und Hannover (18,8 Prozent) stammen dagegen die wenigsten angekommenen Gäste aus dem Ausland.

Bei den Übernachtungen hat München den höchsten Anteil von Gästen aus dem Ausland: Mit 49,2 Prozent entfällt fast jede zweite Übernachtung auf einen Gast mit Wohnsitz im Ausland, gefolgt von Berlin mit 44,9 Prozent. Leipzig hat mit 16,0 Prozent den geringsten Anteil, Hannover liegt mit 21,8 Prozent auf Rang 10.

Aufenthaltsdauer der Gäste 2008, 2012 und 2017 im Schnitt 2,0 Tage

Setzt man die Übernachtungen ins Verhältnis zu den Gästeankünften, so erhält man die durchschnittliche **Aufenthaltsdauer**. Sie lag im Großstädtevergleich sowohl 2008 als auch 2012 und 2017 bei 2,0 Tagen. Berlin ragt hier mit 2,4 Tagen heraus, alle übrigen Städte schwanken zwischen 1,6 (Düsseldorf) und 2,0 Tagen in fünf Städten (Hannover: 1,7 Tage).

Tourismusintensität im Großstädtevergleich sehr unterschiedlich – Frankfurt auf Rang 1

Ein wichtiger Indikator für die Bedeutung des Tourismus in einer Stadt ist die **Tourismusintensität**. Sie setzt die Zahl der Gästeübernachtungen in das Verhältnis zur Einwohnerzahl. Bei einem Durchschnittswert von ca. 7.200 Übernachtungen je 1.000 Einwohner*innen im Jahr 2017 in den 15 größten deutschen Städten ist die Spannweite enorm: Während die Tourismusintensität im Ruhrgebiet eher gering ist (Rang 15 Duisburg mit 1.100 Ü./1.000 Ew. hinter Dortmund mit 2.100 und Essen mit 2.500), erzielt sie um ein Mehrfaches höhere Spitzenwerte in Frankfurt (12.800), München (10.800) und Berlin (8.600). Gegenüber 2012 ist die Intensität in allen 15 Städten gestiegen, im Schnitt um 18,4 Prozent, und dies trotz steigender Einwohnerzahlen, da die Übernachtungszahlen sich noch dynamischer entwickelt haben. Der Anstieg der Tourismusintensität in Hannover um 5,0 Prozent war dabei der drittgeringste vor Essen mit 4,5 Prozent und Dresden mit 4,6 Prozent Wachstum. Mit 4.300 Übernachtungen je 1.000 Einwohner*innen liegt Hannover 2017 auf Rang 11.

Abbildung 49:

Anteil an Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland in ausgewählten deutschen Großstädten 2017

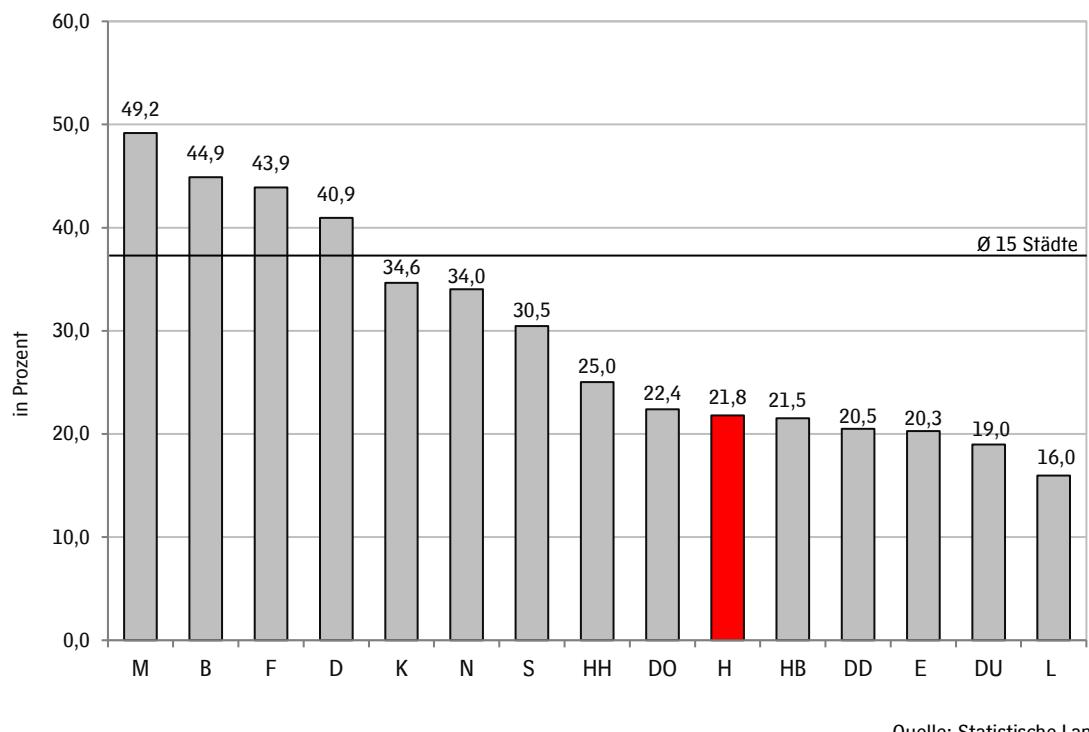
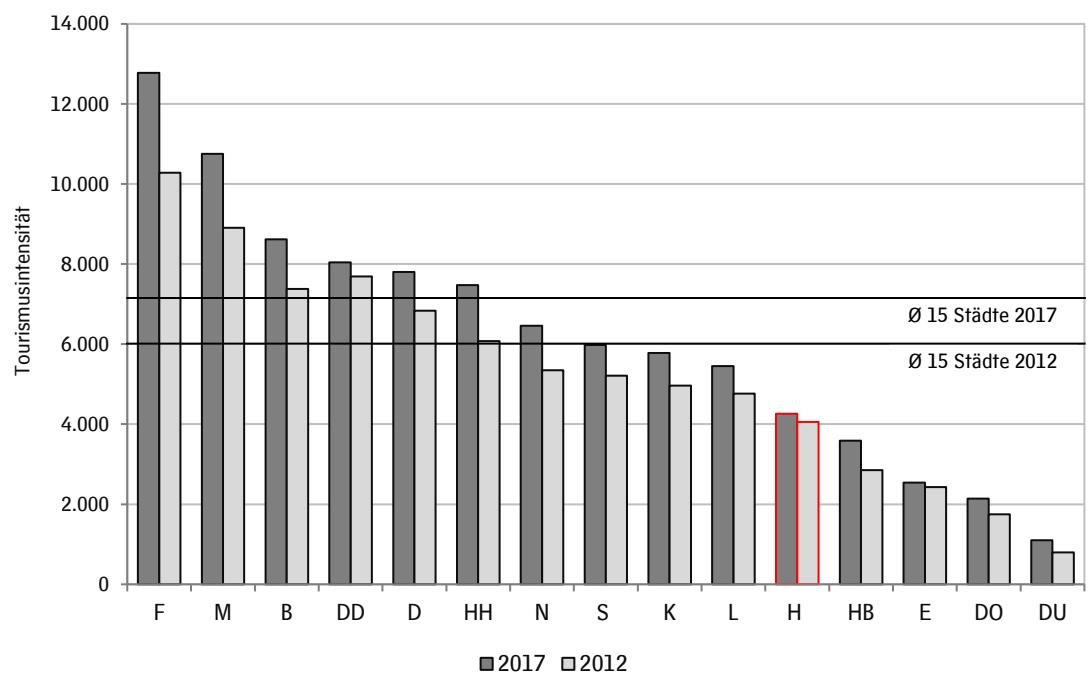


Abbildung 50:

Tourismusintensität* 2017 und 2012



*Übernachtungen durch Einwohnerzahl mal 1.000

11. Öffentliche Sicherheit/Kriminalität

Rückgang der Straftaten im Großstädtevergleich 2017 um 7,6 Prozent

Die Zahl der Straftaten ist im Großstädtevergleich seit zwei Jahren rückläufig, nachdem es zwischen 2012 und 2015 drei Anstiege in Folge gegeben hatte. Einem Rückgang um 2,6 Prozent 2016 folgte 2017 ein deutlicher Rückgang um 7,2 Prozent auf 1,73 Mio. Straftaten in den 15 größten deutschen Städten. Dabei ging die Zahl der erfassten Straftaten in allen Städten außer in Dresden zurück, 2016 in allen Städten außer Dresden, Leipzig und Bremen. Die wenigsten Straftaten gab es 2017 in Nürnberg (43.800) und Duisburg (49.700), die meisten in Berlin (520.400) und Hamburg (224.300). Hannover liegt mit 77.900 Straftaten auf Rang 8 und damit im Mittelfeld des Großstädtevergleichs.

Position Hannovers bei Straftaten bezogen auf die Einwohnerzahl hat sich verschlechtert

Wenn man die Straftaten in Bezug zur Einwohnerzahl setzt, stellt sich die Position Hannovers schlechter dar. 14.600 Straftaten je 100.000 Einwohner*innen 2017 sind hinter Frankfurt (14.900 Straftaten je 100.000 Ew.) der zweithöchste Wert im Großstädtevergleich, vor Berlin mit gerundet ebenfalls 14.600. München wies 2017 lediglich 6.600 Straftaten je 100.000 Einwohner*innen auf, der deutlich beste Wert. 2012 lag Hannover mit 13.800 Straftaten je 100.000 Ew. noch auf Rang 6, 2013 auf Rang 5, und 2014 bis 2016 auf Rang 3. Hier ist eine Verschlechterung eingetreten.

Es ist keine singuläre Straftatengruppe festzustellen, die die relativ hohe Kriminalitätsrate in Bezug auf die Einwohnerzahl erklärt. Vielmehr hat Hannover in allen Themenfeldern 2017 einen recht hohen Rang: Unterteilt man die Straftaten in sechs Deliktgruppen, liegt Hannover auf dem viertschlechtesten Rang bei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und bei Diebstahl (sowohl ohne erschwerende Umstände als auch bei Diebstahl unter erschwerenden Umständen). Bei Vermögens- und Fälschungsdelikten, Sonstigen Straftatbeständen (StGB) und Strafrechtlichen Nebengesetzen weist Hannover jeweils die zweithöchste Kriminalitätsrate im Großstädtevergleich auf. Bei „Rohheitsdelikten und Straftaten gegen die persönliche Freiheit“ (Rohheitsdelikte umfassen Raub und Körperverletzung) hat Hannover mit 1.800 Straftaten je 100.000 Einwohner*innen auf Rang 1 den höchsten Wert der 15 Städte.

Einen Einfluss auf die Gesamtstatistik hat das Schwarzfahren aus der Gruppe der Vermögens- und Fälschungsdelikte, das in Hannover mit 1.500 Fällen je 100.000 Einwohner*innen am zweithäufigsten (hinter Essen) bezogen auf die Einwohnerzahl erfasst wird. Ohne diese Deliktart liegt Hannover 2017 nicht hinter Frankfurt auf Rang 2 der höchsten Kriminalitätsrate, sondern nur auf Rang 5, mit einer allerdings weiterhin überdurchschnittlichen Kriminalitätsrate im Großstädtevergleich.

Gut jede zweite Straftat wurde 2017 im Großstädtevergleich aufgeklärt

Traditionell überdurchschnittlich hoch ist die Aufklärungsquote in Hannover. Sie betrug 2016 und 2017 63 Prozent und lag damit um zehn Prozentpunkte über dem Schnitt der 15 größten deutschen Städte von zuletzt 53 Prozent. Die beste Aufklärungsquote von 70 Prozent hatte 2017 Dresden vor Nürnberg mit 67 Prozent. In Berlin wurden dagegen nur 44 Prozent der Straftaten aufgeklärt, der geringste Wert hinter Hamburg und Leipzig mit je 45 Prozent.

Abbildung 51:

Kriminalitätsrate in ausgewählten deutschen Großstädten 2017 (Straftaten pro 100.000 Einwohner*innen)

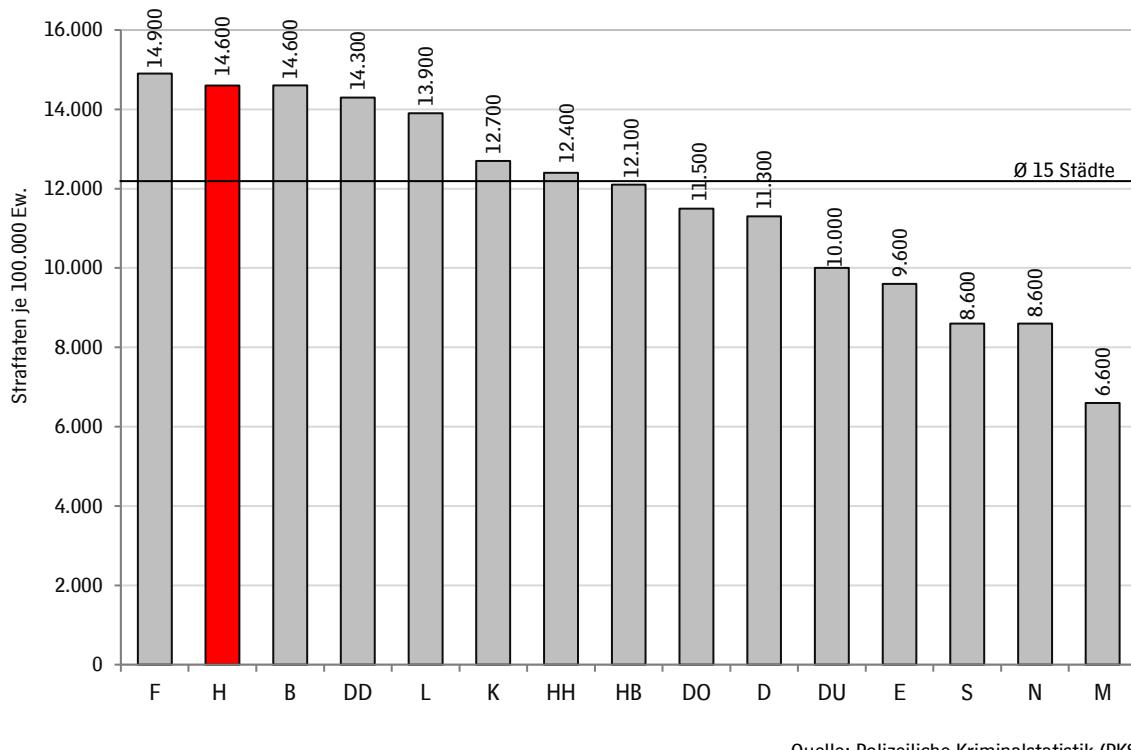
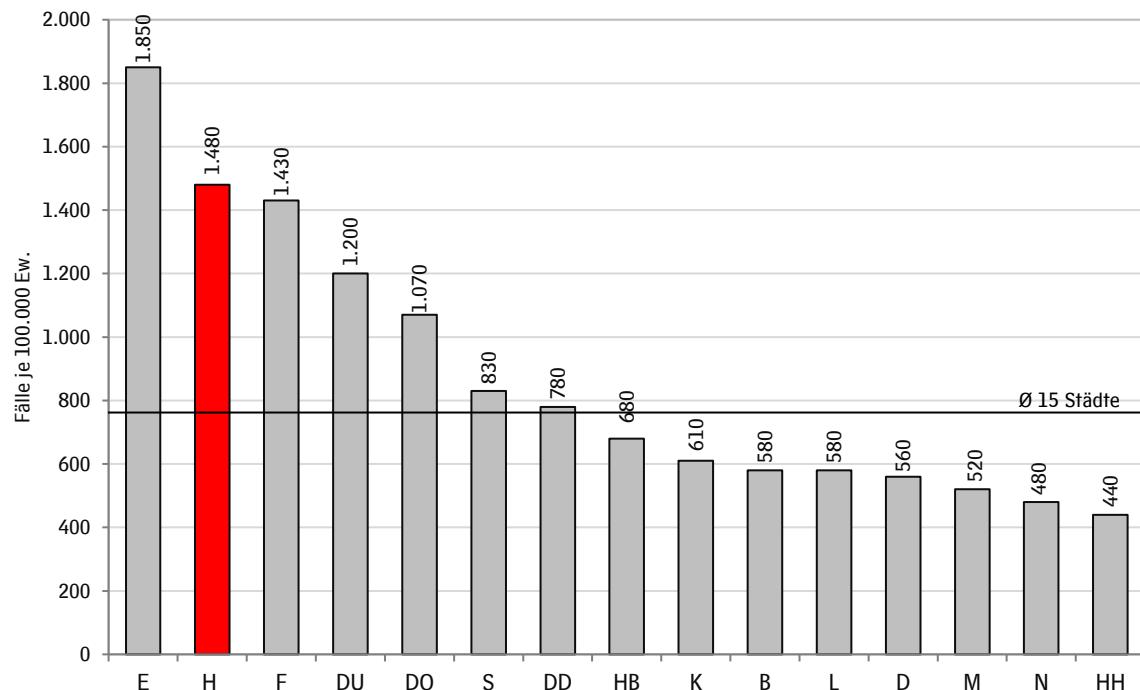


Abbildung 52:

Fälle von Beförderungserschleichung in ausgewählten deutschen Großstädten 2017 pro 100.000 Einwohner*innen



Tatverdächtige sind zu drei Vierteln männlich

Kriminalität bleibt eine auffallend männliche Domäne: Drei von vier Tatverdächtigen sind männlich, was deutlich über dem männlichen Bevölkerungsanteil im Großstädtevergleich von 49 Prozent liegt. 46 Prozent der Tatverdächtigen sind nichtdeutsch, dieser Wert liegt ebenfalls deutlich über ihrem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent. Eine Ursache hierfür liegt in der jüngeren Altersstruktur der Nichtdeutschen, denn Straftaten werden überproportional häufig von jungen Erwachsenen verübt. Von den vier Altersjahren 14 bis 17 Jahre werden 8 Prozent aller Straftaten im Großstädtevergleich begangen (maximal 10 Prozent in Bremen), von den 18- bis 21-Jährigen 9 Prozent (maximal 12 Prozent in München).

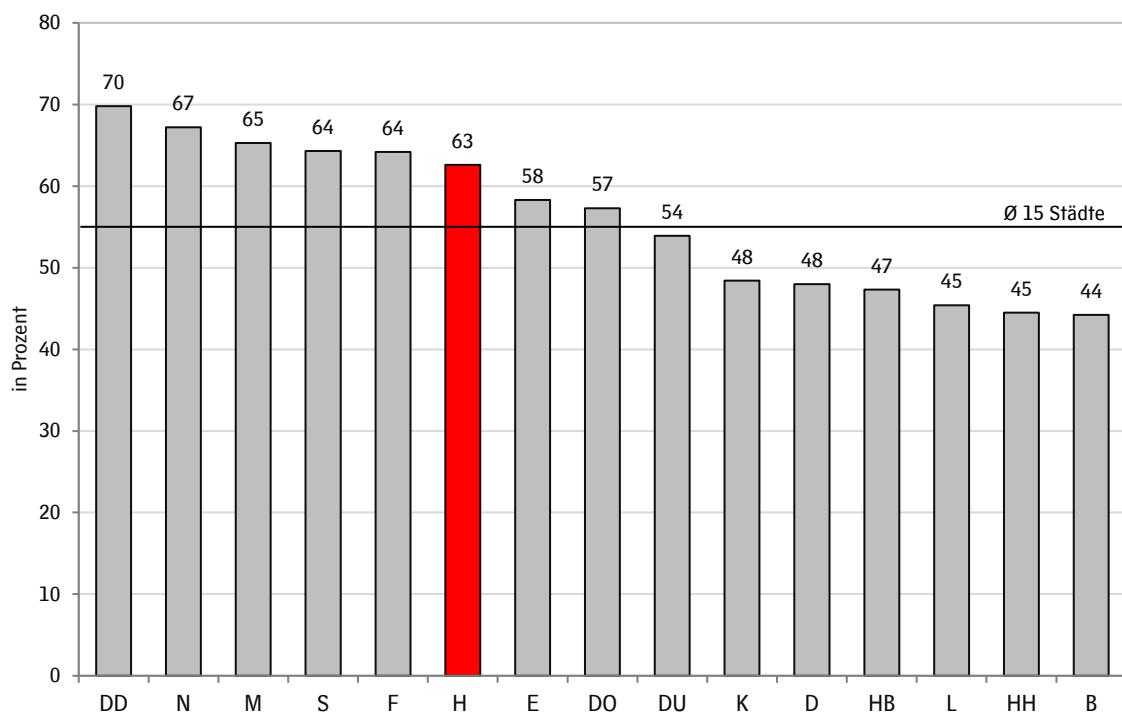
Wohnungseinbruchdiebstahl im Großstädtevergleich zuletzt rückläufig

Wohnungseinbruchdiebstahl ist definiert als schwerer Diebstahl aus Wohnungen. Im Unterschied hierzu findet sogenannter einfacher Diebstahl aus Wohnungen ohne Anwendung von Gewalt an Personen oder Sachen statt. Bei einfachem Diebstahl stehen dem Täter keine größeren Hindernisse im Weg, z. B. steht ein Fenster offen. Während 2015 mit 48.600 Fällen ungewöhnlich häufig Wohnungseinbruchdiebstahl im Großstädtevergleich stattfand, ging die Zahl 2016 (42.500) und 2017 (33.400) wieder deutlich zurück. In Bezug auf die Einwohnerzahl ist die Häufigkeit sehr unterschiedlich: Während in München lediglich 97 Wohnungseinbruchdiebstähle je 100.000 Einwohner*innen auftraten – den zweitgeringsten Wert gab es in Dresden mit 103 – waren es in Bremen viermal so viele (398) Fälle je 100.000 Einwohner*innen. Hannover hat mit 293 die fünfhöchste Anzahl an Wohnungseinbruchdiebstahl je 100.000 Einwohner*innen im Großstädtevergleich.

2018 Rückgang der Straftaten in Hannover um 9,9 Prozent

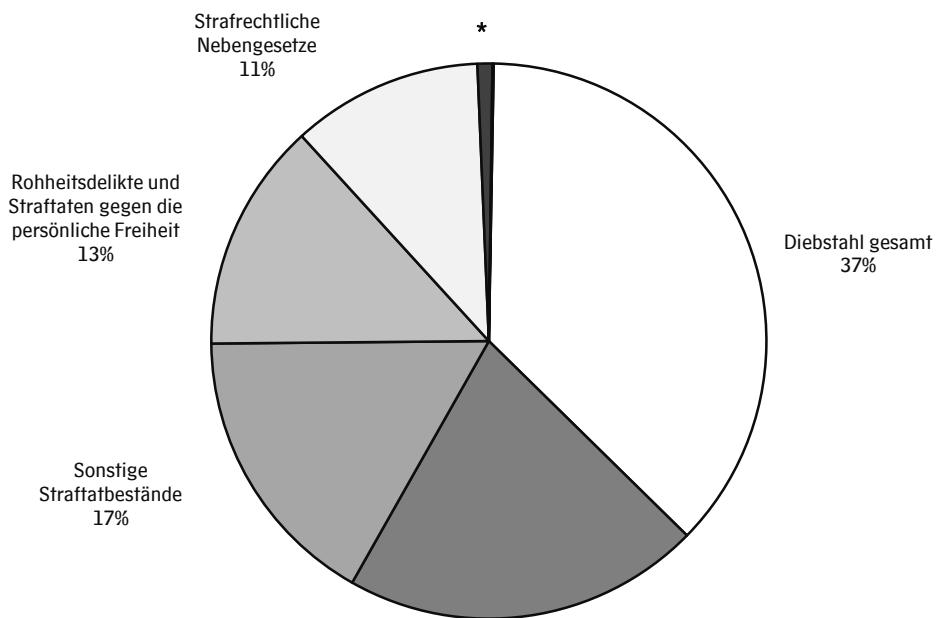
Für Hannover liegen seitens des Landeskriminalamtes bereits die Zahlen für das Jahr 2018 vor. In Hannover sank die Zahl der Straftaten gegenüber 2017 um 9,9 Prozent von 77.886 auf 70.212. Einen Anstieg um ein Viertel (25,6 Prozent) gab es bei der Deliktgruppe Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die Polizei Hannover führt dies u. a. auf eine mögliche erhöhte Anzeigebereitschaft im Zusammenhang mit der internationalen „#MeToo-Debatte“ zurück. Auch die Zahl der Straftaten gegen das Leben stieg um 11,1 Prozent. Außer bei den Sonstigen Straftatbeständen (+2,8 Prozent) sanken die Straftaten in allen Deliktgruppen. Vermögens- und Fälschungsdelikte (-21,1 Prozent), Schwerer Diebstahl (-13,1 Prozent) und Strafrechtliche Nebengesetze (-11,9 Prozent) zeigten die größten prozentualen Rückgänge in Hannover 2018.

Abbildung 53:

Aufklärungsquote aller Straftaten in ausgewählten deutschen Großstädten 2017

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2017

Abbildung 54:

Straftaten in der Landeshauptstadt Hannover 2018 nach Deliktgruppen in Prozent

* Straftaten gegen das Leben: 0%
 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung: 1%

Quelle: Landeskriminalamt Niedersachsen

12. Finanzen

Gewerbesteuereinnahmen entwickeln sich positiv

Vom Ist-Aufkommen der Gewerbesteuer müssen die Gemeinden eine Gewerbesteuерumlage an Bund und Land abführen. Die verbleibende Gewerbesteuer netto stellt den tatsächlich eingegangenen Betrag, d. h. die Einzahlungen an die Gemeinden dar. Die Einnahmen der Gewerbesteuer netto stellen die wichtigste Steuereinnahmequelle für die Finanzkraft einer Kommunen dar. Im Großstädtevergleich war die Entwicklung in den letzten Jahren positiv: In der Summe der 15 Städte stieg die Gewerbesteuer netto von 4,3 Mrd. EUR im Jahr 2010 auf 5,9 Mrd. EUR im Jahr 2017 um 39 Prozent deutlich an.

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer steigt stetig

Neben den Gewerbesteuereinnahmen netto hat sich auch der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer im Großstädtevergleich 2017 positiv entwickelt, und zwar im Großstädteschnitt um 6,4 Prozent. In Hannover lag der Zuwachs leicht überdurchschnittlich bei 6,6 Prozent um 15,7 Mio. EUR auf 252,9 Mio. EUR. Seit 2010 ist der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in jeder Stadt des Großstädtevergleichs jedes Jahr gestiegen. In absoluten Zahlen sind die Einnahmen sehr unterschiedlich: Während in Leipzig der Anteil lediglich 157,3 Mio. EUR beträgt, liegt er in Berlin auf Rang 1 fast zehnmal höher (1,45 Mrd. EUR), vor Hamburg mit 1,25 Mrd. EUR.

2017 konstante Gewerbesteuerhebesätze

Die Gewerbesteuerhebesätze haben sich im Großstädtevergleich 2017 gegenüber 2016 nicht geändert. Berlin (410), Stuttgart (420) und Düsseldorf (440) verlangen weiterhin die geringsten Hebesätze, Duisburg (520) den deutlich höchsten vor München (490) und Dortmund (485). Hannover und Essen haben den vierthöchsten Gewerbesteuerhebesatz von 480 Prozent. 2016 gegenüber 2015 hatten Duisburg (510) und Hannover (460) den Hebesatz angehoben.

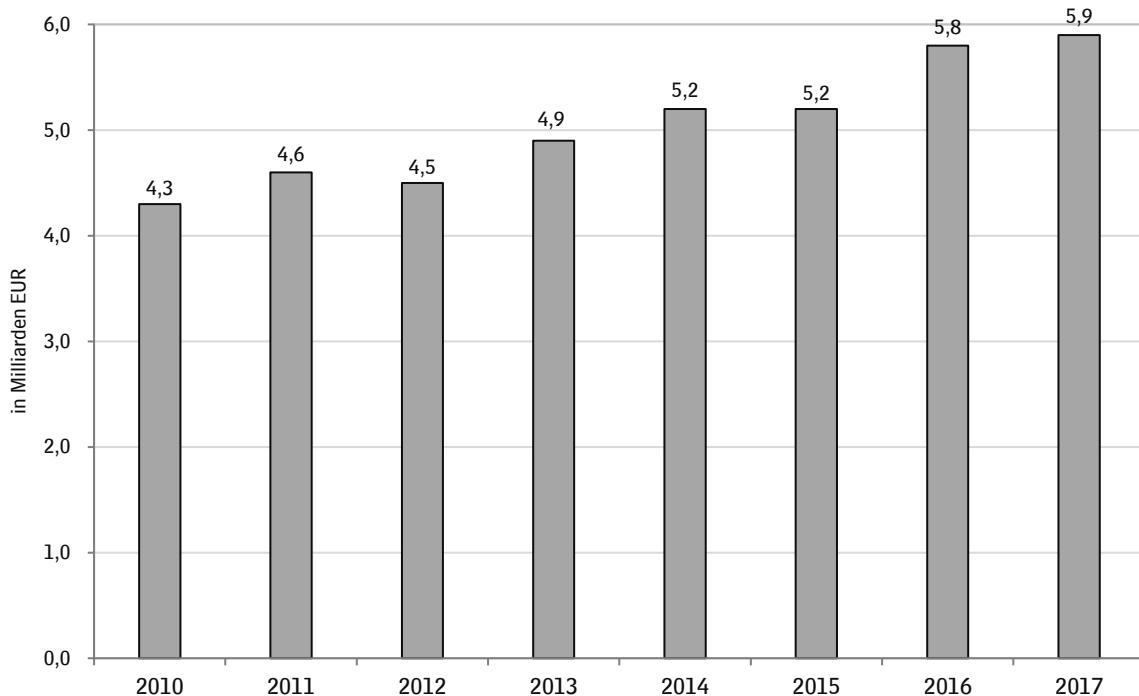
Frankfurt hat höchste Steuerkraft von 1.888 EUR pro Kopf

Die gemeindliche Steuerkraft in EUR ergibt sich aus der Realsteuerkraft zusammen (aus Grundsteuer A und B und Gewerbesteuer) zuzüglich des Saldos aus dem Gemeindeanteil an der Einkommen- und an der Umsatzsteuer abzüglich der Gewerbesteuernumlage. Während bei den absoluten Zahlen die größten Städte Berlin, Hamburg und München 2017 die ersten Ränge der gemeindlichen Steuerkraft belegen, ist ein von der Stadtgröße weniger abhängender Indikator für Wirtschaftskraft die gemeindliche Steuerkraft in EUR pro Kopf. Hier liegen Frankfurt mit 1.888 EUR/Kopf, München (1.625) und Düsseldorf (1.493) vorn. Hannover verbesserte sich mit 1.145 EUR/Kopf gegenüber 1.073 EUR/Kopf im Jahr 2016 vom 8. auf den 7. Rang. In sechs Städten liegt der Wert unter dem Bundesdurchschnitt von 919 EUR/Kopf, nämlich in den Ruhrgebietsstädten und den Städten in den neuen Bundesländern inklusive Berlin. Leipzig (643 EUR/Kopf) und Duisburg (681 EUR/Kopf) haben die geringsten Werte. Wie schon in den Vorjahren ist auch 2017 die Kennzahl gemeindliche Steuerkraft pro Kopf im Großstädtevergleich gestiegen und betrug 1.125 EUR/Kopf gegenüber 2016 mit 1.074 EUR/Kopf.

Aufgrund der gezeigten Tendenzen dürfte die Gewerbesteuer im Jahr 2018 einen Höchststand erreichen, der mit einem Betrag deutlich über 750 Mio. EUR für die Landeshauptstadt Hannover erwartet wird. Aufgrund der hohen Gewerbesteuer werden im Jahr 2018 die Gewerbesteuernumlagezahlungen aber auch deutlich höher ausfallen. Im Jahr 2019 hat die positive Entwicklung der Gewerbesteuer 2018 dann auch nachteilige Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisungen und der Regionsumlage. Wegen der regelmäßigen Anpassung bei den Verteilungsschlüsseln wird sich bei den Anteilen der Einkommensteuer nur ein minimaler Steigerungssatz ergeben.

Abbildung 55:

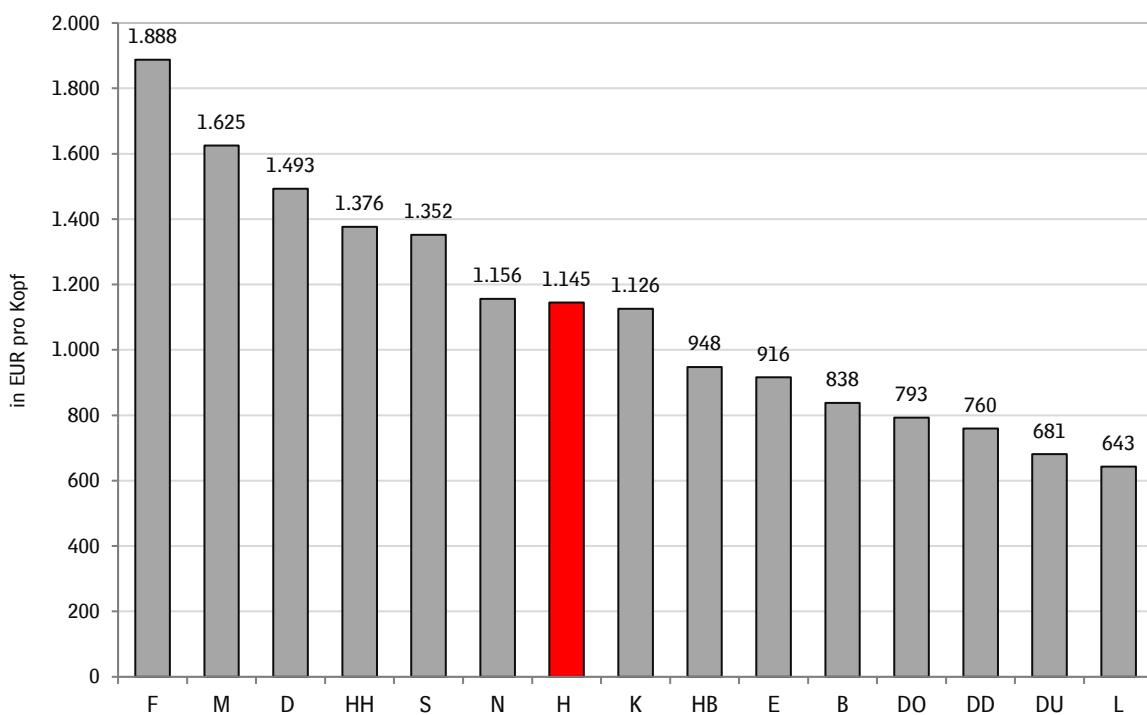
**Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen (netto) in den 15 größten deutschen Städten
(Summe) 2010 bis 2017**



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 10.1; Landesamt für Statistik Niedersachsen

Abbildung 56:

Gemeindliche Steuerkraft in EUR pro Kopf in ausgewählten deutschen Großstädten 2017



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 10.1; Landesamt für Statistik Niedersachsen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten deutschen Großstädten 2011 bis 2017	11
Abbildung 2:	Wanderungssaldo der 15 größten deutschen Städte unterteilt nach Inland und Ausland 2010 bis 2017	11
Abbildung 3:	Natürlicher Saldo von Geburten und Sterbefällen in ausgewählten deutschen Großstädten 2011 bis 2017 (Summe)	13
Abbildung 4:	Bevölkerung nach Altersgruppen in den 15 größten deutschen Städten und in Deutschland zum Vergleich am 31.12.2017	13
Abbildung 5:	Stadtgröße ausgewählter deutscher Großstädte in Quadratkilometern am 31.12.2017	15
Abbildung 6:	Anteil von Grünanlagen an der Stadtfläche in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2017	15
Abbildung 7:	Fertiggestellte Wohnungen, Entwicklung des Wohnungsbestandes und die Differenz 2017 gegenüber 2014 in ausgewählten deutschen Großstädten	17
Abbildung 8:	Baugenehmigungs- und Bauintensität in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	17
Abbildung 9:	Durchschnittliche Wohnungsgrößen 2013 bis 2017 im Neubau und im Bestand in ausgewählten deutschen Großstädten	19
Abbildung 10:	Angebots-Nachfrage-Relation 2013 bis 2017 in ausgewählten deutschen Großstädten	19
Abbildung 11:	F+B Mietspiegelindex in ausgewählten deutschen Großstädten 2011 bis 2018	21
Abbildung 12:	Entwicklung der Angebotsmieten im Bestand 2018 gegenüber 2011 in ausgewählten deutschen Großstädten (3 Zimmer, ca. 70 m ² , mittlerer Wohnwert, ohne öffentlich geförderten Wohnungsbau)	21
Abbildung 13:	Entwicklung der Angebotsmieten im Neubau 2018 gegenüber 2011 in ausgewählten deutschen Großstädten (3 Zimmer, ca. 70 m ² , mittlerer Wohnwert, Erstbezug im Berichtsjahr)	23
Abbildung 14:	Entwicklung der Preise in ausgewählten deutschen Großstädten 2005 bis 2018	23
Abbildung 15:	Vergleich der studentischen Wohnform 2018 gegenüber 2003	25
Abbildung 16:	Veränderung der Studentischer Wohnformen in ausgewählten deutschen Großstädten 2018 gegenüber 2003	25
Abbildung 17:	Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in ausgewählten deutschen Großstädten von 2010 bis 2018	27
Abbildung 18:	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe in ausgewählten deutschen Großstädten im Juni 2018	27
Abbildung 19:	Entwicklung der Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen in ausgewählten deutschen Großstädten von Juni 2010 bis Juni 2018	29
Abbildung 19:	Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten deutschen Großstädten 2016 gegenüber 2015	29
Abbildung 21:	Verteilung der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen in den 15 größten deutschen Städten im Vergleich zu Deutschland 2016	31
Abbildung 22:	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2016	31
Abbildung 23:	Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner*in in der Landeshauptstadt Hannover 2006 bis 2016	33
Abbildung 24:	Einzelhandelsumsatz-Index je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2018	35
Abbildung 24:	Büromieten in EUR pro Quadratmeter (netto, kalt) in ausgewählten deutschen Großstädten 2018	35
Abbildung 26:	Transferleistungsempfänger*innen je 1.000 Einwohner*innen (Transferleistungsdichte) in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	37
Abbildung 27:	Anteil der Leistungsbeziehenden nach Räumen an allen Leistungsbeziehenden nach Asylbewerberleistungsgesetz in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2017	37

Abbildung 28:	Durchschnittlicher monatlicher Mietzuschuss in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	39
Abbildung 29:	Anteil der reinen Wohngeldhaushalte an allen Haushalten in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	39
Abbildung 30:	Anteil Schwerbehinderter an der Bevölkerung in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	41
Abbildung 31:	Studierende an den Hochschulen in ausgewählten deutschen Großstädten im Wintersemester 2017/2018 und im Wintersemester 2012/2013	43
Abbildung 32:	Anteil weiblicher Studierender in den 15 größten deutschen Städten vom Wintersemester 2012/2013 bis zum WS 2017/2018	43
Abbildung 33:	Anteil ausländischer Studierender an den Hochschulen in ausgewählten deutschen Großstädten im Wintersemester 2017/2018	45
Abbildung 34:	Studierende an den zehn Hochschulen in Hannover im Wintersemester 2017/2018 im Vergleich zum Wintersemester 2012/2013	45
Abbildung 35:	Teilnehmende an Volkshochschulkursen je 1.000 Einwohner*innen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	47
Abbildung 36:	Prozentualer Anteil der Programmberiche an den Unterrichtsstunden aller Kurse der Volkshochschulen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	47
Abbildung 37:	Frauenanteil der Teilnehmenden an Volkshochschulkursen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	49
Abbildung 38:	Neben- bzw. freiberufliche Kursleitende der Volkshochschulen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	49
Abbildung 39:	Kinobesuche je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	51
Abbildung 40:	Museumsbesuche je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	51
Abbildung 41:	Aktive Benutzer*innen je 1.000 Einwohner*innen der öffentlichen (Stadt)Bibliotheken in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	53
Abbildung 42:	Anzahl der Personenkraftwagen je 1.000 Einwohner*innen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017 und 2012	55
Abbildung 43:	Fluggäste im Gesamtverkehr inkl. Transit in ausgewählten deutschen Großstädten 2018, 2016 und 2008	55
Abbildung 44:	Innerorts verletzte und getötete Fußgänger*innen, Fahrradfahrer*innen und Pkw-Nutzer*innen je 10.000 Einwohner*innen in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	57
Abbildung 45:	Innerorts verletzte und getötete Kinder und Senior*innen je 10.000 Einwohner*innen der Altersgruppe in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	57
Abbildung 46:	Ergebnis des ADFC Fahrradklima-Tests 2018 nach Schulnoten in ausgewählten deutschen Großstädten 2018	59
Abbildung 47:	Anstieg der Gästeübernachtungen in ausgewählten deutschen Großstädten zwischen 2012 und 2017	61
Abbildung 48:	Bettenauslastung in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	61
Abbildung 49:	Anteil an Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	63
Abbildung 50:	Tourismusintensität 2017 und 2012	63
Abbildung 51:	Kriminalitätsrate in ausgewählten deutschen Großstädten 2017 (Straftaten pro 100.000 Einwohner*innen)	65
Abbildung 52:	Fälle von Beförderungerschleichung in ausgewählten deutschen Großstädten 2017 pro 100.000 Einwohner*innen	65
Abbildung 53:	Aufklärungsquote aller Straftaten in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	67
Abbildung 54:	Straftaten in der Landeshauptstadt Hannover 2018 nach Deliktgruppen in Prozent	67
Abbildung 55:	Entwicklung der Gewerbesteuereinnahmen (netto) in den 15 größten deutschen Städten (Summe) 2010 bis 2017	69
Abbildung 56:	Gemeindliche Steuerkraft in EUR pro Kopf in ausgewählten deutschen Großstädten 2017	69

Schriften zur Stadtentwicklung

- Band 132 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2018 – Hannover Mai 2019
- Band 131 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2017 – Hannover Mai 2018
- Band 130 Kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover – Auswertung der Angebote von Mietwohnungen und Wohnimmobilien in Hannover 2012 bis 2017 – Hannover Mai 2018
- Band 129 Wanderungsmotivbefragung 2017 – Hannover April 2018
- Band 128 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2016 – Hannover Juni 2017
- Band 127 Kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover 2015/2016 – Hannover November 2016
- Band 126 Repräsentativerhebung 2015 – Sonderauswertung nach Soziodemografie und Stadtteilen – Hannover November 2016
- Band 125 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2015 – Hannover Juni 2016
- Band 124 Repräsentativerhebung 2015 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover März 2016
- Band 123 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2014 – Hannover Juli 2015
- Band 122 Repräsentativerhebung Familien in Hannover – Sonderauswertung, Ergebnisse differenziert nach Stadtteilen – Hannover Juli 2015
- Band 121 Repräsentativerhebung Familien in Hannover – Hannover November 2014
- Band 120 Bevölkerungsprognose für die Region Hannover, die Landeshauptstadt Hannover und die Städte und Gemeinden des Umlands 2014 bis 2025/2030 – Hannover August 2014
- Band 119 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2013 – Hannover Juli 2014
- Band 118 Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover – Wohnungsleerstandsanalyse 2012 und 2013 – Hannover November 2013
- Band 117 Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover – Preisdatenanalyse für Mietwohnungen und Immobilien 2012 – Hannover Juni 2013
- Band 116 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2012 – Hannover April 2013
- Band 115 Repräsentativerhebung 2011 – Sonderauswertung – Ergebnisse in Differenzierung nach Soziodemographie und Stadtteilen – Hannover Dezember 2012
- Band 114 Kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover 2011 – Hannover September 2012
- Band 113 Wanderungen in der Landeshauptstadt Hannover, Wanderungen zwischen den Stadtteilen, Wanderungen mit dem Umland und Außenwanderungen – Hannover Juni 2012
- Band 112 Bevölkerungsprognose für die Region Hannover, die Landeshauptstadt Hannover und die Städte und Gemeinden des Umlands 2012 bis 2020/2025 – Hannover März 2012
- Band 111 Repräsentativerhebung 2011 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover Februar 2012
- Band 110 Repräsentativerhebung Wohnen in Hannover – Hannover Dezember 2011
- Band 109 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2010 – Hannover Juli 2011
- Band 108 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2009 – Hannover September 2010
- Band 107 Kleinräumige Entwicklung des Wohnungsmarktes in der Landeshauptstadt Hannover – Hannover Juni 2009
- Band 106 Repräsentativerhebung 2008 – Sonderauswertung – Ergebnisse in Differenzierung nach Soziodemographie und Stadtteilen – Hannover Dezember 2009
- Band 105 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2008 – Hannover Juni 2009
- Band 104 Repräsentativerhebung 2008 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover Juni 2009
- Band 103 Anzeigenauswertung des Wohn- und Immobilienmarktes der Landeshauptstadt Hannover 2008 – Hannover November 2008
- Band 102 Einwohnerentwicklung 2007 bis 2015/2020 – Hannover Juli 2008
- Band 101 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2007 – Hannover Juni 2006
- Band 100 Repräsentativerhebung – Leben und Wohnen im Alter – Hannover Februar 2009

- Band 99 Kleinräumige Analyse des Wohnungsmarktes der Landeshauptstadt Hannover 2007 – Hannover Februar 2008
- Band 98 Wohnungsleerstandsanalyse 2006 der Landeshauptstadt Hannover – Hannover November 2006
- Band 97 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2005 – Hannover April 2006
- Band 96 Repräsentativerhebung 2005 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover Februar 2006
- Band 95 Wanderungsbefragung 2005 – Innerstädtische Wanderungen – Hannover Januar 2006
- Band 94 Kleinräumige Analyse des Wohnungsmarktes der Landeshauptstadt Hannover – Hannover Juni 2005
- Band 93 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2003 – Hannover März 2004
- Band 92 Einwohnerentwicklung 2000 bis 2010 – Prognosen für die Region, die Landeshauptstadt Hannover und die Städte und Gemeinden des Umlandes – Hannover Dezember 2002
- Band 91 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2002 – Hannover Dezember 2002
- Heft 90.1 Repräsentativerhebung 2002 – Sonderauswertung zum Thema Lebensbedingungen und persönliche Lebensqualität im Wohnquartier – Hannover März 2003
- Band 90 Repräsentativerhebung 2002 – Erste Ergebnisse mit Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover November 2002
- Band 89 Wanderungsbefragung 2001 – Hannover und andere Großstädte aus der Sicht von Zu- und Fortgezogenen – Hannover August 2002
- Band 88 Dokumentation zur Fachtagung Fundraising – Hannover März 2002
- Band 87 Wohnungsmarkt 2001 – Eine Analyse der Wohnungsmarktsituation in der Landeshauptstadt Hannover – Hannover Februar 2002
- Band 86 Wanderungsbefragung 2001 – Wanderungen zwischen Stadt und Landkreis Hannover – Hannover Dezember 2001
- Band 85 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2001 – Hannover November 2001
- Heft 84.1 Repräsentativerhebung 1999 – Sonderauswertung zum Thema Innenstadt – Hannover November 2000
- Band 84 Repräsentativerhebung 1999 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover Mai 2000
- Band 83 Die Landeshauptstadt Hannover auf dem Weg in die Informationsgesellschaft – Hannover April 2000
- Band 82 Lagebericht zur Stadtentwicklung 1999 – Hannover November 1999
- Band 81 Wohnungspolitischer Handlungsrahmen 2010 – Dokumentation einer Fachtagung der LHH am 14.12.1998 – Hannover Juli 1999
- Heft 80.12 Dialog zur Stadtentwicklung – Leitthema Demokratische Teilhabe – Zukunftskonferenz „Sahlkamp 2010“ – Dokumentation – Hannover Dezember 2002
- Heft 80.11 Dialog zur Stadtentwicklung – Leitthema Demokratische Teilhabe – Kurzberichte 3 – Lokale Demokratie und Schule, Erste Wahl mit 16 – Schülerinnen und Schüler fit machen für die Kommunalwahl – Hannover Januar 2002
- Band 1 bis 80.10 vergriffen